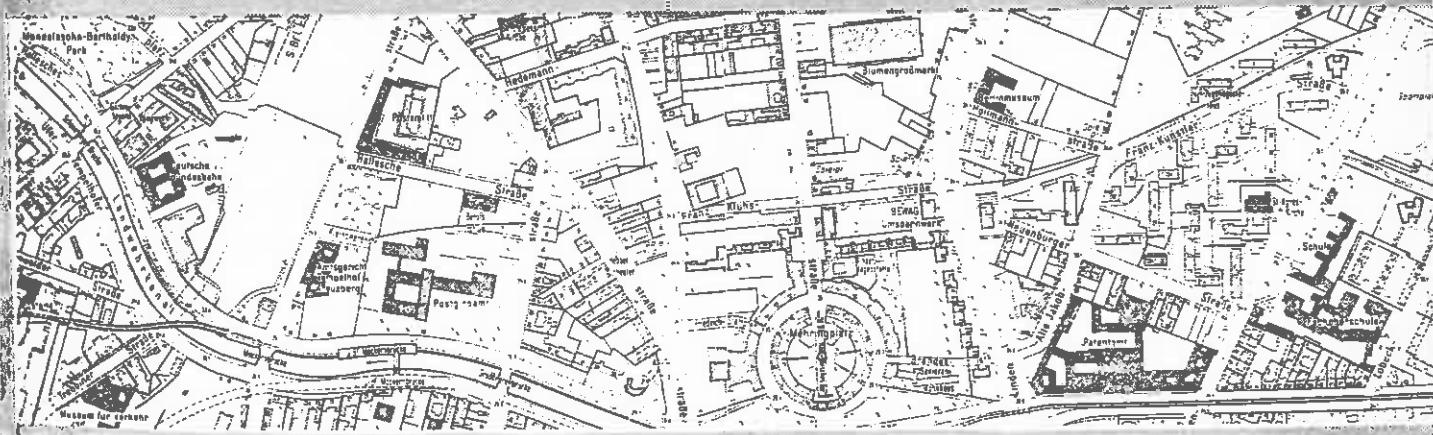


Gutachten
zur bau-, stadtbau- und nutzungsgeschichtlichen Bedeutung des
"Hauses der Parlamentarier" (ehem. Reichsbankgebäude),
des Treuhandgebäudes (ehem. Gebäude des Reichsluftfahrtministeriums) und
des ehemaligen Staatsratsgebäudes



Gutachten

zur bau-, stadtbau- und nutzungsgeschichtlichen Bedeutung

des "Hauses der Parlamentarier" (ehem. Reichsbankgebäude bzw. ZK-Gebäude der SED),

des Treuhandgebäudes ("Detlev-Rohwedder-Haus", ehem. Gebäude des Reichsluftfahrtministeriums bzw. Haus der Ministerien) und

des ehemaligen Staatsratsgebäudes

Verfasser	Dr. Harald Bodenschatz Dipl.-Ing. Arch. Johannes Geisenhof Dr.-Ing. Arch. Dorothea Tscheschner
Beratung	Dr. Bruno Flierl Dr. Simone Hain Prof. Dr. Wolfgang Schäche
Organisation	Planungsbüro Gruppe DASS (Bodenschatz/Geisenhof) Mitarbeit: Hans-Joachim Engstfeld
Koordination und Betreuung	Dr.-Ing. BOR Engelbert Lütke-Daldrup (SenBauWohn III H) Dipl.-Ing. LBD Ekkehard Schuh (SenBauWohn H VII C)

Berlin, im Februar 1993

KURZFASSUNG

Anlaß des folgenden Gutachtens war die Beschlußvorlage des Bundesbauministeriums zum "Konzept für die Unterbringung der Bundesregierung in Berlin" vom 8.12.1992, die u.a. den Abriß des ehemaligen Reichsbankgebäudes, des Gebäudes des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums und des ehemaligen Staatsratsgebäudes zugunsten von Neubauten für das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium des Innern empfahl und zugleich "Nutzungsmischungen mit Wohnen und Gewerbe aus Sicherheitsgründen" auf den Grundstücken dieser Gebäude "grundsätzlich" ausschloß. Die Vorlage des Bundesbauministeriums wurde mit Modifizierungen am 17.12.1992 durch das Bundeskabinett beschlossen.

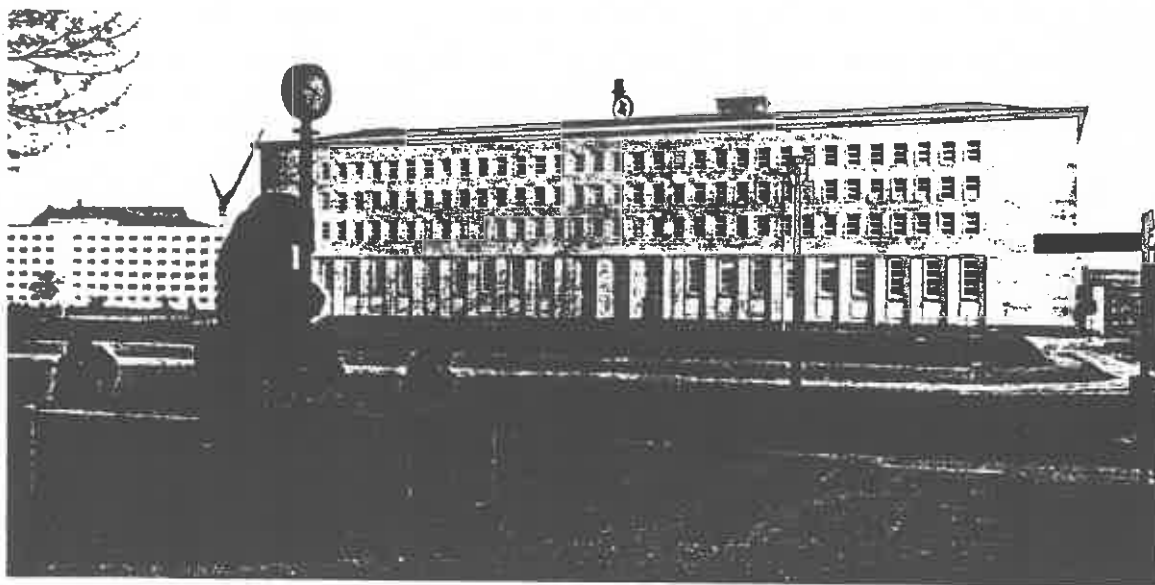
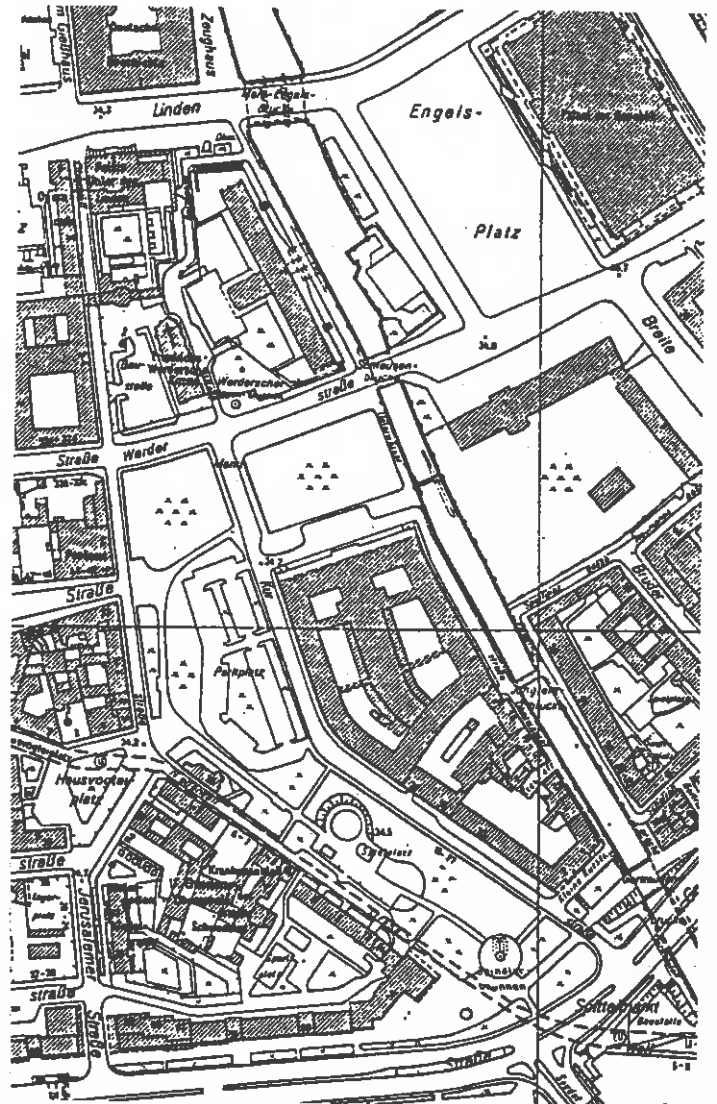
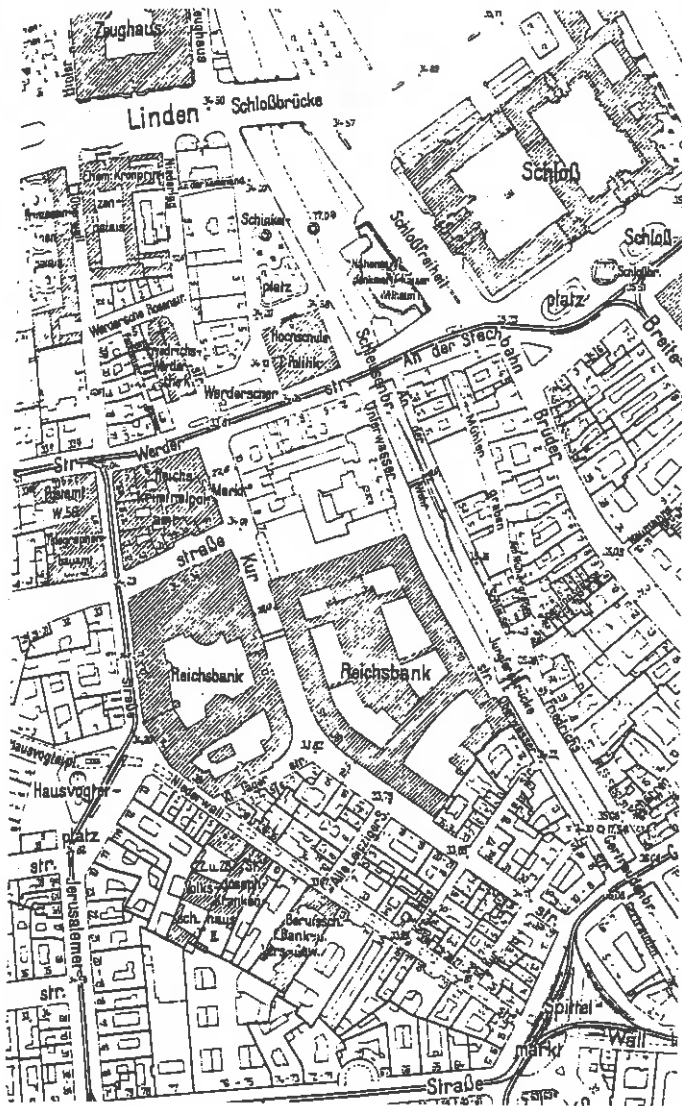
Ein Bezugspunkt der Beschlußvorlage waren die Gutachten von HPP International zu den Unterbringungsmöglichkeiten der Bundesregierung in Berlin. Diese Gutachten kamen zu dem Ergebnis, daß die Sanierung und Nutzung des ehemaligen Staatsratsgebäudes wie des ehemaligen Reichsbankgebäudes durch Verwaltungen der Bundesregierung wirtschaftlich nicht vertretbar sind. In Erwägung gezogen wurde der Abbruch des ehemaligen Staatsratsgebäudes und - zur weiteren Prüfung - eine "Rückführung" des ehemaligen Reichsbankgebäudes "in die ursprüngliche Nutzung". Das ehemalige Reichsluftfahrtministerium wurde etwas "günstiger" bewertet: "Aufgrund der Verantwortung des Bundes für denkmalgeschützte Bauwerke könnte die Sanierung und Nutzung des Gebäudes am ehesten vertreten werden."

Das folgende Gutachten stellt die in den Gutachten bei HPP International nicht untersuchte historische, bau-, stadtbau- und nutzungsgeschichtliche Bedeutung der drei angesprochenen Gebäude vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Überlegungen zur Hauptstadtplanung dar. Weiterhin wurden die bereits erfolgten Gebäudeinvestitionen erfaßt und Gebäudebegehungen durchgeführt. Grundlage der Darstellung sind die Analyse historischer Karten, die Auswertung von Fachliteratur und Gutachten sowie Expertengespräche.

Ehemaliges Reichsbankgebäude (Haus der Parlamentarier)

Das ehemalige Reichsbankgebäude wurde 1934 - 1940 nach Plänen des Reichsbankbaudirektors Heinrich Wolff errichtet. Es umfaßt heute nach HPP International ca. 920 Büroräume, zumeist 1-Achs-Räume mit 15-20 m² (540) und 2-Achs-Räume (330). Dazu kommen 47 Büroräume mit mehr als 40 m², 6 große Sitzungszimmer, ein Konferenzsaal mit 1.250 m², ein Kinosaal mit 300 m² und weitere spezielle Funktionsräume. Die Geschosshöhen betragen 4,00 bis 4,20 m (Erd-, 2. bis 4. Geschos), im ersten Geschos 6,80 m (zum Teil mit Zwischengeschos) und im Dachgeschos 2,40 m. Die Grundstücksfläche umfaßt 22.700 m², die überbaute Fläche 13.000 m², die Bruttogeschosfläche 114.200 m², die Hauptnutzfläche insgesamt 51.400 m².

Das ehemalige Reichsbankgebäude bildet **stadtbaugeschichtlich** den letzten, noch heute erlebbaren Baukörper, der von einer langen Tradition öffentlicher Nutzung im südlichen Bereich des Friedrichswerder zeugt. Diese Tradition wurde durch Friedrich II. mit der Einrichtung der Königlichen Giro- und Lehnbanco 1765 begründet. Als einziger bedeutender, überkommener Bau in diesem



Ehemaliger Reichsbankkomplex: Lageplan von 1940 und 1991 sowie Ansicht der Hauptfront des in den 30er Jahren errichteten Gebäudes um 1966 (Vermessungsamt; Mai/Schulz-Vobach)

Stadtteil ermöglicht er wegen seiner Verschwenkung nach Südosten auch eine stadträumliche Erinnerung an den historischen Grundriß des Friedrichswerder.

Als erster nach der "Machtergreifung" konzeptionell in Angriff genommener Großbau Berlins spiegelt das Reichsbankgebäude **baugeschichtlich** die architektonischen Umbruchsverhältnisse um 1933 exemplarisch wider. Seiner Errichtung ging der einzige bedeutende Wettbewerb der NS-Zeit voraus, an dem "moderne" wie "traditionalistische" Architekten beteiligt waren. Die Entscheidung für den Entwurf des Reichsbankbaudirektors Heinrich Wolff verdeutlicht die Absage an die "modernen" Entwürfe, verweist aber auch auf das dominante, funktionale Auswahlkriterium der "Bankverträglichkeit". Tatsächlich wurde dem Reichsbankneubau von der NS-Propaganda keine besondere Beispielhaftigkeit zugebilligt. In Bildwerken wurde es kaum präsentiert. Der eher nüchterne Bürobau hat natürlich zeittypische Merkmale - etwa die Kombination von "modernem" Stahlbetonskelettbau mit "traditionalistischer" Natursteinverkleidung. Als typische NS-Geste kann vor allem die starre, monumentalisierende Hauptfront gelten, die zwischen dem "ehrenhof"artig inszenierten, nicht realisierten Reichsbankplatz und der inneren Zentralachse des Gebäudes vermitteln soll. Abgesehen von der Raumfolge der Zentralachse wirkt der Bau im Inneren vor allem als funktionaler Bürobau.

Nutzungsgeschichtlich stellt der Baukomplex den Übergang von einer Banknutzung (NS-Zeit) zu einer staatlichen Verwaltung und Parteizentrale (DDR-Zeit) dar. Zuerst - anknüpfend an die vergangene Nutzung - als Sitz des Finanzministeriums bestimmt, wurde der Bau seit 1959 zum eigentlichen Regierungs- und Machtzentrum der DDR. In diesem Bau wurden durch das Politbüro bzw. das ZK der SED die zentralen politischen Entscheidungen des DDR-Staates getroffen. Nach der Wende wird der Baukomplex zu einem Schlüsselbauwerk der deutschen Vereinigung: Hier wird in allerhöchster Eile die Währungsunion vorbereitet und durchgeführt. Gleichzeitig fanden im Gebäude die letzten entscheidenden Tagungen der freigewählten Volkskammer statt.

Heute residiert im Gebäude vor allem die Deutsche Bundesbank und ihre Einrichtungen, die Deutsche Bank AG als Untermieterin der Bundesbank, dann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Außenstelle Berlin, das Bundesamt für Finanzen, Außenstelle Berlin, das Bundesamt für Post und Telekommunikation, Außenstelle Berlin, sowie die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost.

Seit 1990 wurden an dem Gebäude vor allem seitens der Deutschen Bundesbank und des Bundesvermögensamtes umfangreiche **Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten** vorgenommen. Gegenstand dieser Maßnahmen waren u.a. die Naturstein- und Putzfassade, die Attika und das Dach, Fenster-, WC-Anlagen, Fußböden, Türen, Innenwände, Decken, Elektro- und Sanitärinstallationen. Teilweise wurde auch entkernt. Dazu kommen aufwendige EDV-Anlagen. Die Instandsetzungsarbeiten an der Außenfassade werden durch das Bundesvermögensamt gegenwärtig fortgeführt.

Insgesamt wurden nach Informationen, die der Senatsbauverwaltung vorliegen, über 60 Mio. DM in die Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes bis Januar 1993 investiert. Vor allem durch die Bundesbank wurden etwa 50 % der Hauptnutzfläche mit Investitionsmitteln von etwa 2500 DM/m² erneuert. Diese Maßnahmen zeigen, daß eine Nutzung des alten Gebäudes durchaus möglich und sinnvoll ist. Für die weitere Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes muß wohl ein Aufwand kalkuliert werden, der den bisherigen Investitionen entspricht. Nach Schätzungen der Senatsbauverwaltung kann dagegen bei einem Abriß/Neubau von Kosten im Umfang von 50 bis 100 Mio. DM und einem Zeitaufwand von mindestens einem Jahr allein für den Abriß ausgegangen werden. Für einen Neubau wären darüber hinaus noch etwa 500 bis 600 Mio. DM zu kalkulieren (bei Kosten von 10.000 bis 12.000 DM/m² und 50.000 m² Hauptnutzfläche). In der Bilanz würde daher ein Abbruch/Neubau um etwa eine halbe Milliarde DM teurer als die Sanierung des Altbaus.

Stadträumlich bedarf der ursprünglich in das dicht bebaute Straßennetz des Friedrichswerder eingebundene Baukomplex eines neuen Kontextes. Um der starren Monumentalität der Hauptfassade jede Wirkung zu nehmen, sollte ihr keine Platzanlage vorgelagert werden. Eine normale Straße vor der Hauptfassade wäre angemessen.

Zwischen dieser Straße und der Werderstraße ist im Rahmen der Hauptstadtplanung ein Baublock vorgesehen, der das Reichsbankgebäude erweitern soll ("Leitungsbau" des Auswärtigen Amtes). Falls das Bundespräsidialamt den Bereich westlich des Spreekanals zwischen Unter den Linden und Werderstraße einschließlich des eventuell wieder aufzubauenden Gebäudes der Bauakademie einnehmen wird, führt der Bau eines Erweiterungsblocks im Norden des Bankgebäudes zu einer stadträumlich einzigartig kompakten, stadunverträglichen Barriere von Regierungsfunktionen im Herzen Berlins. Wenn das Gebäude der Bauakademie nicht wesentlich für wissenschaftliche bzw. kulturelle und damit öffentliche Zwecke genutzt werden kann, wäre ein Erweiterungsbau westlich des Reichsbankgebäudes zu erwägen, um den nördlich gelegenen Block städtischen Nutzungen zuzuführen und damit die Wirkung der Barriere etwas zu lindern.

Der westlich des Reichsbankgebäudes heute vorhandene Freiraum soll zum Teil wieder in Anlehnung an das historische Straßennetz bebaut werden. Allerdings ist zu beachten, daß dabei nicht die Qualität des Wechsels von Freiraum und enger Bebauung vollständig geopfert wird.

Der **Umgang mit dem Gebäude** sollte die dominanten Merkmale der NS-Zeit thematisieren. So wäre es sinnvoll, der starren Hauptfront neue Akzente hinsichtlich Farbe, Bauelementen und Baumaterialien entgegensetzen. Ähnliches wäre für die innere Raumfolge der zentralen Achse überlegenswert. Die neuen Akzente könnten sich auf die Architektur des geplanten Erweiterungsbaus beziehen und so die Zusammengehörigkeit der Bauten unterstreichen. Wünschenswert wäre es weiter, insbesondere an der Kurstraße die Unterbringung von städtischen Einrichtungen in der Sockelzone zu prüfen, um der monofunktionalen Verödung des öffentlichen Raums zu begegnen.

Ehemaliges Gebäude des Reichsluftfahrtministeriums (Treuhandgebäude bzw. "Detlev-Rohwedder-Haus")

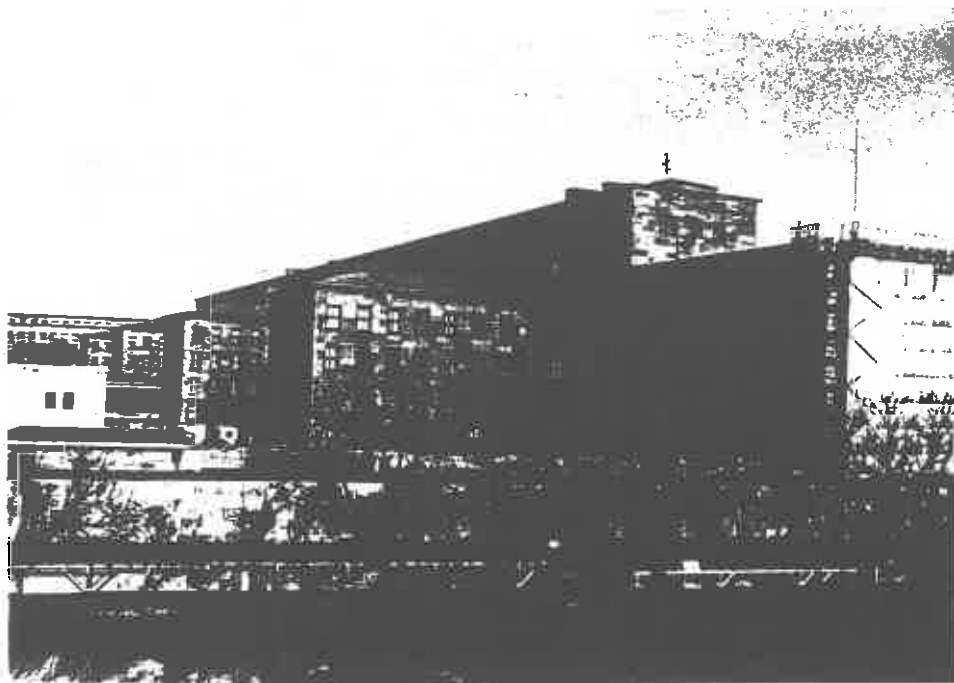
Das Reichsluftfahrtministerium wurde 1935 - 1936 nach Plänen von Ernst Sagebiel errichtet. Heute beherbergt der Baukomplex nach HPP International ca. 2.000 Büroräume, darunter 1-Achs-Räume mit ca. 16 m² (1.735 Räume), 2-Achs-Räume mit ca. 32 m² (220 Räume) und Räume mit mehr als 32 m² (36 Räume). Dazu kommen ca. 19 Besprechungsräume, 3 Sitzungszimmer und Räume für spezielle Funktionen. Die Grundstücksfläche beträgt 45.700 m², die überbaute Fläche 22.500 m², die Bruttogeschosßfläche 104.500 m² und die Hauptnutzfläche 49.300 m².

Das ehemalige Reichsluftfahrtministerium ist zusammen mit dem ehemaligen Reichspropagandaministerium **stadtbaugeschichtlich** das letzte Zeugnis der Regierungsmeile "Wilhelmstraße" überhaupt, zugleich das letzte Zeugnis der nationalsozialistischen Überformung dieser Regierungsmeile. Allerdings brachte der nationalsozialistische Staat durch Enteignung jüdischer Haus- und Grundbesitzer vor dem Hintergrund der "Neugestaltung der Reichshauptstadt" bereits ab 1937 die Grundstücke der Wilhelmstraße jenseits des Reichsluftfahrtministeriums in seinen Besitz, um dort den Neubau eines Reichspostministeriums vorzubereiten.

Mit den preußischen Nachbarbauten stellt das Reichsluftfahrtministerium aber auch den einzigen erhaltenen Baukomplex im stadtbauhistorisch wichtigen Bereich der westlichen Leipziger Straße bis zum Potsdamer Platz hin dar. Das Kriegsministerium, der benachbarte Komplex preußisches Abgeordnetenhaus/Herrenhaus und vor allem das provisorische Reichstagsgebäude sind Fixpunkte der



Ehemaliges Reichsluftfahrtministerium: Lageplan von 1939 und 1991 (Vermessungsamt)



*Der Baukomplex des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums von Süden her gesehen, Januar 1993
(Gruppe DASS)*

Vorgeschichte des Standorts. Neben den preußischen Bauten im Westen des Reichsluftfahrtministeriums erinnert noch der heute kümmerliche, früher prächtige und berühmte Garten an diese Zeit.

Das Reichsluftfahrtministerium kann **baugeschichtlich** als das erste Musterbeispiel rationalisierter Bauweise mit der Zielsetzung einer hohen Raumflexibilität in der NS-Zeit gelten. Zeittypisch ist die Verkleidung des Stahlbeton- bzw. Stahlskelettbbaus mit Naturstein. NS-spezifisch ist vor allem der zunächst nicht vorgesehene "Ehrenhof", im Innern der große Festsaal, der den "Ehrenhof" axial dominiert. Von der NS-Propaganda wurde das Reichsluftfahrtministerium in Bildwerken öfter als der Reichsbankneubau gezeigt, allerdings plante Göring den Umzug in einen repräsentativeren, durch Albert Speer entworfenen Neubau in der Nähe des im Zuge der Nord-Süd-Achse gelegenen "Runden Platzes".

Der Bau ist **nutzungsgeschichtlich** während der NS-Zeit als Ort der Vorbereitung und Organisation des Krieges, aber auch als Ort des antifaschistischen Widerstands ("Rote Kapelle") zu werten. Nach dem Krieg war er zunächst Sitz der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), in der DDR-Zeit - anknüpfend an eine in der Weimarer Zeit begründete Tradition - "Haus der Ministerien".

Nach der "Wende" wurde der Baukomplex (etwa 46.800 m² Gesamthauptnutzfläche) als Sitz der Treuhand ("Detlev-Rohwedder-Haus") - ähnlich dem Reichsbankgebäude - zu einem Schlüsselgebäude der deutschen Vereinigungsgeschichte. Neben der Treuhandanstalt, die etwa 70 % der Gebäude nutzt, finden sich heute in dem Bau noch das Bundesministerium der Finanzen, Außenstelle Berlin, (etwa 8.000 m²), der Bundesrechnungshof (etwa 2.800 m²) sowie einige kleinere Einrichtungen wie etwa das "Gesundheitszentrum am Potsdamer Platz" (ehemalige Poliklinik). In den etwa 2.000 Büroräumen sind gut 2.000 Mitarbeiter tätig.

Seit der deutschen Vereinigung im Herbst 1990 war das ehemalige Haus der Ministerien Objekt von **Instandsetzungs- und Modernisierungsinvestitionen** durch die Treuhand bzw. das Bundesvermögen in großem Umfang (wohl etwa 100 Millionen DM). Dabei wurden etwa die Sanitärinstal-

lation erneuert und das Rechenzentrum modernisiert. Im Bereich der mit Zinkblechen neu eingedeckten Dächer wurden Wärmedämmmaßnahmen durchgeführt. Die Büroräume wurden zur Nutzung moderner Kommunikationstechnologien verkabelt, der Fußbodenbelag, die Marmor- und Holzflächen instandgesetzt, die Wandflächen mit einem weißen Anstrich versehen. Zur Zeit wird der 1960 geschaffene Speisesaal mit einem Kostenaufwand von knapp 20 Mio. DM erneuert. Auf der Südseite des Komplexes werden erste Erfahrungen mit der Instandsetzung der Muschelkalkplattenfassaden gesammelt.

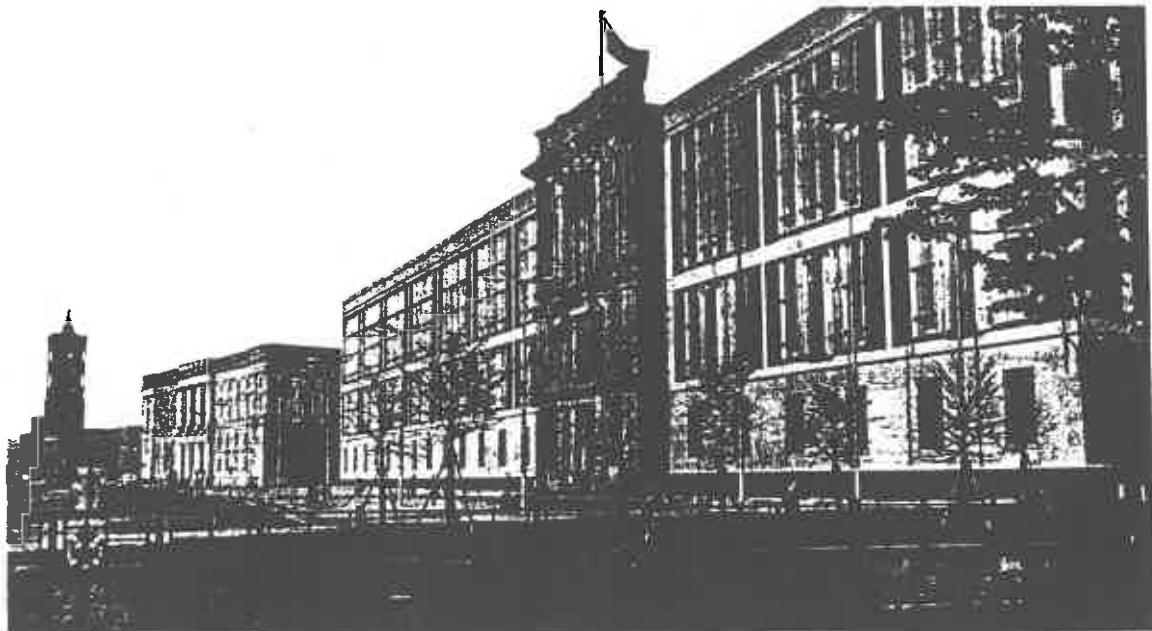
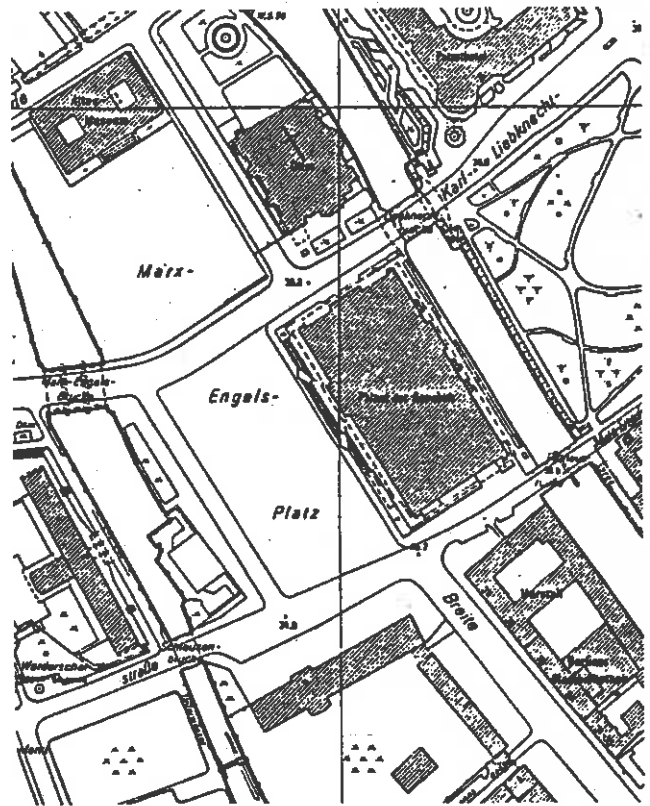
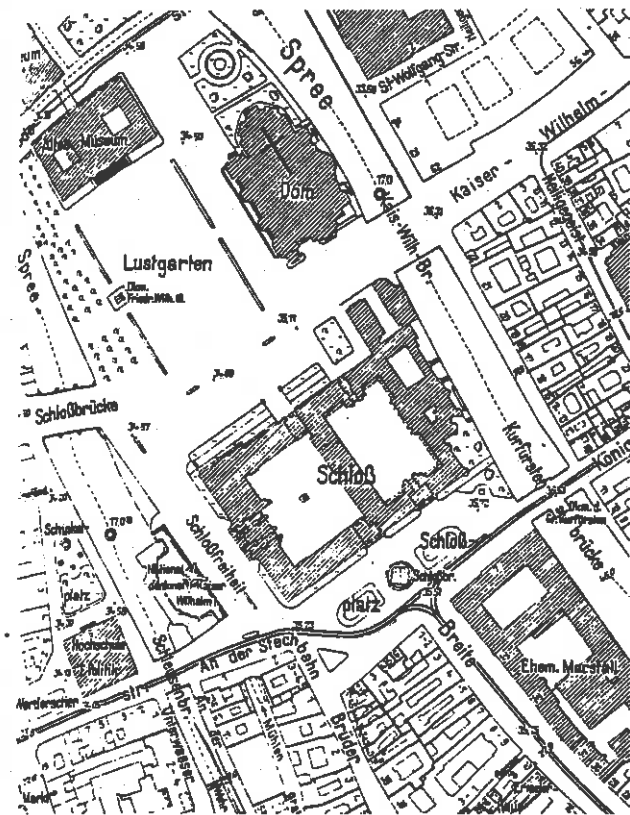
Stadträumlich bedarf der Bau entlang der Leipziger und ehemaligen Wilhelmstraße einer neuen stadträumlichen Fassung. Dabei sollte der "Ehrenhof" keine irgendwie geartete Entsprechung auf der gegenüberliegenden Straßenseite finden, sondern negiert werden. Aufgrund der großen Gefahr einer funktionalen Monotonie der Straßenzüge entlang der Fronten des historischen Baukomplexes sollte nicht nur bei den gegenüberliegenden Neubauten in den Erdgeschoßzonen städtische Nutzungen vorgesehen werden, sondern auch beim ehemaligen Reichsluftfahrtministerium selbst die Öffnung des Erdgeschoßbereichs für städtische Nutzungen geprüft werden.

Hinsichtlich des **Umgangs mit dem Gebäude** ist eine Öffnung des "Ehrenhofs" durch Niederlegung des Zauns, eine Neugestaltung des Hofes und eine bauliche wie farbliche Akzentsetzung, die die starre Axialität des Hofraums aufbricht, erwägenswert. Der den Hofraum bestimmende Festsaal sollte ebenfalls verfremdet werden. Neue architektonische Akzente könnten auch im Bereich des Vorplatzes Ecke Leipziger/ehemalig Wilhelmstraße und an der langgestreckten Fassade an der Leipziger Straße gesetzt werden. Besonderer Anstrengung bedarf die Gestaltung des ehemals berühmten Gartens. Wichtig ist - auch im Hinblick auf das im Süden angrenzende, durch die Terrororganisationen des NS-Staates geprägte Areal - eine angemessene Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand im Reichsluftfahrtministerium.

Ehemaliges Staatsratsgebäude

Das Staatsratsgebäude wurde 1962 - 1964 nach Plänen des Kollektivs Roland Korn und Hans-Erich Bogatzky errichtet. Nach HPP International betragen die Geschoßhöhen im Untergeschoß 3,95/2,75 m, im Erdgeschoß 7,63/6,43 m (lichte Raumhöhe ca. 3,50 - 6,00 m), im 1. Obergeschoß 7,41 m (lichte Raumhöhe ca. 4,50 - 6,50 m), im 2. Obergeschoß 7,10 m (lichte Raumhöhe ca. 6,00 - 9,00 m) und im Dachgeschoß 5,41 m. Diese Höhen verdeutlichen die Repräsentativfunktion des Gebäudes. Die Säle sind ca. 520 m² (2 Säle) und ca. 280 m² (2 Säle) groß, dazu kommt ein "Kinosaal" mit ca. 400 m². Die Grundstücksfläche beträgt 23.800 m², die überbaute Fläche 3.800 m², die Bruttogeschoßfläche 17.620 m².

Das ehemalige Staatsratsgebäude verkörpert **baugeschichtlich** die Abkehr von der neoabsolutistischen Idee eines zentralen Hochhauses mit den wichtigsten Staatsfunktionen, das in die Fußstapfen des abgebrochenen Schlosses treten sollte. Diese Abkehr drückt sich auch in der architektonischen Gestaltung aus: Die Fassade ist asymmetrisch gegliedert und ordnet sich den Proportionen des einbezogenen barocken Schloßportals IV ("Eosanderportal") unter. Der auf eine Idee Hermann Henselmans zurückgehende Einbezug des Schloßportals spielt nicht nur auf die für die deutsche Geschichte wichtigen Ereignisse des Jahres 1918 an, sondern verdeutlicht auch eine neue Wertschätzung des Schlosses selbst, die in der neuen Portalinschrift 1713-1963 (250-Jahre-Bezug) sichtbar wird. Der gleichrangige Einbezug historischer Bauteile in einen Neubau der Nachkriegsmoderne ist eine architektonische Auffassung, die für die Baukultur der 50er-Jahre-Moderne systemübergreifend nicht untypisch ist. Das vielleicht berühmteste, positiv bewertete Beispiel ist die Neugestaltung der Maxburg in München 1954 - 1957. In Berlin kann das Staatsratsgebäude als bedeutendstes Beispiel dieser architektonischen Idee gelten.



Ehemaliges Staatsratsgebäude: Lageplan 1940 (mit dem Schloßplatz vor den Kriegszerstörungen) und 1991 sowie Ansicht der Hauptfront mit Neuem Marzall und Rotem Rathaus im Hintergrund, um 1966 (Vermessungsamt; Mai/Schulz-Vobach)

Noch fehlen systematische Analysen der DDR-Architektur der Übergangszeit von der Bauweise der nationalen Traditionen" zur Moderne der 60er Jahre ebenso wie zur Architektur der 60er Jahre selbst. Dennoch kann schon heute gesagt werden, daß das ehemalige Staatsratsgebäude zu den bedeutendsten DDR-Bauten dieser Übergangszeit ("frühe DDR-Moderne") gerechnet werden muß, ja vielleicht diesen Übergang mit all seinen Aspekten am eindringlichsten zum Ausdruck bringt.

Das ehemalige Staatsratsgebäude steht auch **stadtbaugeschichtlich** für das Bemühen, den südlichen Abschluß des Marx-Engels-Platzes in etwa auf der Höhe der kriegszerstörten südlichen Bebauung des früheren Schloßplatzes zu markieren und damit den Vorstellungen der frühen 50er Jahre, die neue Bebauung weiter nach Süden zu schieben und den Platz zusätzlich zu monumentalisieren, eine Absage zu erteilen. Zusammen mit dem Marstallgebäude wurde so ein erlebbarer, klarer südlicher Abschluß des Platzes geschaffen - wenn auch auf Kosten der im Norden beseitigten Brüderstraße und einer baulichen wie funktionalen Durchmischung. Die Höhe des Gebäudes ordnet sich - wie das Marstallgebäude - dem Höhendiktat des vernichteten Schlosses unter, das aber in dem Portal wenigstens als ohnmächtige Erinnerung und Hinweis weiter existiert.

Nutzungsgeschichtlich ist das ehemalige Staatsratsgebäude der erste Bau mit einer staatlichen Regierungsfunktion im Bereich der Spreeinsel. Es begründet damit eine relativ junge Tradition, die heute fortgesetzt wird. Es stellt nicht irgendein staatliches Gebäude dar, sondern den wichtigsten Staatsbau der ehemaligen DDR, dessen Nutzung selbst Ausdruck der unterschiedlichen Regierungsstile der DDR und dessen Innenräume Ort aller bedeutsamen internationalen wie deutsch-deutschen staatlichen Begegnungen war.

Nach der deutschen Vereinigung wurde das Gebäude zunächst nicht mehr genutzt und auch nicht - wie die Gebäude der ehemaligen Reichsbank und des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums - Gegenstand von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Erst seit 1992 dient es als Ort der Vorprüfung und der Preisgerichtssitzungen zu den großen Spreebogen- und Reichstagswettbewerben. Im Frühjahr 1993 wird der Bau dann für mehrere Monate als Ausstellungsort der Wettbewerbsarbeiten für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

Im Gutachten von HPP International wird die Gebrauchsfähigkeit des Gebäudes nicht prinzipiell angezweifelt, sondern nur die Gebrauchsfähigkeit für die vorgegebene Nutzung, die vor allem kleine Büroräume erfordert. Daß das Gebäude diesen Erfordernissen nur in beschränktem Umfang entspricht, kann nicht dem Bau angelastet werden. Daß für die besondere Raumstruktur des Gebäudes im Zentrum Berlins keine angemessene Nutzung gefunden werden kann, ist nicht nachgewiesen. Ein Abbruch ist daraus nicht zu begründen, wohl aber die Notwendigkeit neuer Überlegungen zum Nutzungskonzept.

Stadträumlich wird eine Rekonstruktion des Schloßplatzes erwogen. Diese umfaßt auch den Rückbau der Breiten Straße. Bei einer Weiterentwicklung dieser Konzeption sollten allerdings die städtebaulichen Modifikationen, die sich aus den großen, zu erhaltenden Gebäuden der DDR-Zeit (Staatsratsgebäude und Palast der Republik) ergeben, berücksichtigt werden. So wäre die Errichtung eines Neubaus vor dem Schloßportal nicht wünschenswert. Im Erdgeschoß und ersten Obergeschoß der an der Breiten Straße geplanten Neubauten sollten unbedingt kleinteilig städtische Nutzungen untergebracht werden, um den monofunktionalen Stadtraum aufzulockern.

Zur Frage des Umgangs mit dem ehemaligen Staatsratsgebäude wäre zunächst zu prüfen, welche Innenräume und welche künstlerischen Manifestationen aus der Sicht des Denkmalschutzes zu erhalten sind. Die Fassade sollte in der überlieferten Form erhalten bleiben. Neue Akzente könnten durch kleine Baukörper, Architekturelemente bzw. Kunstwerke vor dem Gebäude gesetzt werden. Aus historischer Sicht wäre eine Erinnerung an das früher hier befindliche Dominikanerkloster wünschenswert, das im Mittelalter diesen Bereich prägte, heute aber weitgehend in Vergessenheit geraten ist.

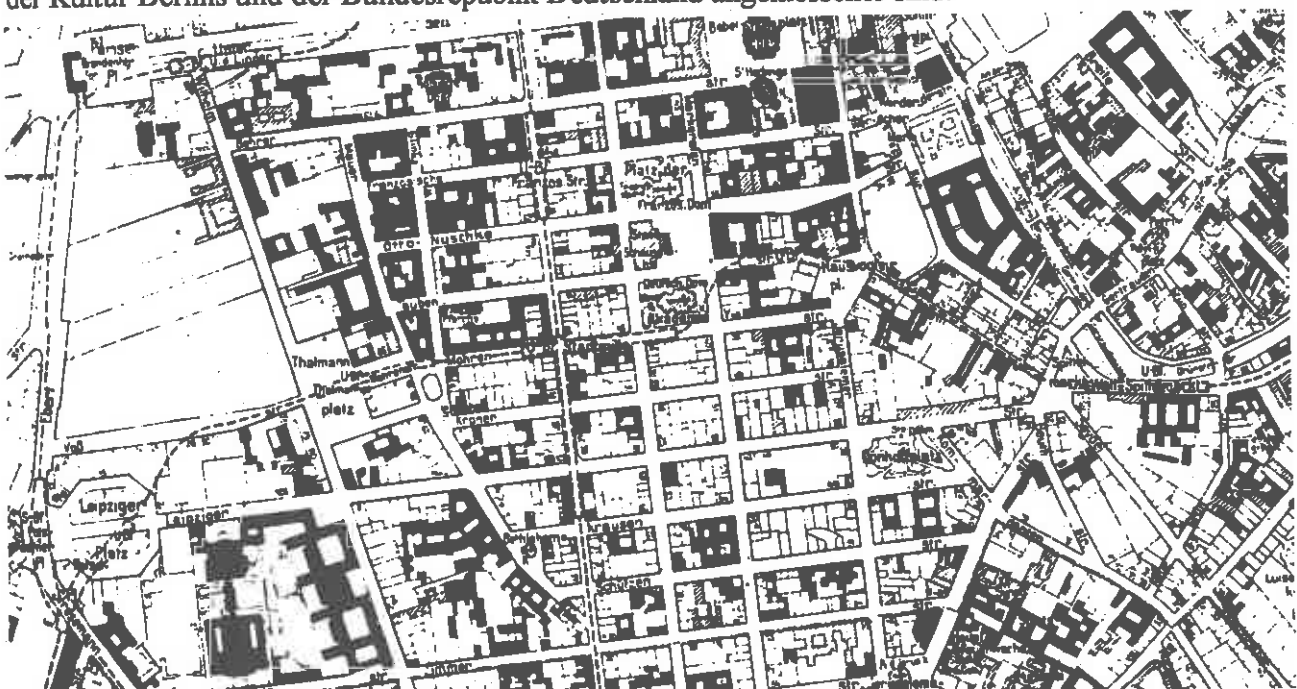
Plädoyer für den Erhalt aller drei Gebäude

Aus bau-, stadtbau- und nutzungsgeschichtlicher Sicht sind alle drei Gebäude Baudenkmale ersten Ranges und gleichrangig erhaltenswert. Ihr Abbruch ist strikt abzulehnen. Die Begründung für diese Wertung ist allerdings unterschiedlich, wie auch der Standort, die Form und die Geschichte dieser Gebäude verschieden ist. Erhaltung ist dabei nicht als museale Konservierung zu begreifen. Insbesondere im Hinblick auf eine funktionale Durchmischung und als Zeichen der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Gebäude sind bauliche Entwicklungsmaßnahmen in Abstimmung mit der Denkmalpflege prüfenswert.

Für die Erhaltung der Großbauten wie die funktionale Durchmischung der Standortbereiche plädieren auch die im Auftrag der Senatsverwaltungen für Bau- und Wohnungswesen sowie Stadtentwicklung und Umweltschutz verfaßten Planwerke zur Entwicklung des Zentrums der Hauptstadt Berlin ("Städtebaulicher Strukturplan" für den Bereich Friedrichswerder, Friedrichstadt und Dorotheenstadt von Strecker/Hoffmann-Axthelm 1992; "Nutzungsstrukturplan" im Rahmen der "Vorbereitenden Untersuchungen Parlaments- und Regierungsviertel" von Zlonicky u.a. 1992; "Städtebauliches Leitbild 'Spreeinsel'" von Jahn u.a. 1992).

Das ehemalige Staatsratsgebäude und das ehemalige Reichsluftfahrtministerium stehen bereits unter Denkmalschutz, die Unterschutzstellung des ehemaligen Reichsbankgebäudes ist im Verfahren (Stand 5.2.1993).

Die Perspektive "Hauptstadt durch Abriß" ist nicht akzeptabel. Neben gewichtigen ökonomischen Gründen spricht die Bedeutung der untersuchten Gebäude für die historische Identität Berlins gegen den Abriß. Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen einer mehrfachen Zerstörung der Stadt - durch die rigorosen Abrißprogramme der Nationalsozialisten, die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und die Abrisse im Zuge des Wiederaufbaus wie Stadtumbaus während der 50er und 60er Jahre in West- wie Ost-Berlin - ist nur ein behutsamer Umgang mit historisch bedeutsamen Gebäuden vertretbar. Denn zur einfachen Entsorgung von Geschichte durch Abriß gibt es Alternativen, die der Kultur Berlins und der Bundesrepublik Deutschland angemessener sind.



Bestandskarte 1958: erhaltene (schwarz) und teilzerstörte (gestrichelt) Gebäude (Ausschnitt aus einer DDR-Karte von 1958, Sammlung Tscheschner)

Langfassung

Einleitung	14
1. Ehemalige Reichsbank	17
1.1 Zur Geschichte des Standortes	17
1.2 Das neue Gebäude	21
1.3 Zur Nutzung	32
1.4 Städtebauliche Situation	33
1.5 Bewertungen und Empfehlungen des HPP-Gutachtens	35
1.6 Zum Umgang mit Stadtraum und Gebäude	37
2. Ehemaliges Reichsluftfahrtministerium	44
2.1 Zur Geschichte des Standortes	44
2.2 Das Gebäude	45
2.3 Zur Nutzung	59
2.4 Städtebauliche Situation	61
2.5 Bewertungen und Empfehlungen des HPP-Gutachtens	63
2.6 Zum Umgang mit Stadtraum und Gebäude	64
3. Ehemaliges Staatsratsgebäude	71
3.1 Zur Geschichte des Standortes	71
3.2 Das Gebäude	74
3.3 Zur Nutzung	84
3.4 Städtebauliche Situation	86
3.5 Bewertungen und Empfehlungen des HPP-Gutachtens	87
3.6 Zum Umgang mit Stadtraum und Gebäude	88
4. Zu den Gutachten von HPP International	94
Schlußüberlegungen	95
Literaturnachweis	97
Gesprächs- und Briefnachweis	100









Einleitung

Anlaß des folgenden Gutachtens war der Beschlußvorschlag des Bundesbauministeriums zum "Konzept für die Unterbringung der Bundesregierung in Berlin" vom 8.12.1992, der u.a. den Abriß des ehemaligen Reichsbankgebäudes, des Gebäudes des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums und des ehemaligen Staatsratsgebäudes zugunsten von Neubauten für das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium des Innern empfahl und zugleich "Nutzungsmischungen mit Wohnen und Gewerbe aus Sicherheitsgründen" auf den Grundstücken dieser Gebäude "grundsätzlich" ausschloß. Dieser Vorschlag rief in der politischen Landschaft Berlins heftige Reaktionen hervor. In einer Tischvorlage des BMBau vom 16.12.1992 wurde daraufhin der Vorschlag vom 8.12. etwas "entschärft". Ohne Rücknahme der harten Formulierungen des ursprünglichen Textes wurde folgende Einfügung vorgeschlagen: "Es ist beabsichtigt, die in Frage kommenden Gebäude im Rahmen offener Wettbewerbe zur Disposition zu stellen. So soll für den Bereich des ehem. Hauses der Parlamentarier unter Einschluß der angrenzenden Liegenschaft des Staatsratsgebäudes und des Marx-Engels-Platzes/Palast der Republik ein städtebaulicher Ideenwettbewerb durchgeführt werden, in dessen Rahmen über den Fortbestand der bestehenden Gebäude unter wirtschaftlichen wie städtebaulichen Gesichtspunkten zu befinden sein wird. Mit Berlin wird zu prüfen sein, ob auch für das ehem. Haus der Ministerien und die angrenzenden, für die Unterbringung der Bundesregierung vorgesehenen Liegenschaften ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt werden sollte, in dessen Rahmen zu prüfen ist, ob bestehende Gebäude erhaltenswert sind. Sollte sich ein Wettbewerb nicht als zweckmäßig erweisen, wird neben Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit auch der Denkmalschutz in die endgültige Entscheidung einzubeziehen sein." Die Vorlage des Bundesbauministeriums samt Einfügung wurde am 17.12.1992 durch das Bundeskabinett beschlossen.

Ein Bezugspunkt der Beschlußvorlage waren die Gutachten von HPP International zu den Unterbringungsmöglichkeiten der Bundesregierung in Berlin. Diese Gutachten kamen zu dem Ergebnis, daß die Sanierung und Nutzung des ehemaligen Staatsratsgebäudes wie des ehemaligen Reichsbankgebäudes durch Verwaltungen der Bundesregierung wirtschaftlich nicht vertretbar sind. In Erwägung gezogen wurde der Abbruch des ehemaligen Staatsratsgebäudes und - zur weiteren Prüfung - eine "Rückführung" des ehemaligen Reichsbankgebäudes "in die ursprüngliche Nutzung". Das ehemalige Reichsluftfahrtministerium wurde etwas "günstiger" bewertet: "Aufgrund der Verantwortung des Bundes für denkmalgeschützte Bauwerke könnte die Sanierung und Nutzung des Gebäudes am ehesten vertreten werden."

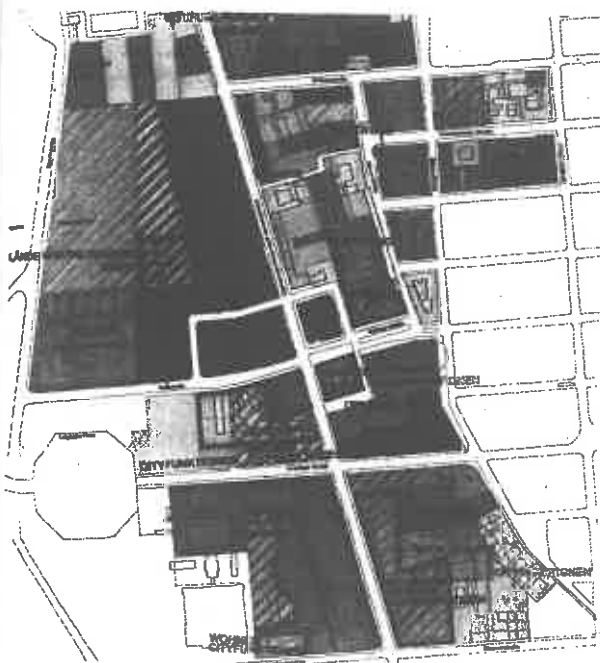
Das folgende Gutachten stellt die in den Gutachten bei HPP International nicht untersuchte historische, bau-, stadtbau- und nutzungsgeschichtliche Bedeutung der Gebäude der ehemaligen Reichsbank, des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums und Staatsrates vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Überlegungen zur Hauptstadtplanung dar. Weiterhin wurden die bereits erfolgten Gebäudeinvestitionen erfaßt und Gebäudebegehungen durchgeführt. Grundlage der Darstellung sind die Analyse historischer Karten, die Auswertung von Fachliteratur und Gutachten sowie Expertengespräche. Unter der Sekundärliteratur ist das Buch "Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945" von Wolfgang Schäche besonders hervorzuheben.





















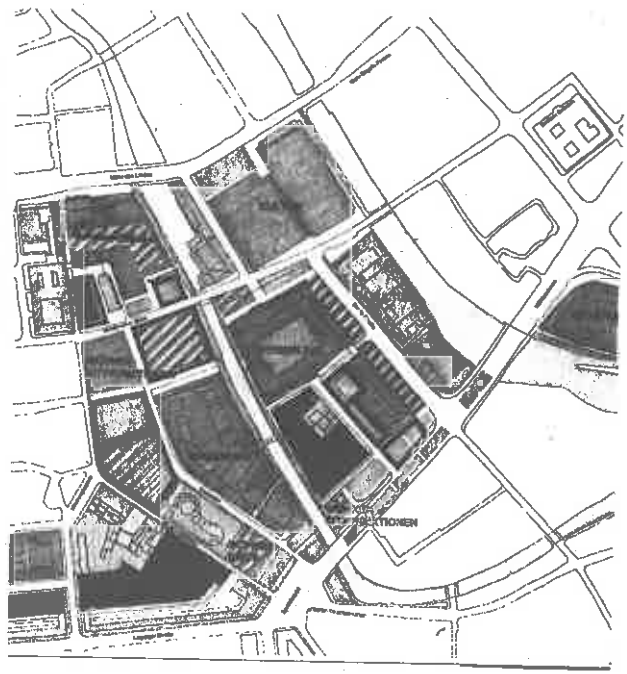
-  Kultur
-  Staatliche Einrichtungen
-  Wissenschaftliche Einrichtungen
-  Land Berlin und bezirkliche Einrichtungen
-  Überwiegend Dienstleistungen mit ca. 20% Wohnen
-  Wohnen mit anteiligen Flächen Dienstleistung
-  öffentliche Grünflächen
-  Gewerbe

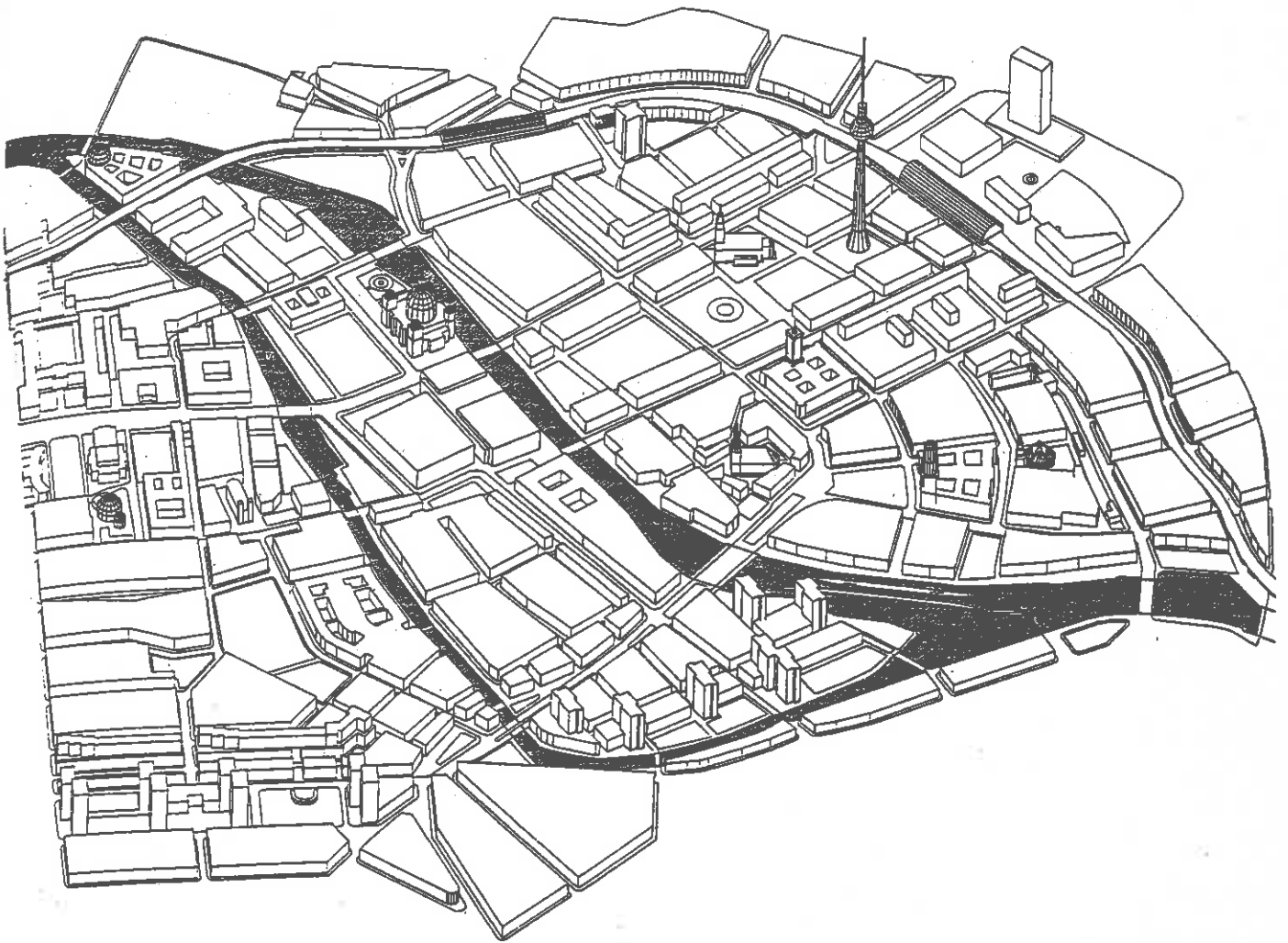
"Städtebaulicher Strukturplan", Vorschlag für die weitere Entwicklung mit Nutzungsdifferenzierung des Bereichs Friedrichswerder, Friedrichstadt und Dorotheenstadt (Ausschnitt) von Strecker/Hoffmann-Axthelm, 1992 (oben).

"Nutzungsstrukturplan, Entwurf" mit Nutzungsdifferenzierung, Vorbereitende Untersuchungen Parlaments- und Regierungsviertel, Teilgebiete Wilhelmstraße und Spreeinsel, von Zlonicky u.a. 1992 (unten)



-  **Grundnutzung**
Parlament, Oberbürgeramt, Hotel und Gastronomie
-  **Wohnen**
0 bis 20%
20 % bis 50%
über 50%
-  **Dach**
Land/Wald/Grünflächen
-  **Öffentliche**
-  **Landwirtschaft**
-  **Kultur/Park/Grüne**
-  **Grünfläche**
-  **Wasserfläche**
-  **Rechtliche**
-  **Rechtliche**
-  **Rechtliche**
-  **Rechtliche**
-  **Rechtliche**
-  **Rechtliche**
-  **Rechtliche**
-  **Rechtliche**
-  **Rechtliche**
-  **Rechtliche**





"Städtebauliches Leitbild 'Spreeinsel'" mit Vorschlägen zur weiteren Entwicklung der baulich-räumlichen Ordnung u.a. im Bereich des ehemaligen Staatsratsgebäudes und des ehemaligen Reichsbankgebäudes, Isometrie von Jahn u.a. 1992

Bezugspunkt des Gutachtens sind die Ansätze einer differenzierten Kultur des sensiblen und behutsamen Umgangs mit historischen Stadträumen und Gebäuden, die sich in West-Berlin wie - in Planer- und Architektenkreisen und in der Bevölkerung - in Ost-Berlin während der 80er Jahre herausgebildet haben. Hintergrund dieser Entwicklung war die Erfahrung einer mehrfachen Zerstörung in Berlin - durch die Nationalsozialisten, den von diesen angezettelten Weltkrieg und den Wiederaufbau wie Stadtbau während der 50er und 60er Jahre in Ost- und West-Berlin. Merkmal der neuen Kultur war die Achtung und Akzeptanz gewachsener Baustrukturen wie die Ablehnung einer einfachen Entsorgung der deutschen Geschichte durch Abriß, die Anerkennung der Tatsache, daß sich Erinnerung an Geschichte wesentlich über konkrete Räume und Bauten verstetigen läßt.

Die Ansätze einer solchen Kultur scheinen heute durch die Hauptstadtplanung generell in Frage gestellt. Das ist umso befremdlicher, da die künftige Hauptstadt Berlin nur in einem Prozeß der im In- und Ausland nachvollziehbaren Auseinandersetzung mit der vergangenen Hauptstadt Berlin in Würde gestaltet werden kann, und da die Zeugen der Geschichte in dem schwer zerstörten Zentrum Berlins wenig und einsam geworden sind.

Die Auseinandersetzung mit den baulichen und räumlichen Zeugen der Geschichte setzt zuallererst deren Kenntnis voraus, dann die Erarbeitung von Prinzipien, wie mit diesen Zeugen in einer demo-

kratischen, zivilisierten Weise umgegangen werden soll. Dies gilt auch für die Ausstattung von Innenräumen.

Doch können solche Prinzipien auch für Bauten der NS- und DDR-Zeit gelten? Für die beiden NS-Bauten, die selbst rücksichtslos wertvolle historische Gebäude verdrängt haben, für Bauten, die den stadtfeindlichen Trend zu Großstrukturen exemplarisch verkörpern, den Trend zur Beseitigung kleiner Parzellen, Gebäude, Straßen und bunter Nutzungsvielfalt? Die Frage ist berechtigt, sie muß vor dem Hintergrund dieses Gutachtens aber eindeutig mit "ja" beantwortet werden. Dies umso mehr, als gerade die Zeugnisse jüngster deutscher Geschichte heute von einem vorschnellen Bildersturm bedroht sind.

1. Ehemalige Reichsbank

1.1 Zur Geschichte des Standortes

Das sich heute weitgehend isoliert präsentierende Gebäude des ehemaligen ZK der SED, früher Reichsbank, bildete den Schlußstein einer historisch längeren Entwicklung, die durch die schrittweise Herausbildung eines gewaltigen Bankkomplexes im Bereich des Friedrichswerder gekennzeichnet ist.

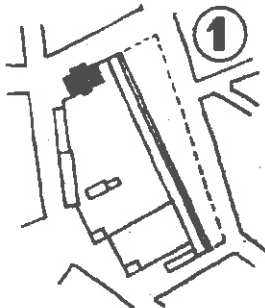
Ausgangspunkt dieses Prozesses war die Eröffnung der Königlichen Giro- und Lehnbanco am 20. Juli 1765, für die Friedrich II. den 1690 nach einem Entwurf von Nehring erbauten Jägerhof als Dienstgrundstück zur Verfügung stellte. In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts wurde der Bankkomplex erweitert und das Hauptgebäude klassizistisch umgebaut, im Jahre 1847 die Königliche Bank in die Preußische Bank umgewandelt.

Zwischen 1869 und 1877 erfuhr der gesamte Komplex nach Plänen von Friedrich Hitzig eine abermalige Erweiterung und Neugestaltung mit prächtiger Fassade zur Jägerstraße hin, die bis zum Zweiten Weltkrieg erhalten blieb. In das Jahr 1876 fiel die Umwandlung der Preußischen Bank in die Reichsbank.

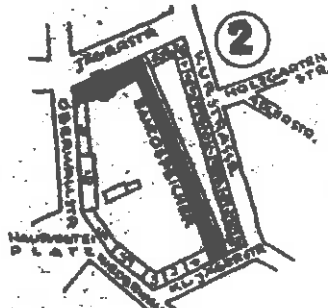
Nach der Gründung des Kaiserreiches wuchs der Geschäftsumfang der Reichsbank sehr schnell, und sie erwarb zusätzliche Erweiterungsflächen, unter anderem die Grundstücke mit der Hausvogtei und deren Gefängnissen. Die Bank besaß damit ein Areal, das von der Jäger-, der Oberwallstraße, dem Hausvogteiplatz, der Niederwall- und der Kleinen Jägerstraße umgrenzt war. 1892/94 wurde hier der Neubau des Kontors für Wertpapiere errichtet, 1903 wurde die Anlage nochmals erweitert.

Vor dem Ersten Weltkrieg nahm der Geschäftsumfang wiederum derart "stark und anhaltend" zu, "daß schon damals die Ausführung eines großzügigen Erweiterungsbaues als unvermeidlich angesehen wurde. Da nach Lage der Dinge für diese Erweiterung in erster Linie das dem alten Reichsbankblock gegenüberliegende, von der Kurstraße, der Holzgartenstraße, der Unterwasserstraße und der Alten Leipziger Straße begrenzte Gelände in Frage kam, nutzte das Reichsbankdirektorium die ersten in den Jahren 1913 und 1914 sich bietenden Gelegenheiten zum Erwerb von Grundstücken an der Kurstraße sowie der an diese Häuser angrenzenden, in der Adlerstraße und in der Alten Leipzi-

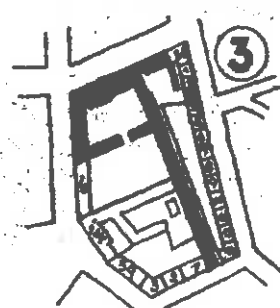
BAULICHE ENTWICKLUNG DER REICHSHAUPTBANK



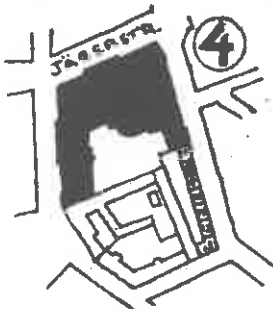
1690-1765 JÄGERHOF



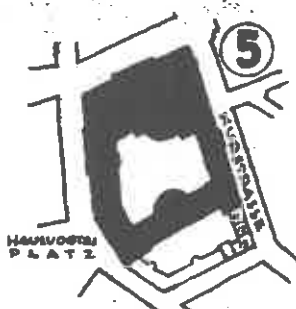
KGL. GIRO- und LEHNBANCO
1765-1840



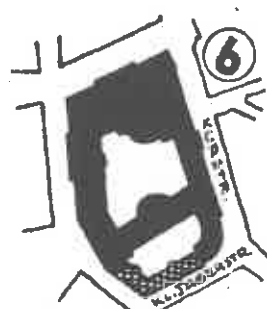
1840-1846 KGL. GIRO- und LEHNBANCO
1846-1869 PREUSSISCHE BANK



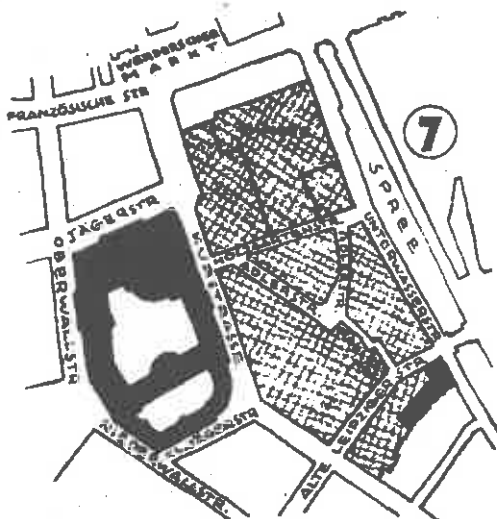
REICHSBANK 1869-1892
1869-1876 ERRICHTUNG DES
HAUPTGEBÄUDES AN DER
JÄGERSTRASSE



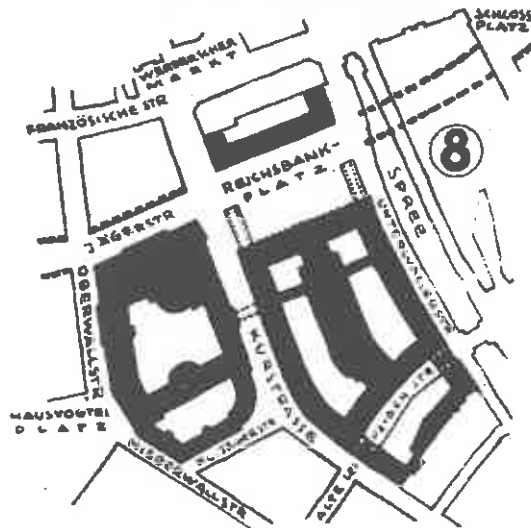
REICHSBANK 1892-1908
1892-1894 ERRICHTUNG DES
KONTORS FÜR WERTPAPIERE
ZWISCHEN HAUSVOETELPLATZ
UND KURSTRASSE



REICHSBANK 1908-1934
1908-1909 ERRICHTUNG DES RUNDBAUES
ECKE KURSTRASSE/KÖNIGSTRASSE.
ANSTOSSENDES EHEMALIGES REGIERUNGSGEBÄUDE BLEIBT UNVERÄNDERT



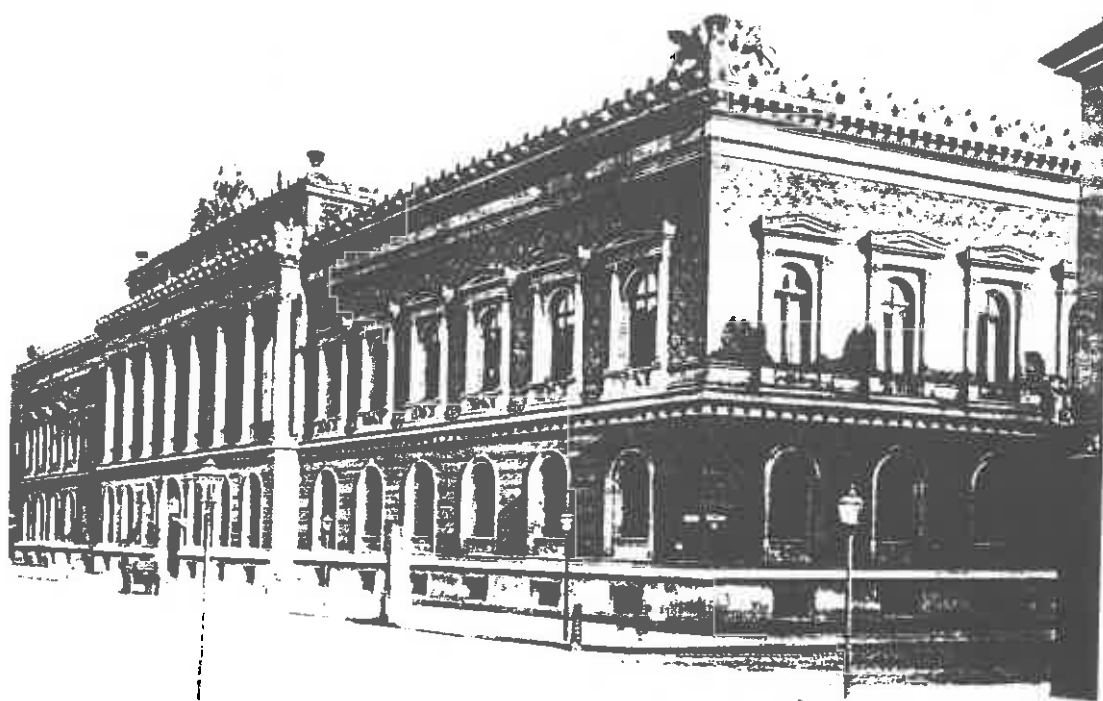
DAS IN DEN JAHREN 1913-1934 FÜR DEN
ERWEITERUNGSBAU ERWORBENE GELÄNDE
1924-1925 ERRICHTUNG DES TECHN. GEBÄUDES
ECKE ALTE LEIPZIGER STR. UND OBERWASSERSTR.



DIE REICHSHAUPTBANK NACH VOLLENDUNG
DES IM JAHRE 1934 IN ANGRIFF GENOMMENEN
ERWEITERUNGSBAUES

BERLIN, DEN 24. APRIL 1934
REICHSBANKBAUBÜRO

Darstellung der stadträumlichen Expansion des Bankenkomplexes auf dem Friedrichswerder von 1765 bis 1934 in der "Festschrift zur Feier der Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau der Reichshauptbank" vom 5. Mai 1934. Rechts unten ist der Neubau zwischen Kurstraße und Unterwasserstraße mit nördlich geplantem "Reichsbankplatz" zu erkennen.



Das alte Reichsbankgebäude in der Jägerstraße, erbaut in den Jahren 1869-1876 nach Plänen von Friedrich Hitzig, im Zweiten Weltkrieg zerstört (Festschrift 1934)

ger Straße gelegenen Hausgrundstücke. Nach und nach gingen in den folgenden Jahren die restlichen Grundstücke dieses Gebäudeblocks bis an die Unterwasserstraße in den Besitz der Reichsbank über. Darüber hinaus wurden zur Abrundung auch sämtliche auf der südöstlichen Seite der Alten Leipziger Straße zwischen Kur- und Unterwasserstraße gelegenen Grundstücke erworben." (Festschrift 1934, S. 11)

Auf dem Gelände südöstlich der Alten Leipziger Straße wurde 1924 das "Technische Gebäude" mit Fernheizkraftwerk, den elektrischen Anlagen, der Banknotenvernichtungsanstalt und den Handwerkerbetrieben der Reichsbank nach Plänen von Reichsbankbaudirektor Nitze errichtet. Der weiterhin steigende Raumbedarf führte schließlich Ende 1932 zur Entscheidung des Reichsbankdirektoriums, "den Reichsbankbaudirektor Wolff mit der beschleunigten Bearbeitung der Pläne für einen umfangreichen Erweiterungsbau zu beauftragen, wobei von vornherein davon ausgegangen wurde, daß das insbesondere hinsichtlich der Front an der Jägerstraße architektonisch wertvolle jetzige Hauptbankgebäude unverändert beibehalten werden soll." (Festschrift 1934, S. 12)

Als Grundstück war zunächst "nur" der Baublock zwischen Kur-, Holzgarten-, Unterwasser- und Alter Leipziger Straße vorgesehen. Die dort vorhandene Bebauung wurde von Martin Kießling als "kleinbürgerliche Wohn- und Geschäftswelt von altmodischem Charakter" geschildert. Die bunte Vielfalt des Gebiets wird aus der weiteren Beschreibung deutlich: "Es stehen in diesem Bereich noch zahlreiche altberliner Häuser, solche mit schlichten Fensterfronten und reicher geschmückte Vertreter der Barock- und Zopfzeit. Leider mischen sich in das stimmungsvolle Bild ebenso anspruchsvolle wie charakterlose Fassaden aus dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts. Aber trotz so bedauerlicher Zutaten haben sich diese Stadtviertel einen Schimmer altberliner Romantik bewahrt." (Zentralblatt 33/1933, S. 385)



Bild 16 — Adlerstraße 5



Bild 17 — Einzelheit am Hause Adlerstraße 5



Bild 18 — Die Gasse „Kaules Hof“



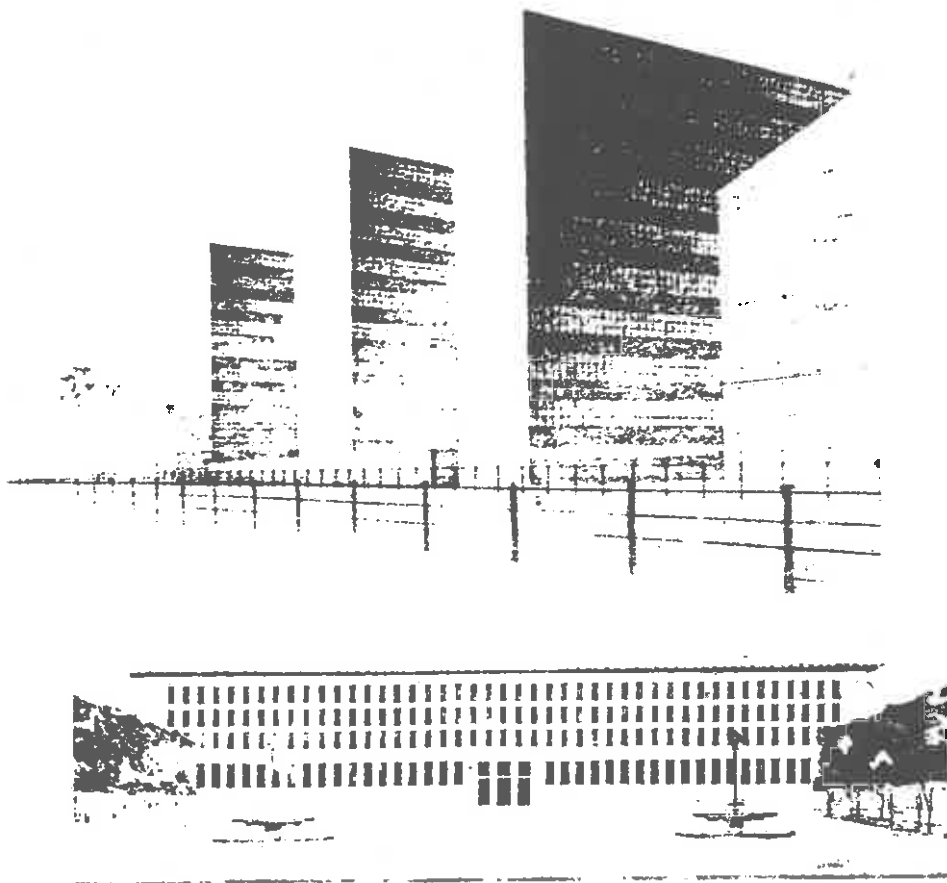
Bild 19 — Ansicht des Hauses Kaules Hof von der Alten Leipziger Straße

Bilddokumentation des für den Reichsbankneubau abgerissenen historischen Stadtteils in der 1934 vorgelegten "Festschrift"

1.2 Das neue Gebäude

Um "auch in städtebaulicher Beziehung" eine "bestmögliche Lösung" zu erreichen, schrieb das Reichsbankdirektorium im Februar 1933 einen nicht-öffentlichen Wettbewerb unter 30 Architekten aus - u.a. Fritz Becker, German Bestelmeyer, Erich Blunck, Richard Döcker, Emil Fahrenkamp, Alfred Fischer, Kurt Frick, Walter Gropius, Konstanty Gutschow, Otto Haesler, Fritz Höger, Hans Holzbauer, Edmund Koerner, Wilhelm Kreis, Paul Mebes/Paul Emmerich, Pfeifer und Großmann, Pinno und Grund, Hans Poelzig, Wilhelm Riphahn, Schneider und Ziegler, Otto Ernst Schweizer, Heinrich Tessenow, Ludwig Mies van der Rohe, Ludwig Ruff, Walter und Krüger sowie W. W. Zschimmer. Auffällig ist die sich in dieser Zeit wandelnde Sprachregelung hinsichtlich der aufgeforderten Architekten. So schrieb das Zentralblatt der Bauverwaltung zunächst (Heft 33/1933) von "30 bewährten Architekten aus allen Teilen des Reiches", einige Wochen später (Heft 47/1933) von den "bekanntesten Architekten aus allen deutschen Gauen". Gefordert war die "Lösung eines Bauproblems von geradezu nationaler Bedeutung" (Zentralblatt 33/1933, S. 385) Der Neubau "muß den Rang eines Baudenkmals haben, er soll eine Zierde werden für die Reichshauptstadt und der würdige Repräsentant eines Instituts von Weltgeltung." (Ebd.)

Der durch das Baubüro der Reichsbank erarbeitete Vorentwurf wurde den Wettbewerbsteilnehmern nicht zugänglich gemacht, von der Jury aber negativ bewertet (Nerdinger 1985a, S. 71). Von den eingereichten Arbeiten gelangten sechs in die engere Wahl und wurden mit dem "vorgesehenen Zu-



*Wettbewerbsbeiträge von Ludwig Mies van der Rohe (oben) und Pinno und Grund (unten)
(Nerdinger 1985a)*

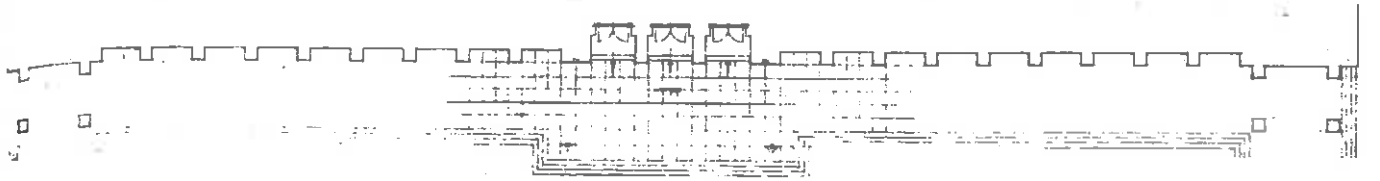
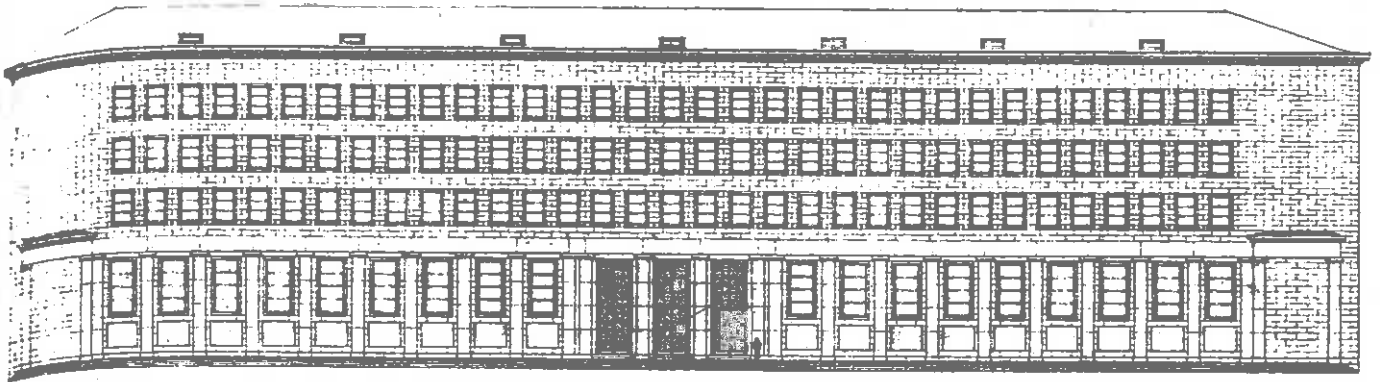
satzhonorar von 4000 M" (Bauwelt 31/1933, S. 1) ausgezeichnet, und zwar diejenigen von Fritz Becker, Kurt Frick, Mebes und Emmerich, Ludwig Mies van der Rohe, Pfeifer und Großmann sowie Pinno und Grund. Der Gutachterausschuß bestand aus vier Vertretern der Reichsbank, darunter Reichsbankbaudirektor Heinrich Wolff, und fünf "fachmännischen" Gutachern (Peter Behrens, Paul Bonatz, Martin Kießling, Fritz Schumacher, Kühn). Der ursprünglich ebenfalls als Preisrichter vorgehene Martin Wagner wurde auf Betreiben konservativer und rechter Architekten, darunter auch Heinrich Tessenow, nach einer Intervention von Paul Schultze-Naumburg entfernt (Nerdinger 1985a, S. 67).

Von den Arbeiten der engeren Wahl zeigten die Hälfte eine relativ "moderne" Architekturauffassung (die Entwürfe von Becker, Mebes und Emmerich sowie von Mies van der Rohe). Die "modernste" Lösung schlug ohne Zweifel Mies van der Rohe vor. Sein Entwurf wurde in der Bauwelt (Heft 31/1933) sehr wohlwollend kommentiert: Die Rede ist von einer "vollkommenen Klarheit des Entwurfs", einem "Kunstwerk". "Der Bau", so der Bericht keineswegs in negativem Sinne, "ist auf das allerschärfste scharfwinklig, gesimslos, die Wände sind eben, abwechselnd aus Glas in der Flucht und geschlossenen Brüstungen." (S. 5) Auch das Preisgericht selbst fand für einzelne Aspekte des Entwurfs so lobende Worte wie "besonders großartig", "klar" und "schön". Der von der Jury nicht berücksichtigte Walter Gropius lieferte im Erläuterungsbericht seines Entwurfs "eine detaillierte Untersuchung über die von ihm eingeplanten konstruktiven Maßnahmen zur Sicherung des Bauwerks gegen Luftangriffe" (Nerdinger 1985b, S. 180).

Wichtige Kriterien für die Beurteilung der eingereichten Entwürfe waren deren Banktauglichkeit und Verträglichkeit für das Stadtbild. Martin Kießling, einer der Mitglieder des Gutachterausschusses, betonte, daß etwa Hochhäuser nicht "in das so wertvolle Stadtbild" passen, wichtig sei der "Zusammenklang zwischen dem Neubau und dem vorhandenen Stadtbild". Für die Hauptgesimshöhe wurde - mit Rücksicht auf die Höhen von Schloß und Bauakademie - eine Obergrenze von 25 m empfohlen. Hinsichtlich des Stadtbildes wurde etwa die Arbeit von Hans Poelzig kritisiert: Dessen Lösung, so das Preisgericht, störe "das vorhandene, von Altberliner Tradition erfüllte Stadtbild" (S. 7). Auch die Ansicht an der Unterwasserstraße bei Mies van der Rohe beeinträchtigte das Stadtbild. Gropius Beitrag mache, so der Vorwurf, den "Eindruck einer großen Fabrik".

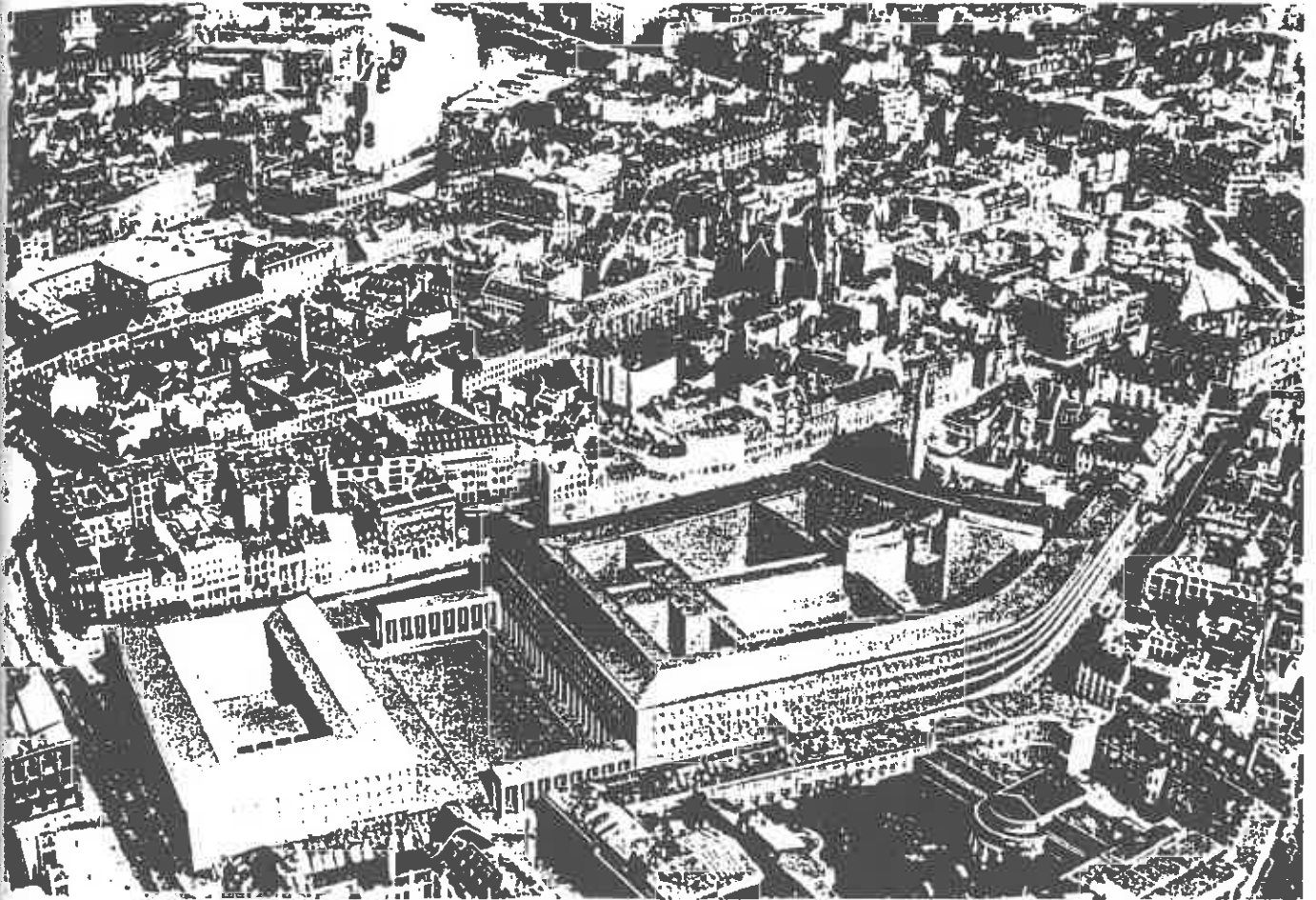
Vor allem aber aus "banktechnischen" Gründen wurde schließlich keine einzige Arbeit vom Beurteilungsausschuß zur Ausführung vorgeschlagen. Dagegen wurde "dringend empfohlen", einen der sechs Architekten mit Entwürfen der engeren Wahl "zur endgültigen Gestaltung des Ausführungsentwurfs als Mitarbeiter im Reichsbankbaubüro heranzuziehen." (S. 388) Angesichts dieser Verhältnisse "bestimmte im September 1933 das Reichsbankdirektorium einen vom Führer gutgeheißenen Entwurf des Reichsbankbaudirektors Wolff zur Ausführung und beauftragte ihn mit der weiteren Bearbeitung und der Durchführung der Bauaufgabe." (Festschrift 1934, S. 13) So wurde Heinrich Wolff vom Preisrichter zum ausführenden Architekten. Ein Ergebnis des Wettbewerbs war auch das Konzept, das Baugebiet über die Holzgartenstraße hinaus nach Norden zu erweitern.

Der Reichsbankwettbewerb hatte zweifellos "historische Bedeutung": "Es war dies der letzte Wettbewerb, bei dem das gesamte Spektrum der widerstreitenden architektonischen Richtungen und Auffassungen von den Teilnehmern repräsentiert werden konnte. Der frühe Termin der Ausschreibung (Februar 1933) ist wohl primär ausschlaggebend für die Tatsache, daß die wenig später 'Verfemten', wie Mies van der Rohe, Gropius, Haesler und Poelzig, dazu eingeladen waren und selbst in der Festschrift zur Grundsteinlegung vom Mai 1934 noch zu den '... bekanntesten Architekten aus allen deutschen Gauen ...' gerechnet wurden. Somit bieten die Ergebnisse des Wettbewerbs ein authentisches Bild des Diskussionsstandes in der Architektur am Ende der Weimarer Republik." (Schäche 1991, S. 159)

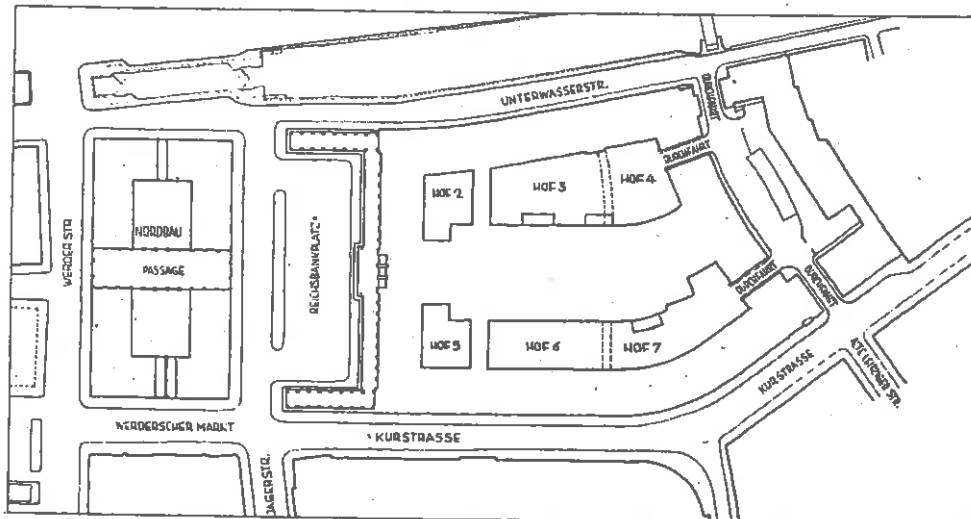


Der Erweiterungsbau der Reichshauptbank in Berlin / Architekt: Reichsbankbaudirektor Heinrich Wolff, Berlin / Die Eingangsseite / Bild 2

Die Schauseite, das Gesicht, die „Front“ eines Bauwerks soll sein Wesen, wie es der gestaltende Künstler sieht, anschaulich machen. Man spricht daher von Bauten zumeist in Vergleichen, hier etwa vom Klaren, Festen, Scharfen, wie einst (z. B. vor Barockbauten) vom Gewaltigen, Majestätischen, schweren Prunk und dergl. Auch in solchen Eigenschaftswörtern drückt sich der künstlerische Wille einer Zeit aus



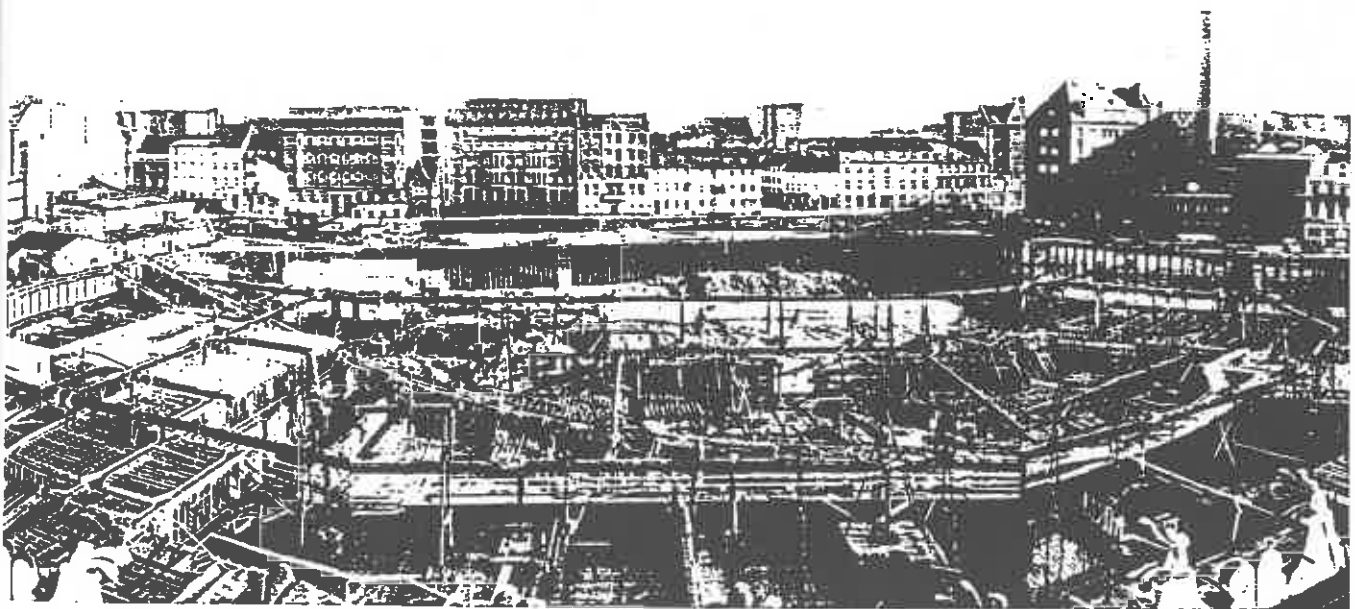
Darstellung des Reichsbankneubaus in der Bauwelt 34/1937: Aufriß und Grundriß der Hauptfassade (mit Originalkommentar) sowie Fotomontage einer Vogelschau



Lageplan des Erweiterungsbaus (Bauwelt 34/1937)

Der Standort des geplanten Neubaus auf dem "sumpfigen Werder" war durch erhebliche Gründungsprobleme gekennzeichnet. Er reichte in das zum Teil zugeschüttete Flußbett des mittelalterlichen Spreearms hinein, und es gab dort sowohl Moorlinsen als auch einen zur Bauzeit noch sehr hohen Grundwasserstand und mehrfach regulierte, angrenzende Spreeschleusen.

Für das Bauvorhaben wurde von Oktober 1933 bis April 1934 durch Abriß ein ganzer Stadtteil beseitigt: "Leider war es nicht zu vermeiden, daß dem größeren Zwecke auch einige künstlerisch und kulturhistorisch bedeutsame Häuser geopfert werden mußten, vor allem das sogenannte Weydingerhaus (...). Es ist jedoch dafür gesorgt worden, daß die künstlerisch und baugeschichtlich wertvollen Räume und Teile dieser Häuser der Nachwelt an anderer Stelle erhalten bleiben." (Festschrift 1934, S. 15) In einem ersten Schritt wurde - bei gleichzeitiger Absicht, Tresore mit extrem hoher Sicherheitsgarantie zu schaffen - ein gewaltiges, mehrgeschossiges unterirdisches Tiefbauwerk errichtet, dessen äußere Baufluchtlinien denen des Hochbaukomplexes entsprachen.



Tiefbauarbeiten für das neue Gebäude der Reichsbank (Bauwelt 34/1937)



Fortgeschrittene Tiefbauarbeiten für das neue Gebäude der Reichsbank (Bauwelt 34/1937)

"Die Konstruktion des Tiefbaues besteht aus Eisenbeton; im mittleren Teil des Bauwerks sind drei, in den übrigen Teilen und unter den Höfen zwei Kellergeschosse vorhanden. Die Verwendung von Eisenbeton machte es notwendig, in dem Bauwerk des Tiefbaues eine große Anzahl Bewegungsfugen vorzusehen. (...) Die Fugen wurden so angelegt, daß die aus dem Schwinden des Betons und aus den Temperaturänderungen erfolgenden Bewegungen ohne Zwang erfolgen können, dagegen wurde ungleichmäßiges Setzen einzelner Blöcke dadurch verhindert, daß die Blöcke in den Fugen 'gekuppelt' wurden. Diese Kupplungen waren insbesondere mit Rücksicht auf die Dichtungen notwendig. (...) Die Fundamentplatte wurde als kreuzweise bewehrte Platte zwischen kreuzweise gespannten Balken berechnet; sie steht in biegungsfester Verbindung mit den Außenwänden der Kellergeschosse, die ebenfalls in Eisenbeton ausgebildet sind. Die Einflüsse der Kuppelungen auf die Fundamentplattenblöcke wurden berücksichtigt. (...) Die einheitliche Stärke der Fundamentplatten beträgt 120 cm. Die Kellerdecken sind ebenfalls kreuzweise gespannte Platten zwischen Balken. Die Balkenschrägen wurden in die Waagrechte gelegt (Horizontalvouten), um keine Einengung des lichten Raumes an den Stützen zu erhalten. (...) Die Stützen sind normale Eisenbetonstützen mit Rechteckquerschnitt; nur in einem Falle wurde eine ungewöhnlich schwere Stütze, welche sich neben der Garagenfahrt befindet, als umschnürte Achteckstütze ausgebildet. (...) Die Dichtung besteht aus vier Lagen, der Unterbeton, auf den die Dichtung geklebt ist, ist 10 cm dick und unter den Fugen auf 15 cm und durch Eiseneinlagen verstärkt. Die Wände, gegen welche die Dichtung geklebt ist, sind 25 cm dick aus Mauerwerk." (Padler 1937, S. 15f.)

Auf dem in Eisenbeton ausgeführten Tiefbauwerk steht der als Stahlskelettbau ausgeführte Hochbau. Die Wahl eines "Stahlgerippes" wurde mit der "Anpassungsfähigkeit bei unvorgesehenen Veränderungen", vor allem aber "luftschutztechnisch" begründet: Es sei von größter Wichtigkeit, "daß ein Gerippe von großer Widerstandsfähigkeit bei Luftangriffen erhalten bleibt, wenn auch die Ausmauerung teilweise herausgeschleudert wird. Auch die Möglichkeit der schnellen Ausbesserung von Schäden bei Luftangriffen ist beim Stahlgerippebau wie bei keiner anderen Bauweise gegeben." (Mensch 1937, S. 11) Zum Aufbau des Stahlskeletts heißt es weiter: "In den Außen- und Innenwänden stehen Stützenreihen, meist bestehend aus Peiner Trägern zur Aufnahme der Trägerlagen der Decken, die als Steineisendecken ausgeführt sind. Zur Erzielung der Quersteifigkeit sind die Deckenplatten teilweise durch Einziehung von Fachwerkverbänden als starre waagrechte Scheiben ausgebildet, die ihre Auflagerkräfte an senkrechte Windgerüste abgeben, die teils in Trennwänden, teils in Treppenhauswänden stehen." (Ebd.) Die Außenwände zu den Straßen hin sind bei einer Stärke von 70 cm mit einer massiven Sandsteinfassade ausgebildet, die Außenwände zu den Hofseiten sind verputzt. Die

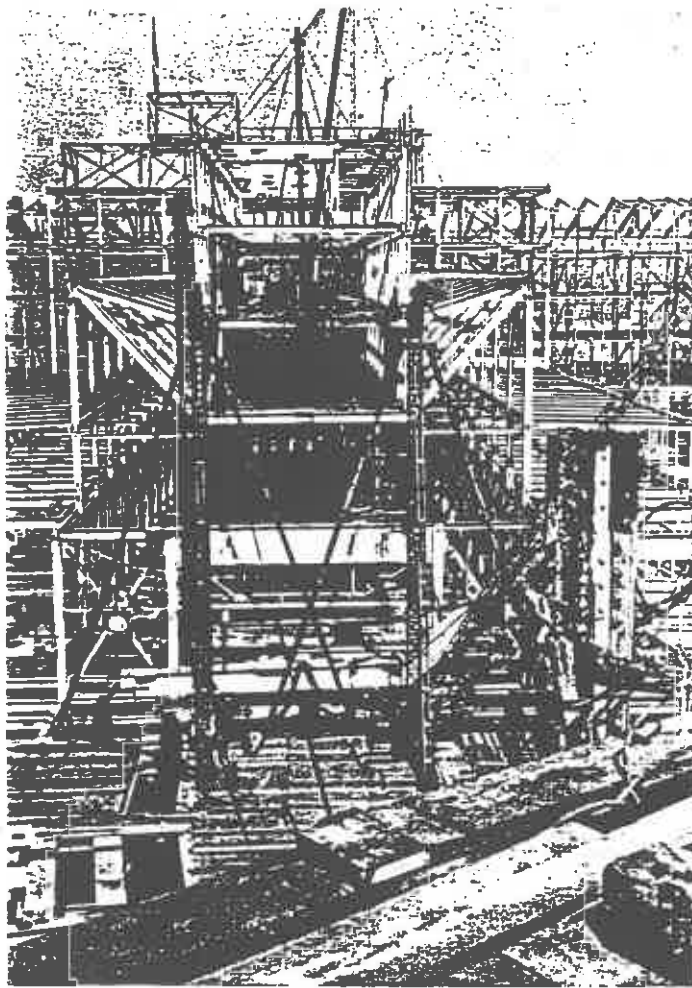
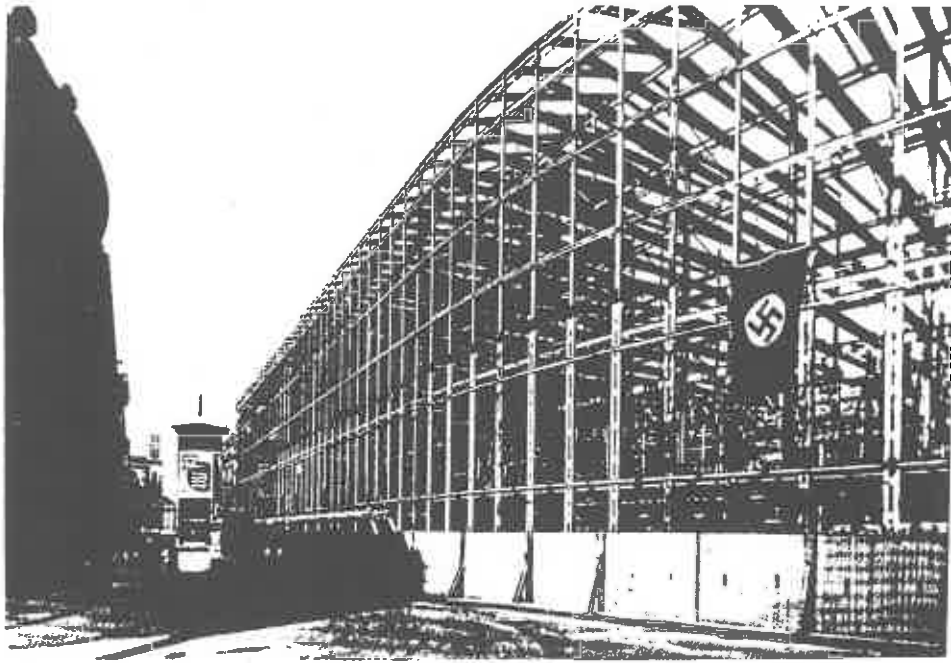
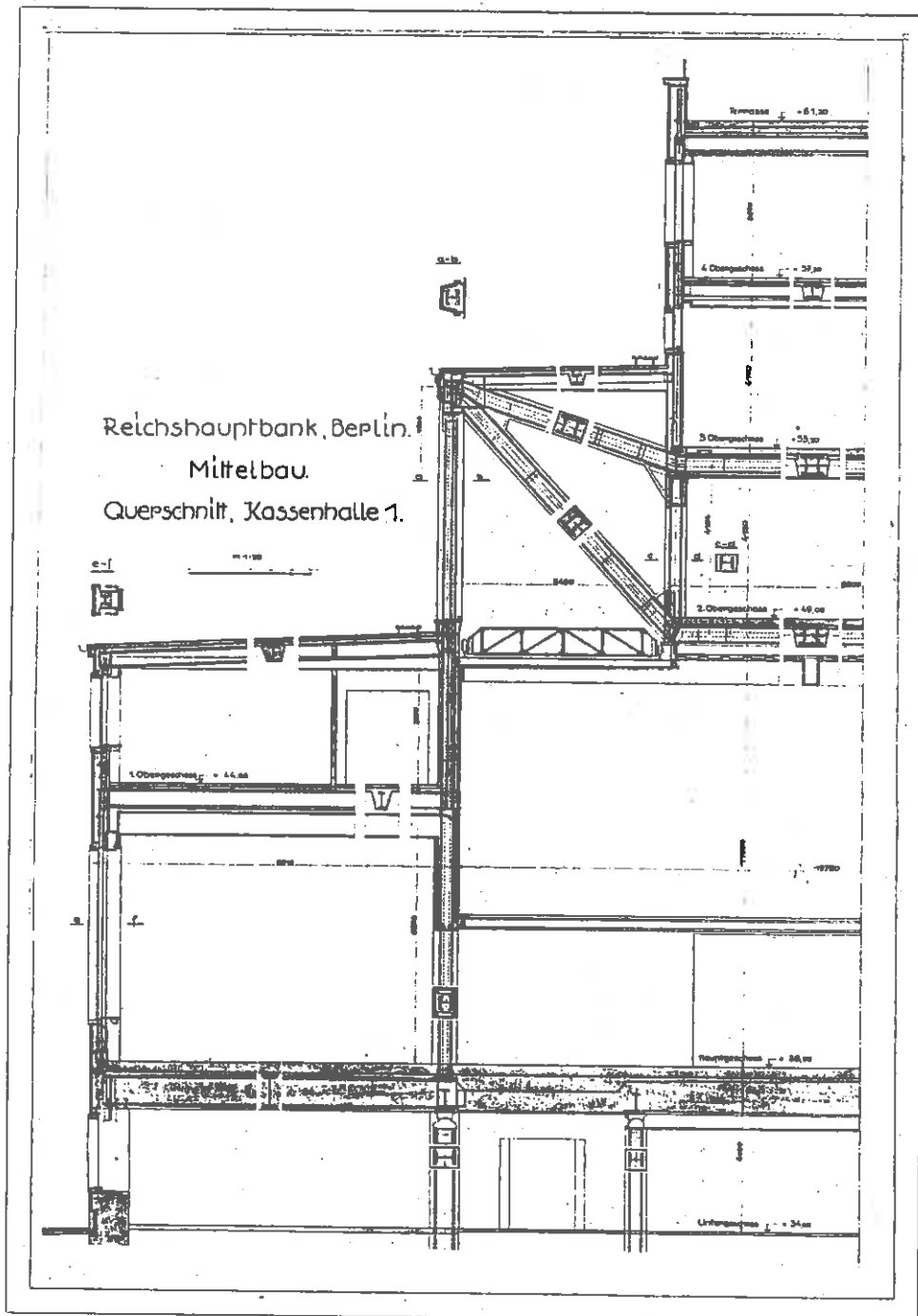


Bild oben: die Stahlkonstruktion des Gebäudeteiles an der Kurstraße während der Montage, um 1936 (Schäche 1991). Bild unten: das "Stahlgerippe" des Mittelbaus (Bauwelt 34/1937)

glatten Fensterfaschen treten "geringfügig aus der flächigen Wand" (Schäche 1991, S. 162). Neben dem Wüschelbürger Sandstein wurde im Bereich der Sockelzone auch Beuchaer Granit verwendet (Zentralblatt 4/1941, S. 60). Das Gesamtgewicht der Stahlkonstruktion beträgt 13.550 Tonnen. Die Baumaßnahmen wurden erst 1940 abgeschlossen.

Ein ingenieurtechnisches Meisterwerk seiner Zeit stellt der Bau der Kassenhalle dar: Um die große Halle von den Höfen her zu belichten, wurden die darüberliegenden drei Geschosse trogartig am

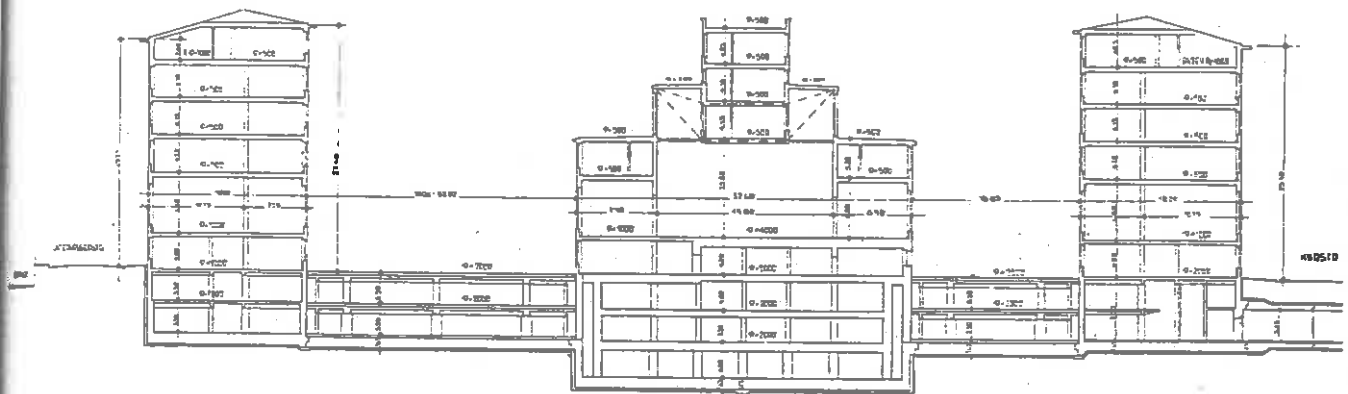


Schnitt durch den Mittelbau samt Kassenhalle (Bauwelt 34/1937). Originalkommentar: "Diese hier im Maßstab 1:125 wiedergegebene Zeichnung, in die auch die Kanäle für die Leitungen und die Lüftung eingetragen sind, zeigt das Stahlgerippe mit seinen Ummantelungen, Ausfachungen und Massivdecken. Über dem geplanten Oberlicht, das das Licht durch die hohen Seitenfenster erhält, läuft ein Reinigungswagen. Der aufgehängte Mittelbau enthält nur Kleiderablagen."



Blick in die Kassenhalle, 1940 (Schäche 1991)

Traufpunkt der Außenwandschale in das Bauwerk eingehängt, so daß die gesamte Außenfassade über alle Geschosse hinweg zur Belichtung der Halle zur Verfügung stand. "Durch diese Bauweise war es möglich, (...) in der Kassenhalle einen stützenfreien Raum zu erhalten, das Geschöß in dem darüber liegenden Teile gleichfalls ohne Stützen auszubilden und auch eine gute Belichtung und Belüftung der Kassenhalle und auch der darüberliegenden Geschosse zu erreichen (...)." (Mensch 1937, S. 14)



Querschnitt durch den Erweiterungsbau der Reichsbank, von der Unterwasserstraße zur Kurstraße, rechts die unterirdische Anbindung zum "Altbau". Originalkommentar: "Die Zeichnung läßt u.a. auch die (...) Ausbildung der Kellerdecken erkennen: In den Gebäuden wurden Balken zwischend den beiden Mittelstützen, in den Hofkellern zwischen den Randstützen und den anschließenden Gebäudeteilen vermieden, um Raum für die Rohrleitungen zu gewinnen." (Bauwelt 34/1937)

Der riesige Baukomplex wies an seiner Nordseite eine "repräsentative", starre, gerade Hauptfront aus, die zusammen mit seitlichen Kolonnaden einen "Ehrenhof" bilden sollte. Dagegen nahm er im Westen den von der vorindustriellen Befestigungsanlage des Friedrichswerder bestimmten, charakteristischen Knick der Kurstraße, im Süden die Schwingung der Alten Leipziger Straße und im Osten

die leichte Krümmung des geregelten Spreearmes auf. Der sich so nach Südosten leicht drehende wuchtige Komplex wird durch eine zunächst auf die Hauptfront streng mittig orientierte, "repräsentative", gerade Zentralachse geteilt, die - der abgelenkten Kurstraße folgend - ebenfalls nach Südosten abschwimmt. Diese Zentralachse beginnt am dreitürigen Haupteingang und setzt sich dann über den "Windfang", die "Ehrenhalle" mit geplanten (aber nicht realisierten, vgl. Schäche 1991, S. 162f.) Großbüsten Hitlers und Friedrichs des Großen, und über die als Zentralraum inszenierte Hauptkassenhalle zu den Kassenhallen 2 und 3 fort. Auf der Dachterrasse "verewigte" sich Heinrich Wolff: Dort ist ein Wandrelief des Berliner Bären samt "Parteifahne" mit dem Namen Heinrich Wolffs und den Jahren der Bauzeit noch heute zu sehen, wenn auch natürlich ohne Emblem.

Die Blockrandbebauung wirkt zum Werderschen Markt hin vier-, zur Kur- und Unterwasserstraße hin fünfgeschossig (Sockelgeschoß, Hauptgeschoß, drei Obergeschosse). Das vorhandene zusätzliche Obergeschoß, das hinter dem hohen Dachgesims und einem flachgeneigten Pultdach verborgen ist, erhält nur vom Blockinneren und von Dachgauben her Licht. Vorhanden sind insgesamt zwei Untergeschosse, fünf bis sieben Geschosse über Terrain sowie drei Tresorgeschosse im Haupttrakt. In Nordsüdrichtung wird die Bebauung durch Verbindungstrakte zwischen Kur- und Unterwasserstraße geteilt. Während der nördliche Verbindungstrakt die Starrheit der Hauptfront wiederholt, zeigt der südliche Trakt eine leichte Krümmung. Durch diese Organisation der Baumassen ergeben sich unterschiedlich große Höfe.

Die Straßenfassaden des optisch um ein Geschöß reduzierten Baus werden durch einheitliche, vertikal differenzierte, horizontal gleichartige Fensterachsen gegliedert, die die monumentale Länge der Baufronten betonen. "Während jedoch die beiden Flügel an der Unterwasserstraße sowie der Kurstraße im Erdgeschoß wie im 1. Obergeschoß das Fensterraster der oberen drei Geschosse aufnehmen, wobei die Fenster im Bereich des 1. Obergeschosses größere Abmessungen haben als die übrigen, ist die Hauptfassade durch die Anordnung von mächtigen kantigen Pfeilern gegliedert, die vom Boden bis über das 1. Obergeschoß reichen." (Schäche 1991, S. 161) An der Hauptfront tritt allerdings das Erdgeschoß nicht in Erscheinung. Das Gliederungsprinzip der Hauptfassade ist "in seiner Wirkung betont durch die unter den Fenstern des 1. Obergeschosses angebrachten (18) hochplastischen Großreliefs (Josef Thorak) in der Erdgeschoßzone." (Ebd.)

Der Reichsbankbau hatte als erster nach 1933 begonnener Berliner Monumentalbau eine große politisch-propagandistische Bedeutung. Dabei spielte vor allem die Arbeitsbeschaffung eine Schlüsselrolle. "Nicht so sehr der Bau selbst, seine architektonische Gestaltung und inhaltliche Bestimmung waren wichtig, (...) sondern die durch die baulichen Aktivitäten hervorgerufene Wirkung auf die Bevölkerung. Neben der Tatsache, daß für den Abriss der vorhandenen Gebäude über 600 Menschen Arbeit fanden, (...) suggerierte der kurzfristige Beginn der umfangreichen Abrissmaßnahmen eine Entschlossenheit, Tatkraft und Dynamik, die überzeugend wirken mußte. Mit der Schaffung vollendeter Tatsachen, dem rigorosen Abriss historisch gewachsener Bausubstanz und der schnellen Errichtung eines 'gewaltigen Neubaus' mit 5.500 Arbeitsplätzen, sollte sich zugleich der Eindruck vermitteln (und damit den erhobenen Anspruch der Propaganda unterstützen), daß in der Tat mit dem Nationalsozialismus eine 'neue, revolutionäre Zeit' angebrochen sei." (Schäche 1991, S. 163)

Die Architektur selbst kann dagegen nicht einfach in die Schublade "NS-Architektur" abgelegt werden. "Sie wurde in ihrer Gesamtheit nie zum Vorbild sogenannter nationalsozialistischer Baugesinnung erhoben und dementsprechend in den Vordergrund gestellt. (...) Dem Bau liegt eine funktionale Konzeption zugrunde, die in der Stahlbeton-/Stahlskelettkonstruktion ihren adäquaten Ausdruck findet. Die dichte Anordnung der Fenster, die (im Verhältnis zu späteren NS-Projekten, die Verf.) geringe Tiefe der umlaufenden Blockbebauung unterstreichen die Orientierung am 'Gebrauchszweck'." (Schäche 1991, S. 164) Diese Zweckorientierung wurde bereits in der NS-Zeit wahrgenommen. Die bauliche Leistung, so das Zentralblatt der Bauverwaltung (Heft 4/1941), liege "nicht so sehr im äußeren architektonischen Bild als vor allem in einem Höchstmaß von ingenieur- und betriebstechni-

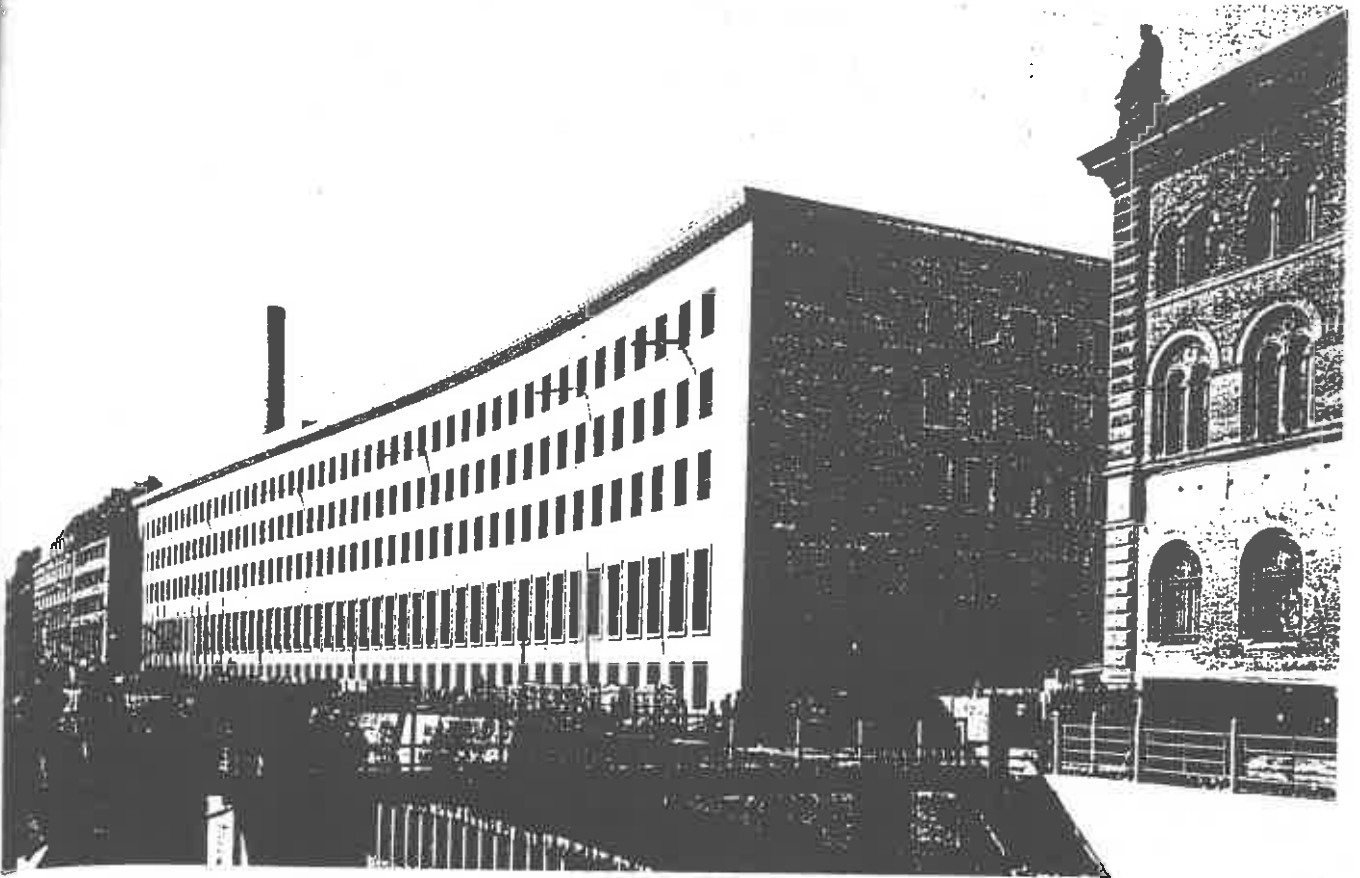


Bild oben: die zum alten Spreearm hin gelegene Ostseite des Reichsbankneubaus an der Unterwasserstraße. "Rechts der noch abzubrechende Bau der Münze. Der Fries von Schadow ist bereits entfernt, um in das neue Münzgebäude am Molkenmarkt eingefügt zu werden." (Bauwelt 34/1937) Bild unten: Hauptfront des Reichsbankneubaus mit drei Reliefs von Josef Thorak (Rittich 1938)

scher Einzelarbeit" (S. 59). Gediegenheit, Zuverlässigkeit, Solidität - das sind die Attribute, die Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht dem Baukomplex zumaß (1937).

Der Reichsbankneubau muß vor allem als Beispiel einer anfänglichen Unsicherheit hinsichtlich einer angemessenen Architektur des "III. Reiches" unmittelbar nach der "Machtergreifung" angesehen werden. Er zeigt "die Ratlosigkeit und auch die Angst der Wettbewerbsjuroren, sich eventuell für eine 'falsche' Arbeit zu entscheiden. Obschon man zu wissen meinte, wie nicht mehr gebaut werden durfte, hatte man noch kaum konkrete Entscheidungshilfen, geschweige denn Beispiele, an denen man sich hätte orientieren können." (Schäche 1991, S. 163)

Während des Zweiten Weltkriegs wurde der Baukomplex infolge seiner überaus massiven Konstruktion und gegenüber Brandbomben resistenten Bauweise kaum beschädigt. Er gehörte damit zu den wenigen, fast unzerstörten Häusern im Zentrum der Berliner Trümmerlandschaft. Im Zuge der Vorbereitung für eine öffentliche Nutzung wurden zahlreiche Reliefs und Bilder, die auf die Funktion als Bank oder die nationalsozialistische Zeit anspielten, beseitigt. Beim Umbau der ehemaligen Kassenhalle ging deren charakteristischer Raumeindruck verloren. Ansonsten wurden während der DDR-Zeit keine gravierenden Veränderungen am Gebäude vorgenommen. In den 80er Jahren fand eine komplette Erneuerung der technischen Ausrüstung des Gebäudes statt (HPP 31, S. 34).

Noch heute sind Teile des Innenausbaus - wie z.B. die Eingangshalle und einige Treppenhäuser - im Originalzustand erhalten. Insgesamt sind nach Aussagen von HPP International ca. 920 Büroräume vorhanden, zumeist 1-Achs-Räume mit 15-20 m² (540) und 2-Achs-Räume (330). Dazu kommen 47 Büroräume mit mehr als 40 m², 6 große Sitzungszimmer, ein Konferenzsaal mit 1.250 m², ein Kinosaal mit 300 m² und weitere spezielle Funktionsräume. Die Tiefgarage hat eine Kapazität von ca. 110 Stellplätzen.

Die Tiefe der Blockrandbebauung beträgt 18 Meter, die Geschoßhöhen 4,00 bis 4,20 m (Erd-, 2. bis 4. Geschoß), im ersten Geschoß 6,80 m (zum Teil mit Zwischengeschoß) und im Dachgeschoß 2,40 m. Die hauptsächlich durch die Ordnung der Fensterachsen in ihrer Breite bestimmten Räume haben eine Tiefe von 6,40 bzw. 7,40 m und damit eine Fläche von 15 bzw. 20 m². (HPP 31, S. 6) Die Grundstücksfläche umfaßt 22.700 m², die überbaute Fläche 13.000 m², die Bruttogeschoßfläche 114.200 m², die Hauptnutzfläche insgesamt 51.400 m² (HPP 31, S. 10).

Seit 1990 wurden an dem Gebäude vor allem seitens der Deutschen Bundesbank und des Bundesvermögensamtes umfangreiche Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten vorgenommen. Gegenstand dieser Maßnahmen waren u.a. die Naturstein- und Putzfassade, die Attika und das Dach, Fenster-, WC-Anlagen, Fußböden, Türen, Innenwände, Decken, Elektro- und Sanitärinstallationen. Teilweise wurde auch entkernt. Dazu kommen aufwendige EDV-Anlagen, die laut Auskunft eines Bundesbankvertreters durchaus für andere Büronutzung weiter verwendet werden können. Die Instandsetzungsarbeiten an der Außenfassade werden gegenwärtig fortgeführt.

Durch die Modernisierungsmaßnahmen wurde im Gebäudeinneren der optische Eindruck stark verändert: Der frühere Prägung durch Holzelemente (Türen, Heizkörperverkleidung) wurde durch die jetzt dominant weiße Wandfarbe verdrängt. Die Raumhöhen im Bereich des ersten Obergeschosses sind wegen der neuen abgehängten Decken nicht mehr erfahrbar.

Insgesamt - einschließlich der Maßnahmen der Deutschen Bank - wurden nach Informationen, die der Senatsbauverwaltung vorliegen, wohl über 60 Mio. DM bis Januar 1993 in die Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes investiert. Vor allem durch die Bundesbank wurden etwa 50 % der Hauptnutzfläche mit Investitionsmitteln von etwa 2.500 DM/m² erneuert. Diese Maßnahmen zeigen, daß eine Nutzung des alten Gebäudes durchaus möglich und sinnvoll ist.

Gut die Hälfte der Räume ist also erneuert, für die andere Hälfte sind noch erhebliche Maßnahmen erforderlich. Auch zur Sanierung der Fassade und zur Erneuerung der Haustechnik müssen weitere umfangreiche Investitionen getätigt werden. Für die weitere Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes muß wohl ein Aufwand kalkuliert werden, der den bisherigen Investitionen entspricht. Nach Schätzungen der Senatsbauverwaltung kann dagegen bei einem Abriß/Neubau von Kosten im Umfang von 50 bis 100 Mio. DM und einem Zeitaufwand von mindestens einem Jahr allein für den Abriß ausgegangen werden. Für einen Neubau wären darüber hinaus noch etwa 500 bis 600 Mio. DM zu kalkulieren (bei Kosten von 10.000 bis 12.000 DM/m² und 50.000 m² Hauptnutzfläche). In der Bilanz würde daher ein Abbruch/Neubau um etwa eine halbe Milliarde DM teurer als die Sanierung des Altbaus.

1.3 Zur Nutzung

Der 1940 fertiggestellte Baukomplex bot Arbeitsplätze für 5.500 Beschäftigte. Der wichtigste Funktionsbereich war die zentral angeordnete Reichsbankhauptkasse mit den Tresoren. Die Reichsbank spielte eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des Krieges und der "Regelung des Geldwesens in den besetzten Gebieten" (vgl. Von der Königlichen Bank zur Deutschen Reichsbank 1940, S. 66f.). Hervorgehoben werden muß noch die großzügige Dachterrasse, die nicht nur zum Kaffeetrinken bestimmt war, sondern auch als Liege- und Ruhestätte, ja als Ort gymnastischer Anstrengungen dienen sollte (Zentralblatt 4/1941, S. 73).

Aufgrund der Tatsache, daß der Baukomplex bei Kriegsende einer der wenigen kaum zerstörten Großbauten des Zentrums war, konnte er nach Gründung der DDR schnell und zunächst weitgehend unverändert als Sitz des neu gebildeten Ministeriums für Finanzen genutzt werden - ein Zeichen der Kontinuität der Geldwirtschaft auch über das Kriegsende hinweg. Die nicht mehr benötigte Kassenhalle war zwischenzeitlich zu einem großen Saal umgestaltet worden, in dem öffentliche Symphoniekonzerte (des Berliner Symphonie-Orchesters) stattfanden.

Erst 1959 - nach dem Umzug des Finanzministeriums in das Haus der Ministerien und nach Instandsetzungs- wie Umbaumaßnahmen - wurde der Gebäudekomplex Sitz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie der Berliner Bezirksleitung der SED. Die vorherige Unterbringung des ZK der SED in der Wilhelm-Pieck-Str. 1-3 (später Institut für Marxismus-Leninismus) hatte nur provisorischen Charakter, da erhebliche Kriegszerstörungen dort ebenfalls eine Generalreparatur notwendig machten. Die neue Nutzung als ZK-Gebäude der SED kennzeichnete das alte Reichsbankgebäude über 30 Jahre als die eigentliche Machtzentrale der DDR. An diesem Tagungsort von Politbüro und ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurden die entscheidenden Beschlüsse gefaßt, die das gesamte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in der DDR bestimmten.

Auf die neue Nutzung wies das Parteisymbol am Gebäude hin. Es war Mitte der 60er Jahre durch ein in der Dimension relativ zurückhaltendes Parteiemblem auf dem Dach in der Mittelachse des Gebäudes über dem Haupteingang gekennzeichnet und wurde später - in der Ära Honecker - durch ein großes Emblem der beiden verschränkten Hände der westlichen Flanke der Hauptfassade in Höhe des mittleren Fensterbandes ersetzt.

Während der politischen Umwälzungen 1989 war das ZK-Gebäude mehrfach ein Ziel von Massendemonstrationen, so etwa anläßlich der ZK-Sitzung am 23.10.1989 vor der Wahl von Gerhard Krenz zum neuen Generalsekretär der SED und am 7.11.1989 für die Durchführung freier Wahlen. Nach

1989 wurde es als Sitz der "demokratisch gewählten Parteien" zum "Haus der Parlamentarier". Nach überraschender Schließung des "Palastes der Republik" wegen Asbestgefahr am 19.9.1990 fanden die drei letzten Tagungen der Volkskammer im "Haus der Parlamentarier" statt, und zwar im ehemaligen Plenarsaal des ZK der SED: am 20.9., 28.9. und 2.10.1990, als sich die Volkskammer auflöste.

Das "Haus der Parlamentarier" überlebte aber nur bis zum 3.10.1990. Nach der deutschen Vereinigung ging es in den Besitz des Bundes über und wurde geräumt. Im Vorfeld der deutschen Vereinigung spielte der Baukomplex eine entscheidende Rolle bei der äußerst kurzfristigen Organisation und Realisierung der deutschen Währungsunion durch die Bundesbank. Hier wurde die gesamte Geldmenge - neben den geheimsten Akten des Politbüros der SED - in den Tieftresoren eingelagert und - ohne besondere Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit - im Sommer 1990 durch spezielle Geldtransporter in die Städte der neuen Bundesländer verteilt.

Heute residiert im Gebäude vor allem die Deutsche Bundesbank und ihre Einrichtungen, die Deutsche Bank AG als Untermieterin der Bundesbank, dann das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Außenstelle Berlin, das Bundesamt für Finanzen, Außenstelle Berlin, das Bundesamt für Post und Telekommunikation, Außenstelle Berlin, sowie die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Ost. Der Mietvertrag der Deutschen Bundesbank läuft bis zum 31.12.1995 mit Sonderkündigungsrecht.

1.4 Städtebauliche Situation

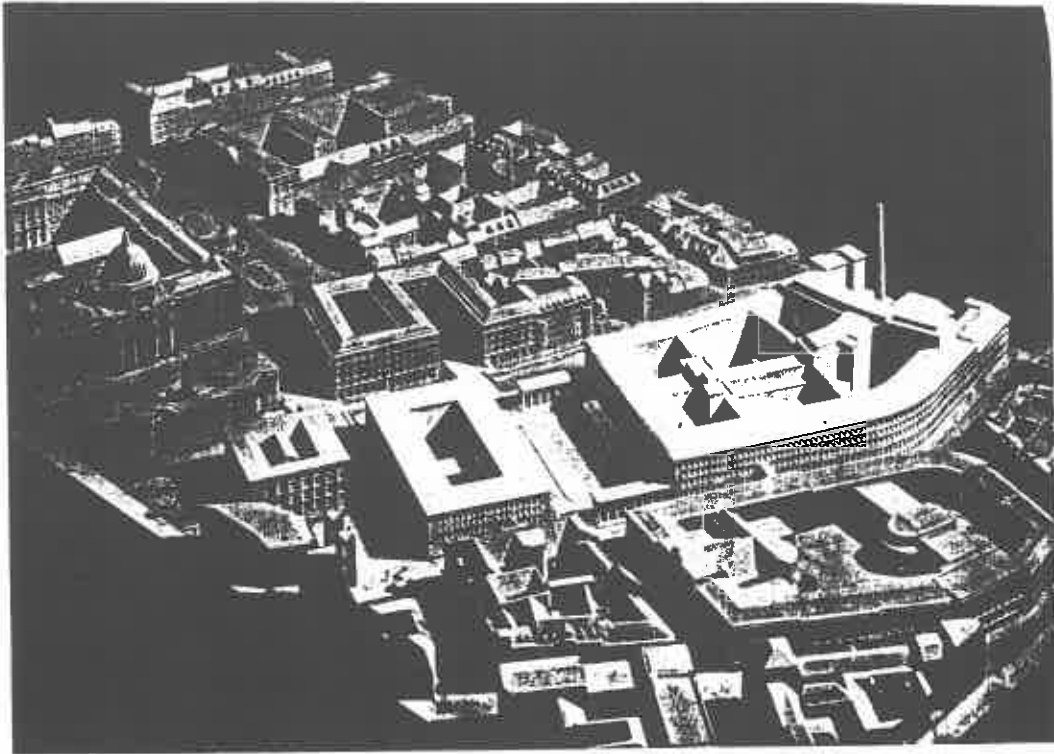
Die Großform des sich nach Südosten etwas verjüngenden Gebäudekomplexes orientiert sich an dem Verlauf der Kurstraße im Westen und des Spreekanal im Osten. In diesem Teil des ehemaligen Friedrichswerder zeigt die geknickte Trassierung der Kurstraße noch ein Stück frühbarocker Stadtstruktur, die durch den Verlauf der Festungsanlagen mit den Bastionen bestimmt war.

In der "Festschrift zur Feier der Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau der Reichshauptbank" vom 5. Mai 1934, die auch eine Zusammenfassung der historischen Entwicklung des Bankenstandortes enthielt, wurde die städtebauliche Bedeutung des neuen Komplexes hervorgehoben. Da der Neubau "fast bis an den Schloßbezirk" heranreiche, solle er sich "dessen klassischem Charakter (...) mit seiner ruhigen Formgebung anpassen" (S. 13).

Mit dem Bau sollte auch der Verkehr im Zentrum weiter rationalisiert werden. "Die Anordnung des Hauptportals an der zu verlängernden Jägerstraße erleichtert gleichzeitig der Stadt die Verwirklichung ihres Wunsches, die Jägerstraße zur Entlastung des ständig wachsenden Ost-West-Verkehrs bis zum Schloßplatz zu verlängern." (Festschrift 1934, S. 13) Dieser "Wunsch" bezog sich auf nichts Geringeres als auf eine neue Ost-West-Verbindung zwischen Zoo und Alexanderplatz (Nerdinger 1985a, S.66). Allerdings war der 1933 noch mögliche große Wurf bereits nicht mehr in Aussicht: Der notwendige Straßendurchbruch durch die Ministergärten an der Wilhelmstraße war aus Sicherheitsgründen durch Hitler verworfen worden (ebd.).

Der Durchbruch der Jägerstraße zum Schloßplatz hin hatte dagegen große Bedeutung für die städtebauliche Konfiguration des neuen Reichsbankkomplexes: Heinrich Wolff zerlegte den Neubau in einen Großbau im Süden und einen "Nordblock" im Norden eines neuen "Reichsbankplatzes", der die Verlängerung der Jägerstraße bis zur Spree hin vermitteln sollte. Der Platz sollte eine Breite von 60 m und eine Länge von 120 m erhalten. "Der geplante Nordblock kam jedoch nicht mehr zur Ausführung, ebenso blieb der Durchbruch der Jägerstraße im Abschnitt zwischen den Straßen An der

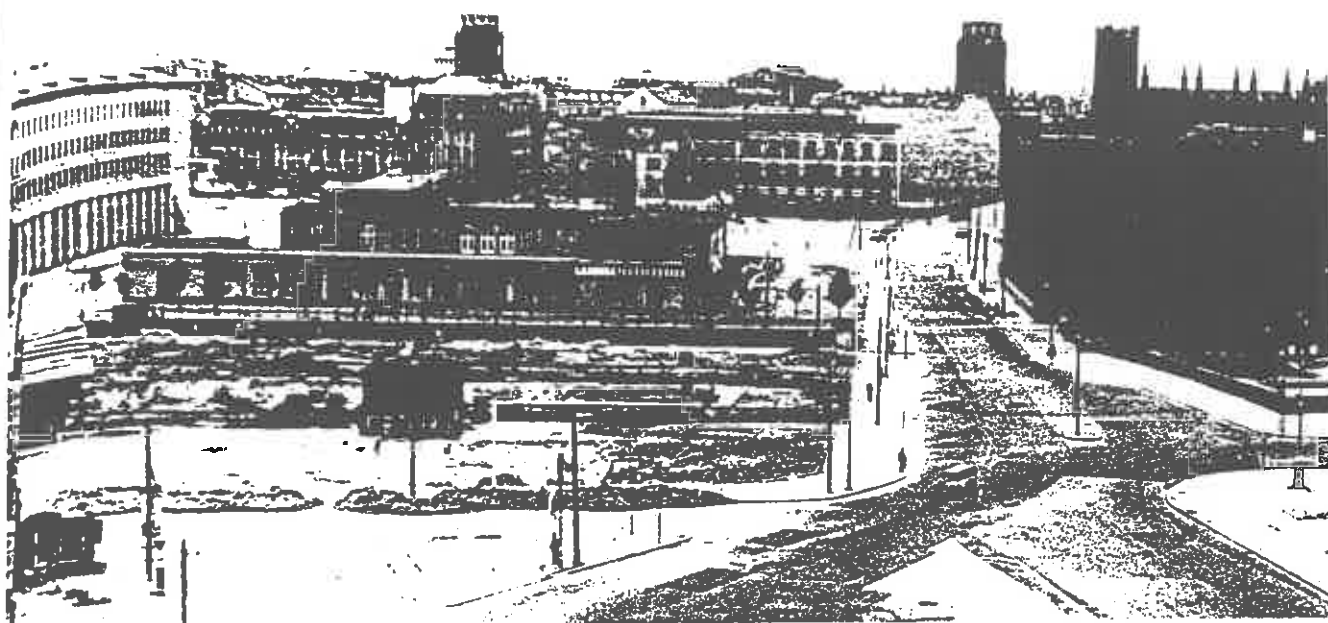
Schleuse und An der Stechbahn Planung." (Schäche 1991, S. 155f.) Auch die monumentalen Säulenhallen, die den "Ehrenhof" des Reichsbankplatzes fassen sollten, blieben ungebaut. Die der Anlage des Platzes und des geplanten Nordblocks im Wege stehende Staatliche Münze von Stüler wurde allerdings noch abgetragen.



Modell des Reichsbankneubaus mit geplantem "Reichsbankplatz" und der geplanten Verlängerung der Jägerstraße zum Schloßplatz (vgl. auch Abschnitt 3.1) (1. Deutsche Architektur- und Kunsthandwerkausstellung 1938)

Während auf der einen Seite ein neuer, großzügiger Platz und eine Rationalisierung des Stadtgrundrisses vorbereitet wurde, mußten auf der anderen Seite kleine Straßen bzw. Gassen zwischen Kur- und Unterwasserstraße verschwinden: die Holzgartenstraße, Adlerstraße, Raules Hof und - wenn auch in der Führung über den südlichen Hofbereich noch in verkümmerter Form erlebbar - die Alte Leipziger Straße.

Den Zweiten Weltkrieg überdauerte nur der letzte, "monumentale Spross" der vielen Baugenerationen der Reichsbank und ihrer Vorläufer, während das "Muttergebäude" mit all seinen Bauteilen zerstört wurde. Durch diese räumliche wie historische "Freilegung" des Gebäudes aus den 30er Jahren veränderten sich die städtebaulichen Verhältnisse vollständig. War der Bau vorher durch eine dichte, kleinteilige Bebauung eingefaßt, die lediglich von Norden und eingeschränkt von Osten in einem größeren Abstand wahrzunehmen war, so verwandelte er sich jetzt zu einem Solitärbau ohne sichtbare historische Wurzel, der von Norden, Westen und zum Teil von Osten von weit her erkennbar ist. Die gekrümmte Form des Baus auf der Westseite wird kaum mehr verständlich - zumal die in den 60er Jahren beim Wiederaufbau geplanten "städtebaulichen Rahmenbedingungen" wie ein bis an den Werderschen Markt reichender Ergänzungsbau auf der Nordseite (analog zu den Planungen der 30er Jahre) und die Gestaltung des zum Parkplatz degradierten westlichen Freiraumes als Landschaftspark aus vermutlich sicherheitspolitischen Erwägungen nicht realisiert werden konnten. Lediglich an seiner Südseite wurde das Gebäudeensemble 1978 bis 1981 durch einen zum Spittelmarkt orientierten sechsgeschossigen Neubau in Stahlbetonskelettbauweise (u.a. für die Akademie der Wissenschaften der DDR) erweitert und abgerundet.

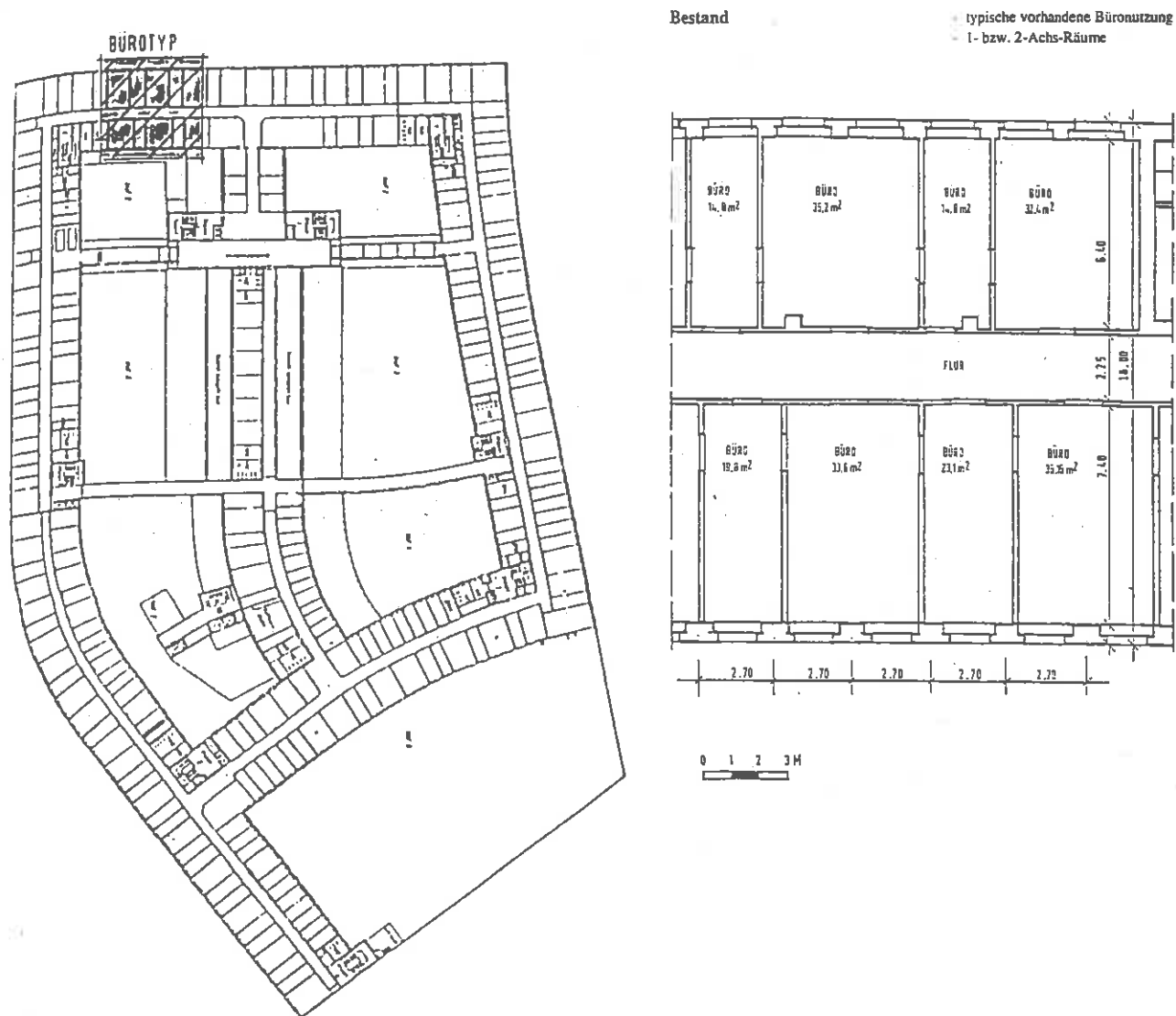


Blick vom Marx-Engels-Platz nach Westen: vor dem Reichsbankgebäude ist ein eingeschossiger U-förmiger Baukörper zu erkennen, dessen Funktion und Baugeschichte noch zu klären ist, Aufnahme: März 1959 (Sammlung Tscheschner). Zu Beginn der 60er Jahre wurde die Anlage wieder abgebrochen.

Der große Baukomplex, zunächst ein "Riesenkuckuck" im dichtbebauten "engen Nest" des damaligen Zentrums, mutierte so zur "Einzel-Großskulptur", deren ursprünglich die überkommenen Stadt-Dimensionen sprengender Charakter nicht mehr nachvollziehbar ist - zumal er heute in einem offenen Stadtraum gleichberechtigt neben anderen neu errichteten "Großskulpturen" thront.

1.5 Bewertungen und Empfehlungen des HPP-Gutachtens

Das Gutachten von HPP International kann nicht als Empfehlung zum Abbruch des ehemaligen Reichsbankgebäudes interpretiert werden. Allerdings werden einige charakteristische Merkmale des Gebäudes eindeutig negativ bewertet. So wird die lichte Raumhöhe von mindestens 3 m als "nicht geeignet" beurteilt und der "Einbau von Abhangdecken" gefordert. Auch die Holzfenster (Verbundfenster mit zweischaliger Verglasung), denen eine hohe Schädigung "durch ausgelassene Wartung" bescheinigt wird, gelten als "nicht geeignet" (ebd.). Die Fenster, so wurde zwar zugestanden, lassen sich "im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit in beschränktem Maße durch Überarbeitung des Holzes und Aufbringens von Farbbeschichtungen" erhalten, und auch der Wärmedurchgangskoeffizient der Konstruktion entspreche den heute verwendeten isolierverglasten Fenstern, dennoch wird ein langfristiger Ersatz empfohlen, da sie "im Hinblick auf Luft- und Schlagregendichtigkeit als unzeitgemäß" zu bezeichnen und - soweit erforderlich - auch nicht "schußsicher" sind (S. 23f.). Die Hausteleanlage wird als "voll verwendungsfähig" bezeichnet, "sollte aber im Rahmen einer gesamten modernen Bürokonzeption gegen eine Anlage mit heutigem Stand der Technik ausgetauscht werden." (S. 32) Die vorhandenen Holztüren werden aus Schallschutzgründen als "nicht geeignet" bewertet. (31, 7 und 25) Alle speziellen Funktionsräume werden als "nicht geeignet" klassifiziert (S. 9f.). Kritisch werden die Geschoßhöhen (vor allem im ersten Obergeschoß) beurteilt, die "zu einem ungünstigen Verhältnis von BRI zu HNF" führen (S. 37).



Gebäudegrundriß nach der Bestandsaufnahme des HPP-Gutachtens

Die Aussagen zur Standsicherheit sind dagegen relativ positiv: "Bis auf untergeordnete Dinge sind keinerlei Schäden an der Tragkonstruktion vorhanden. Mit gewissen Einschränkungen ist das Gebäude als sehr gut umbaubar und anpassungsfähig zu bezeichnen." (S. 20) Zur Frage der Trennwände heißt es konkret: "Aus Gründen heute gewünschter Variabilität können die Bürotrennwände abgebrochen und durch geeignete Leichtsysteme, wie zum Beispiel durch doppelt gipskartonbeplankte Ständerwerkskonstruktionen $d=10$ bis 12 cm ersetzt werden." (S. 25) Positiv wird auch der bauphysikalische Zustand gewertet: "Aus bauphysikalischer Sicht ist das hier bewertete Gebäude in seiner Grundkonstruktion pauschal für eine weitere Büronutzung verwendbar. Die Dächer und die Putzfassade sind nach heute gültigen Gesichtspunkten auf dieser Basis sanierbar. Dies gilt ebenfalls für die heutigen Ansprüche an den Schallschutz im Inneren des Gebäudes." (S. 26) Die Aussage "kein EDV-Netz" (S. 8) ist nach den Investitionen in diesem Bereich nicht mehr gültig.

Weder die historischen noch die städtebaulichen Aspekte wurden näher geprüft. Die Nutzung nach 1945 ist nicht korrekt dargestellt (S. 11). Als Erweiterungsbereich werden die Freiflächen im Norden (ca. 8.800 m² Grundstücksfläche zwischen Kur-, Werder- Unterwasser- und Nordfassade) bzw. im Westen (ca. 22.000 m² Grundstücksfläche zwischen Niederwall-, Werder- und Kurstraße bis südlich des Knicks der Kurstraße) angesprochen (S. 16).

Die Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen der letzten Jahre werden kritisch beurteilt, da sie "nicht im Hinblick auf eine spätere Büronutzung, sondern lediglich auf eine Wiederherstellung des Istzustandes und Nutzbarmachung der vorhandenen Büroräume" erfolgen. Diese Pauschalaussage wird nicht weiter konkretisiert und läßt sich in dieser Form kaum aufrechterhalten. Nicht nur die installierte EDV-Anlage ist für spätere Bürofolgenutzungen weiterverwendbar. "Grundsätzlich", so allerdings die positive Zusammenfassung des Abschnitts "Technische Gebäudeausrüstung", "ist festzuhalten, daß eine Umrüstung des Gebäudes in technischer Hinsicht trotz des hohen Aufwandes sinnvoll erscheint." (S. 34) Umso überraschender ist die abschließende Einschätzung zur Sanierung: "Nach überschlägiger Ermittlung ist davon auszugehen, daß die Herstellkosten für einen Neubau gegenüber dem Sanierungsaufwand geringer sind und die Folgekosten gesenkt werden." (S. 38)

Welche Kosten für den Abbruch und Neubau angesichts der besonderen Bodenbeschaffenheit dabei kalkuliert worden sind, ist nicht dargestellt. In der Schlußempfehlung des HPP-Gutachtens wird schließlich die Wirtschaftlichkeit einer "Sanierung und Nutzung des Gebäudes durch Verwaltungen der Bundesregierung" vor allem auch wegen der unwirtschaftlichen Höhe des ersten Obergeschosses verneint. Gleichzeitig wird nahegelegt zu prüfen, "ob das ehemals als Bankgebäude geplante Objekt durch Rückführung in die ursprüngliche Nutzung günstiger bewertet werden kann." (S. 38)

Seit der Begehung des Baukomplexes durch die HPP-Gutachter sind die Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten weiter fortgeschritten. Auch zur Zeit wird noch gebaut (Fassadenrenovierung, Arbeiten am Dach). Bei weiteren Maßnahmen wäre unbedingt zu prüfen, ob nicht die in denkmalpflegerischer Hinsicht wichtigen und durchaus gebrauchsfähigen Fenster und Türen erhalten werden können.

1.6 Zum Umgang mit Stadtraum und Gebäude

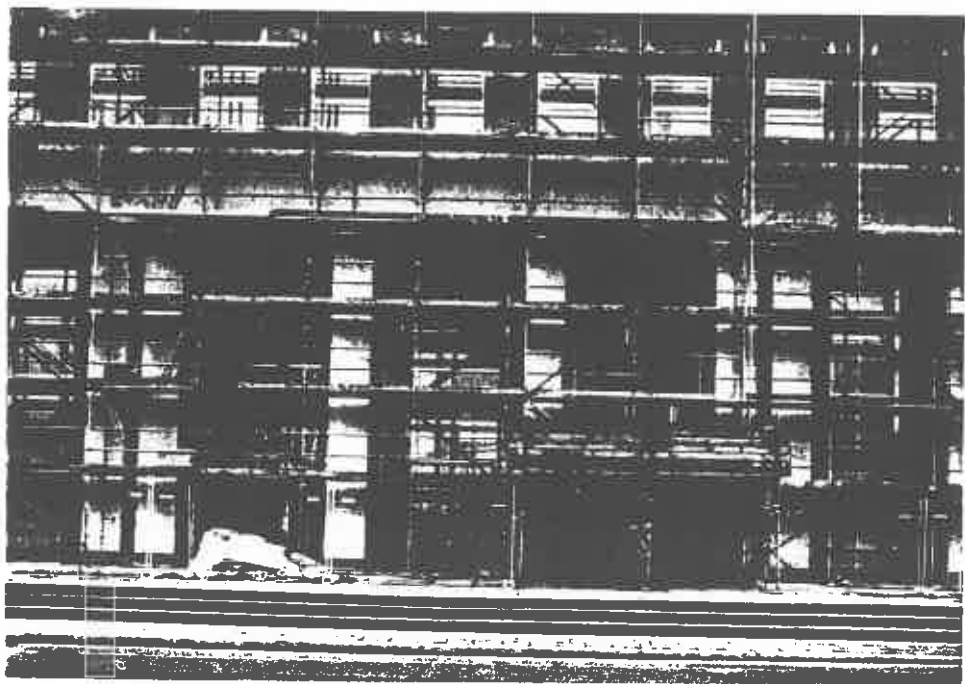
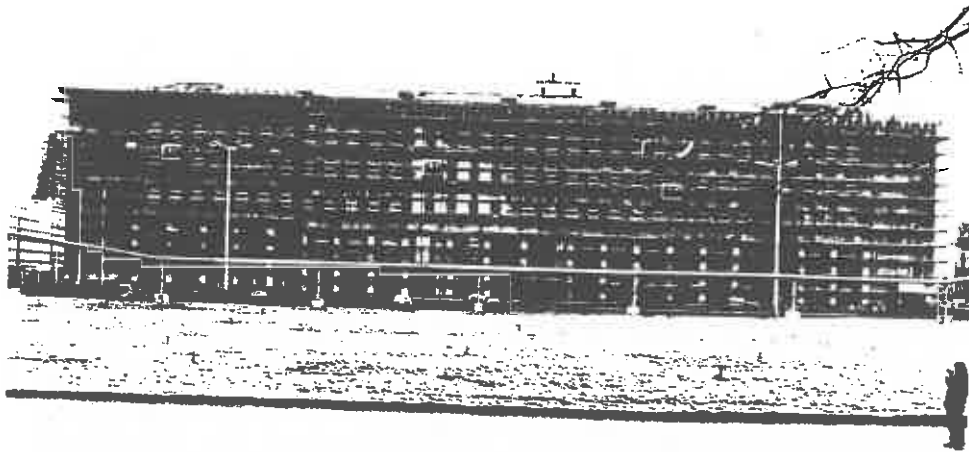
In stadträumlicher Hinsicht bedarf der ursprünglich in das dicht bebaute Straßennetz des Friedrichswerder eingebundene Baukomplex eines neuen Kontextes. Um der starren Monumentalität der Hauptfassade jede Wirkung zu nehmen, sollte ihr keine Platzanlage - wie etwa bei Strecker/Hoffmann-Axthelm (1992) vorgesehen - vorgelagert werden. Eine normale Straße - wie von Jahn u. a. (1992) und Zlonicky (1992) vorgeschlagen - wäre angemessen.

Zwischen dieser Straße und der Werderstraße ist im Rahmen der Hauptstadtplanung ein Baublock vorgesehen, der das Reichsbankgebäude erweitern soll ("Kopfbau" des Auswärtigen Amtes). Dieser Erweiterungsblock ist - isoliert betrachtet - sicher sinnvoll, im Hinblick auf die weitere Struktur des Zentrum allerdings diskussionswürdig. Falls - wie nicht ausgeschlossen - das Bundespräsidialamt trotz aller fachlichen Kritik den Bereich westlich des Spreekanals zwischen Unter den Linden und Werderstraße einschließlich des eventuell wieder aufzubauenden Gebäudes der Bauakademie einnehmen würde, führt der Bau eines Erweiterungsblocks im Norden des Bankgebäudes zu einer stadträumlich einzigartig kompakten, stadunverträglichen Barriere von Regierungsfunktionen im Herzen Berlins. Wenn das Gebäude der Bauakademie nicht wesentlich für wissenschaftliche bzw. kulturelle und damit öffentliche Zwecke genutzt werden kann, wäre ein Erweiterungsbau - wie von Strecker/Hoffmann-Axthelm vorgeschlagen - westlich des Reichsbankgebäudes zu erwägen, um den nördlich gelegenen Block städtischen Nutzungen zuzuführen und damit die Wirkung der Barriere etwas zu lindern.

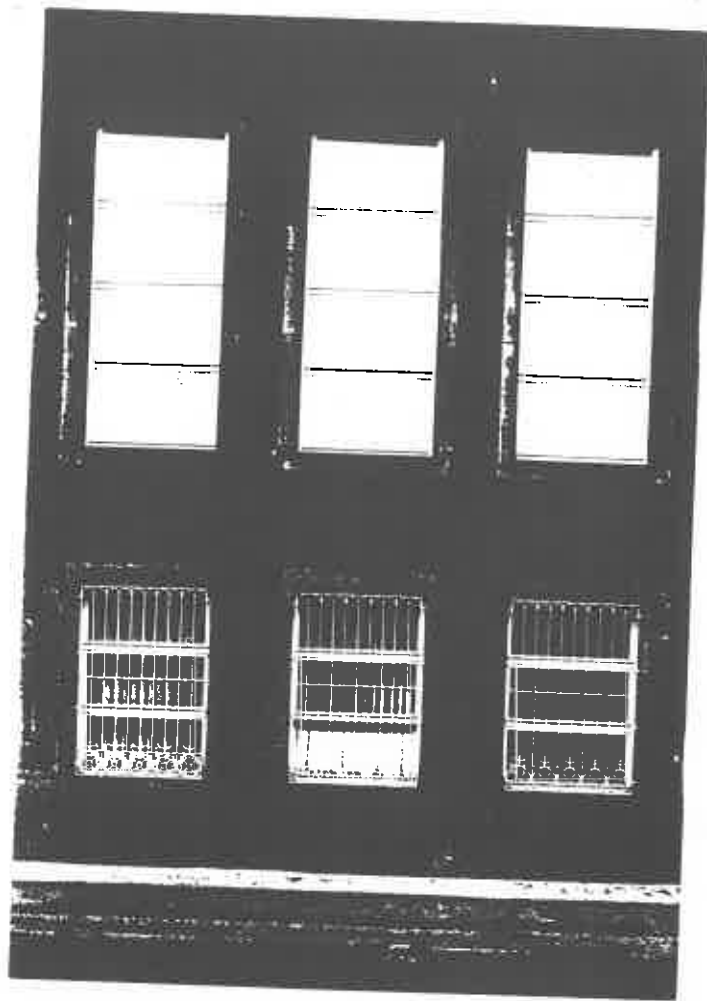
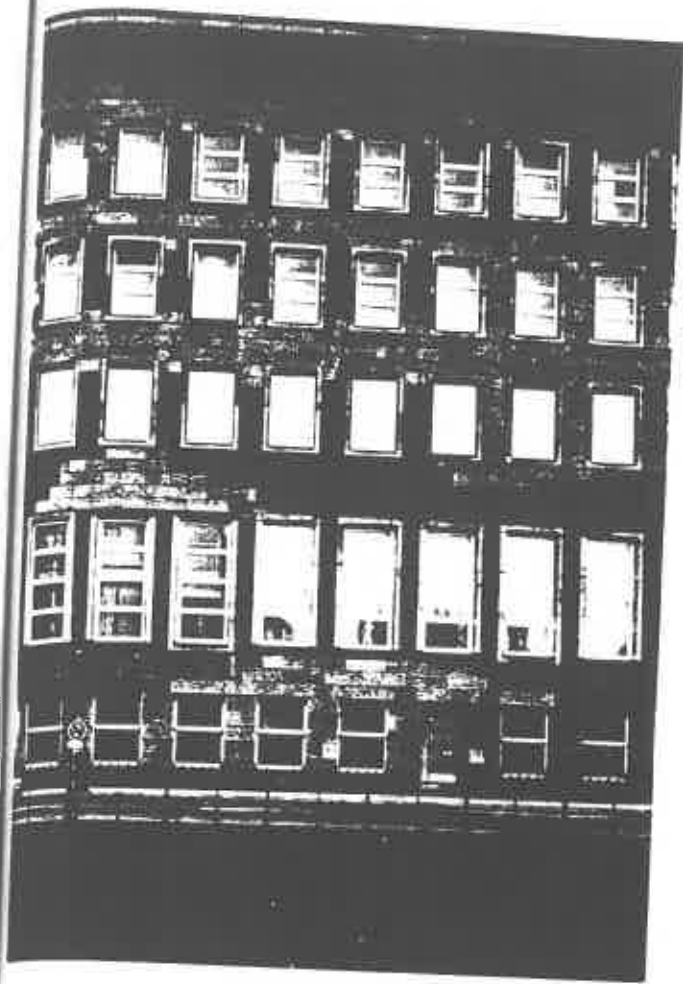
Der westlich des Reichsbankgebäudes heute vorhandene Freiraum soll - so die vorliegenden Vor-

schläge - zum Teil wieder in Anlehnung an das historische Straßennetz bebaut werden. Der Vorschlag von Strecker/Hoffmann-Axthelm (1992) und Zlonicky (1992) sieht einen kleinen bzw. größeren Freiraum im Südwesten, der Vorschlag von Jahn u.a. (1992) einen größeren Freiraum im Westen des Baukomplexes vor. Hintergrund dieser Vorschläge ist die begrüßenswerte Auffassung, der Rekonstruktion des Grundrisses des Friedrichswerder nicht die Qualität des Wechsels von Freiraum und enger Bebauung vollständig zu opfern. Während die erste Freiraumvariante zu sehr geschrumpft erscheint, stellt sich bei der letzten Variante zumindest die Frage nach der baulichen Fassung des Hausvogteiplatzes im Osten.

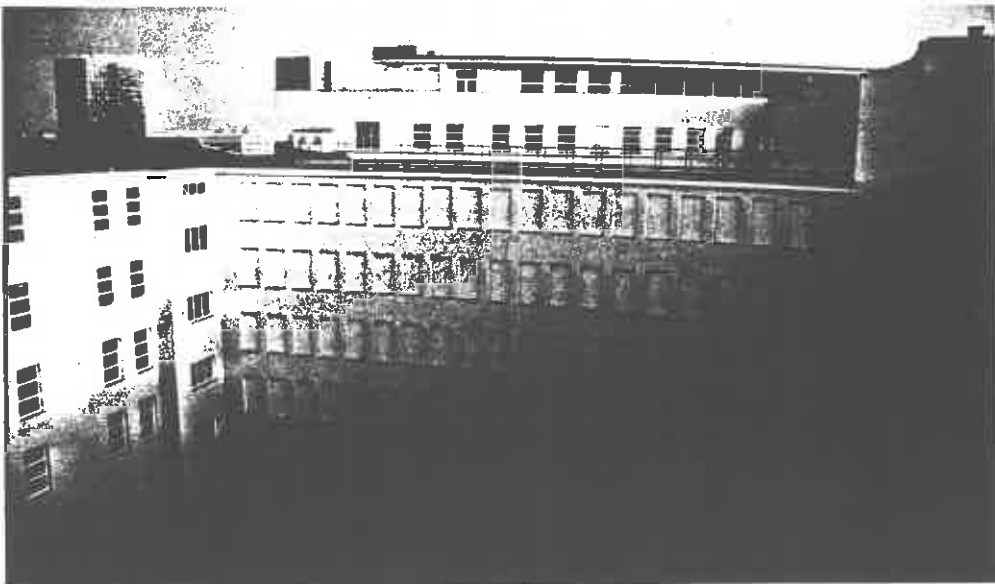
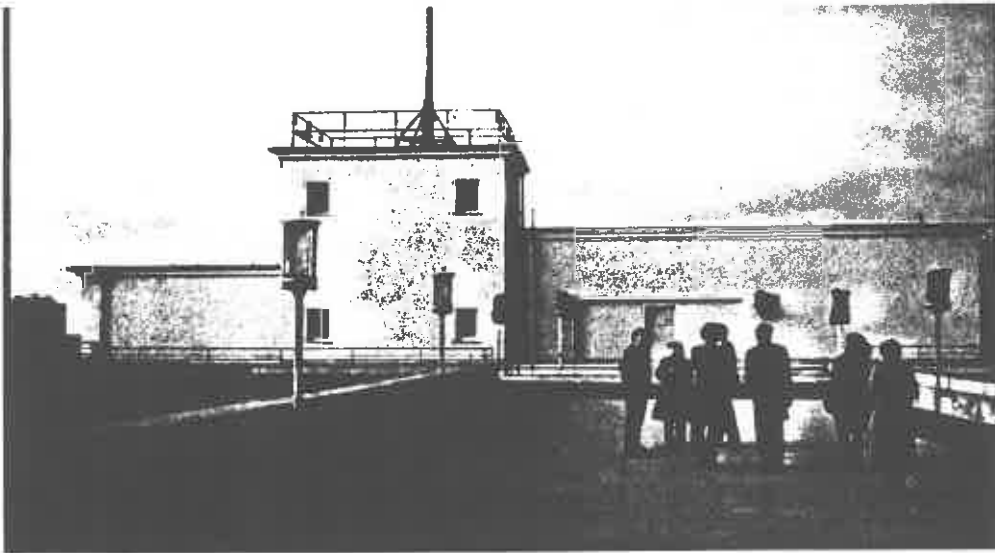
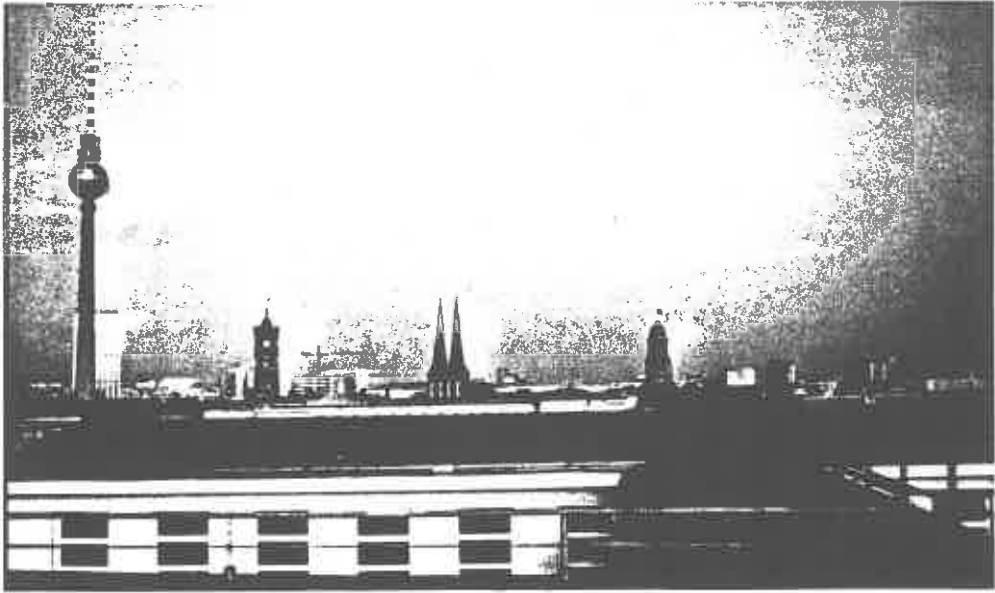
Der architektonische Umgang mit dem Gebäude selbst sollte aus historischer Sicht vor allem die dominanten Merkmale der NS-Zeit thematisieren. So wäre es sinnvoll, der starren Hauptfront neue Akzente hinsichtlich Farbe, Bauelementen und Baumaterialien entgegenzusetzen. Ähnliches wäre für die innere Raumfolge der zentralen Achse überlegenswert. Die neuen Akzente könnten sich auf die Architektur des geplanten Erweiterungsbaus beziehen und so die Zusammengehörigkeit der Bauten unterstreichen. Wünschenswert wäre es weiter, insbesondere an der Kurstraße die Unterbringung von städtischen Einrichtungen in der Sockelzone zu prüfen, um der monofunktionalen Verödung des öffentlichen Raums zu begegnen.



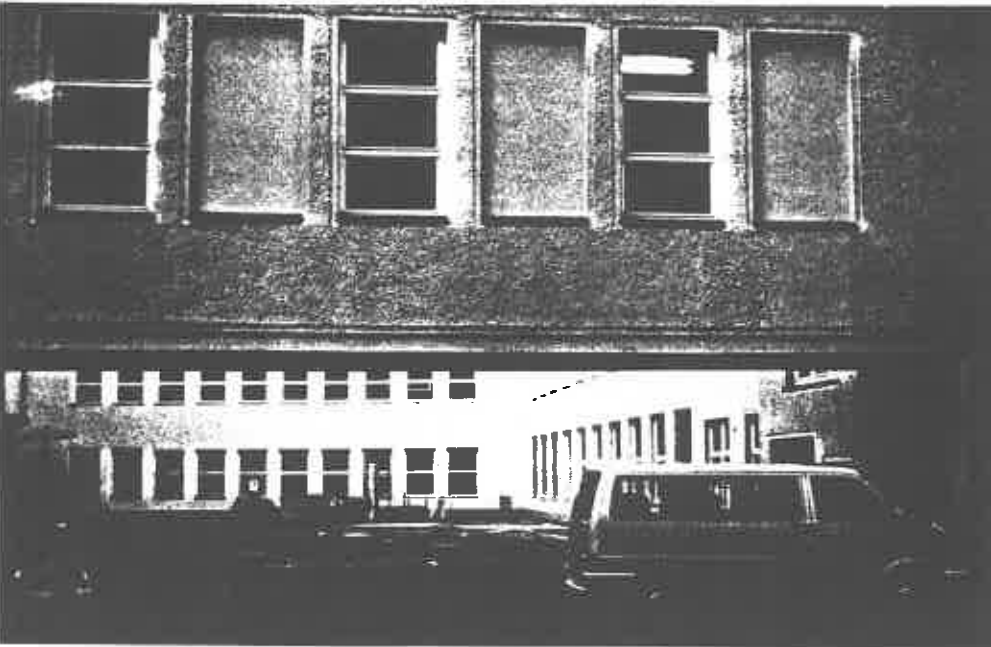
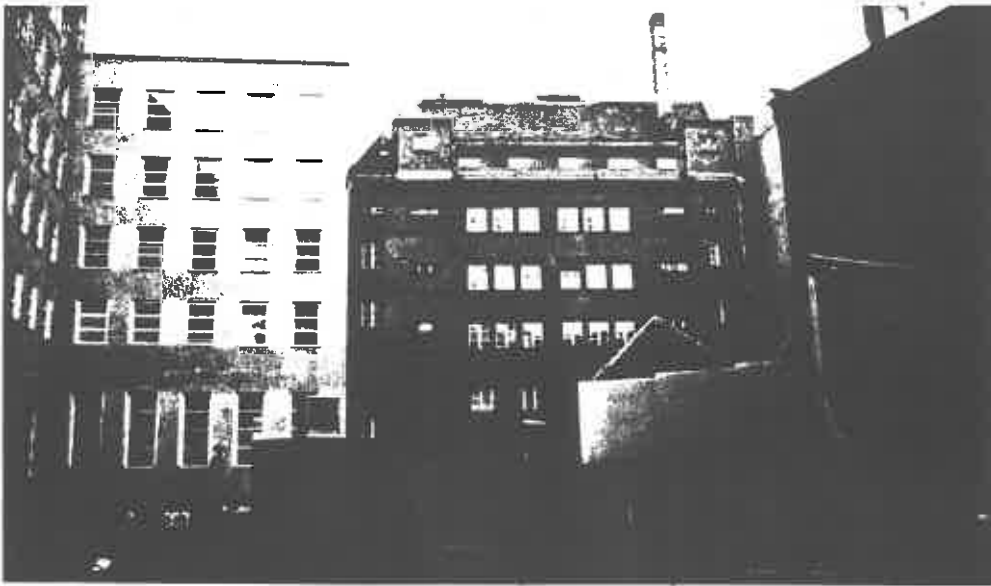
Die eingerüstete Hauptfront, Gesamtansicht und Detail, Januar 1993 (Gruppe DASS)



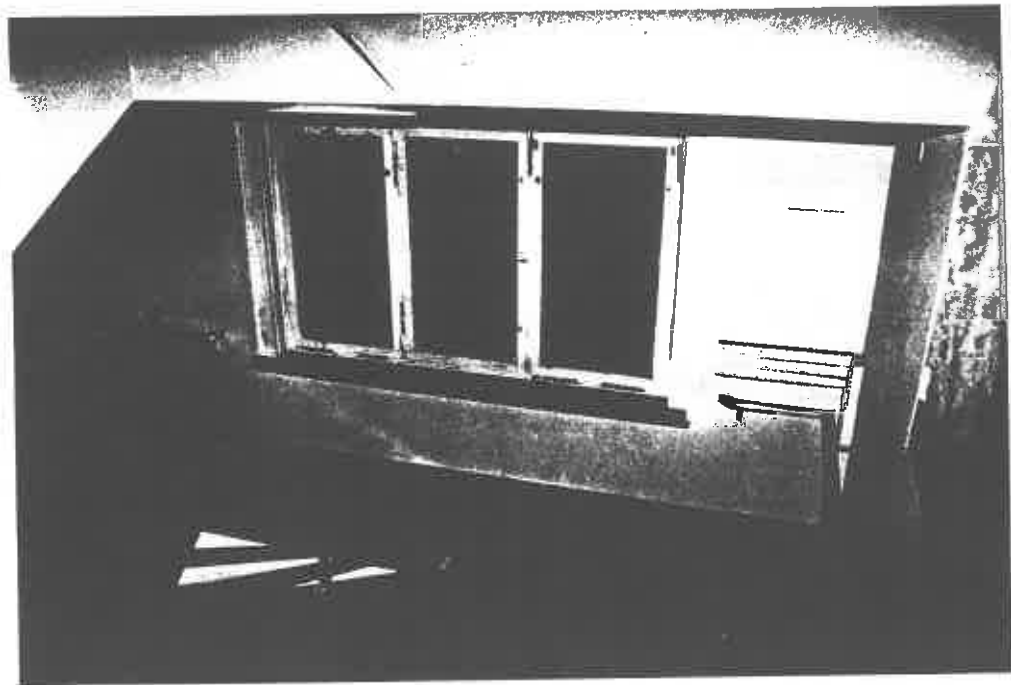
Ehemaliges Reichsbankgebäude: Fassadenansichten von Osten (oben links) und von Westen (Detail mit vergitterten Fenstern, oben rechts; Fassadenknick an der Kurstraße mit Gerüst, unten), Januar 1993 (Gruppe DASS)



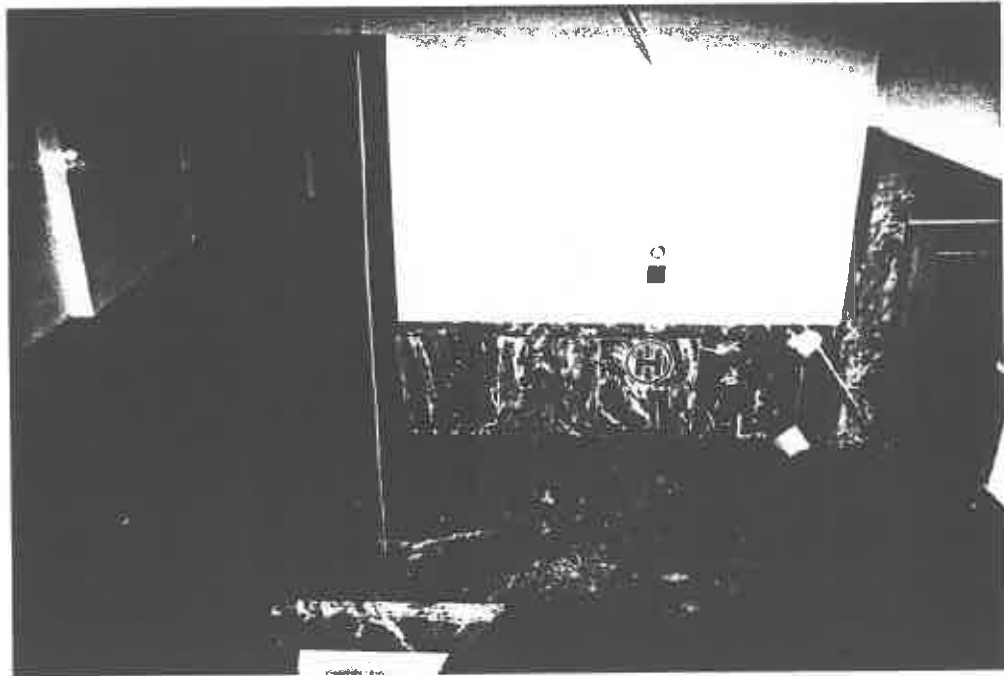
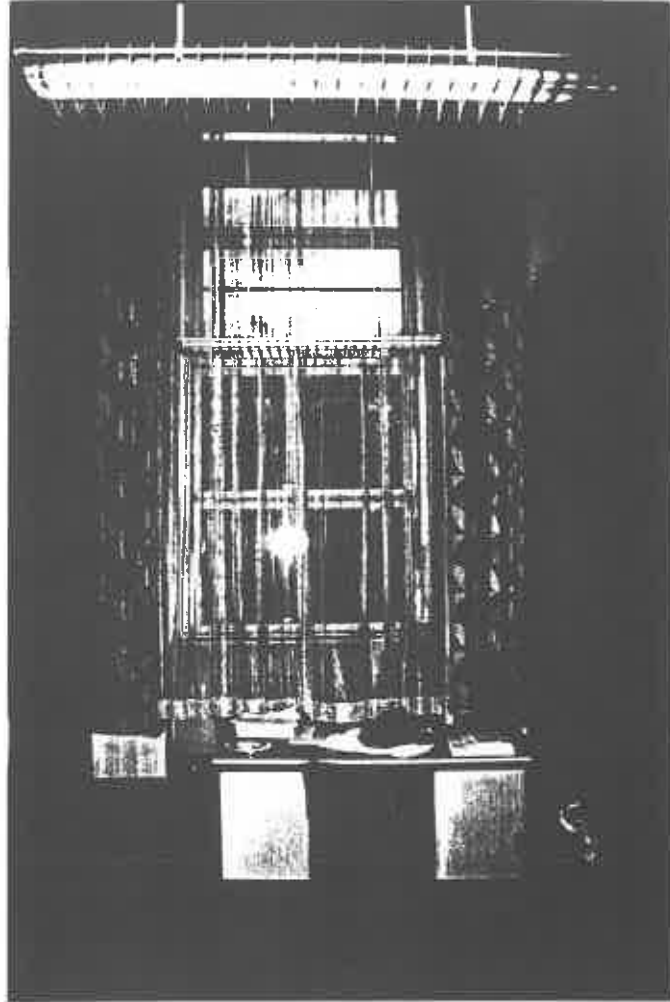
Ehemaliges Reichsbankgebäude: Blick von der Dachterrasse nach Osten (oben), Blick auf die Dachterrasse (Mitte) und auf einen Verbindungstrakt (unten), Januar 1993 (Gruppe DASS)



Ehemaliges Reichsbankgebäude: Relief mit ausgekratzter Parteifahne im Bereich der Dachterrasse (oben), Hof im Zuge der ehemaligen Alten Leipziger Straße mit dem 1924 errichteten "technischen Gebäude" (Klinkerfassade) (Mitte) und Hofdurchgang unter einem Verbindungstrakt (unten), Januar 1993 (Gruppe DASS)



Ehemaliges Reichsbankgebäude: modernisiertes Bürozimmer (links oben) und Treppenhaus (rechts oben und unten), Januar 1993 (Gruppe DASS)



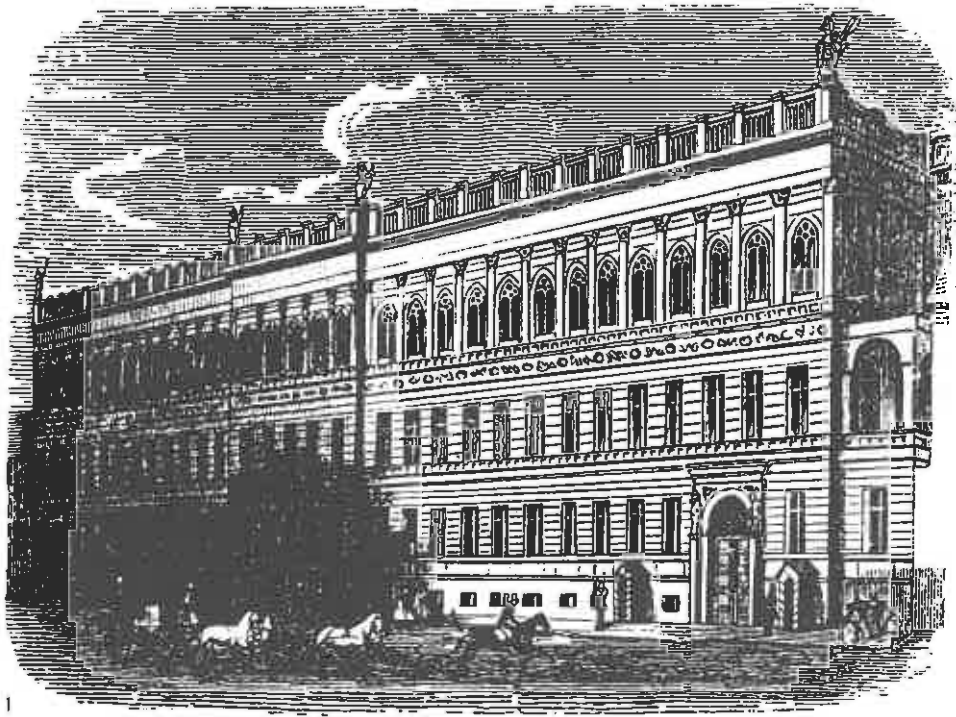
Ehemaliges Reichsbankgebäude: Flur und Büroraum im ersten Obergeschoß vor der Modernisierung (oben) und Blick in ein Treppenhaus mit Marmorverkleidung (unten), Januar 1993 (Gruppe DASS)

2. Ehemaliges Reichsluftfahrtministerium

2.1. Zur Geschichte des Standortes

In städtebaulicher Hinsicht symbolisiert das ehemalige Reichsluftfahrtministerium und nachfolgende Haus der Ministerien nicht nur die "Regierungsmeile" Wilhelmstraße im allgemeinen und die NS-Version dieses Regierungsviertels im besonderen, sondern auch die Aufplusterung eines historisch außerordentlich bedeutsamen Regierungsstandortes im preußischen Berlin.

Ausgangspunkt der wachsenden Bedeutung der zunächst keineswegs noblen südlichen Wilhelmstraße als Regierungsstandort war - neben der Errichtung des Palais Vernezobre als westlicher Schlußpunkt der Kochstraße - das an der Leipziger Straße in der Nähe der Ecke zur Wilhelmstraße gelegene Happesche, später Reussische Palais, das Staatsminister von Happe 1737 bauen ließ. Dieser Bau gehörte mit "seinem schönen Garten" nach Ansicht von Friedrich Nicolai "zu den schönsten in Berlin". Direkt neben diesem Palais wurde 1759 die seit 1763 Königliche Porzellanfabrik errichtet. Das Grundstück neben der Porzellanfabrik wiederum wurde um die Mitte des 19. Jahrhunderts vom preußischen Staat erworben, um dort das Herrenhaus des preußischen Landtags unterzubringen. "Nachdem der für die 'erste Kammer' vorgesehene Neubau kurz vor seiner Vollendung im Jahre 1851 abbrannte, wurde das (...) Haus durch den Baurat Heinrich Bürde zur Präsidentenwohnung und zu Verwaltungsräumen umgebaut. Im Hof entstand der Sitzungssaal, der bei einem Weiterbau, 1874/75, durch Paul Emmerich den gestiegenen Bedürfnissen angepaßt wurde." (Bekiers/Schütze 1981, S. 29)



Preußisches Kriegsministerium (ehem. Happesches Palais) nach dem Umbau durch August Stüler und Wilhelm Drewitz, 1845/46 (Bekiers/Schütze)



Provisorisches Reichstagsgebäude in der Leipziger Straße 4, errichtet 1735-37, umgebaut 1871 (Fischer/Bodenschatz 1992)

Das Reussische Palais war ein Musterbeispiel der schleichenden Transformation von Wohngebäuden in Dienstgebäude bis hin zum Ministersitz. Nach dem Kauf des Anwesens durch den preußischen Staat am Ende des 18. Jahrhunderts folgte 1845/46 der Umbau und die Erweiterung des Gebäudes durch Wilhelm Drewitz und Friedrich August Stüler. Außerdem schluckte das aus dem Palais hervorgegangene Kriegsministerium nach und nach weitere Parzellen bzw. Häuser an der Leipziger und Wilhelmstraße.

Nach der 1871 abgeschlossenen Verlagerung der Porzellanmanufaktur gewann der Baublock an der südlichen Wilhelmstraße eine neue Standortqualität. Das Grundstück der ehemaligen Manufaktur zusammen mit dem des Herrenhauses und eines weiteren Grundstücks an der Königgrätzer Straße avancierte zu einem der heiß diskutierten möglichen Standorte für ein Reichstagsgebäude. Tatsächlich wählte das deutsche Parlament "schon kurz darauf - nicht zuletzt auf das Votum Bismarcks hin - das an der Leipziger Straße gelegene Hauptgebäude der Porzellanmanufaktur als sein provisorisches Domizil" (Bekiers/Schütze 1981, S. 40). Für die neue Nutzung wurden die alten Gebäude mehrfach umgebaut und erweitert. "Ernsthaft" im Gespräch blieb der Standort für einen repräsentativen Neubau des Reichstages bis Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts.

Die Diskussion über die Nutzung der Südseite der Leipziger Straße östlich des Leipziger Platzes durch öffentliche Gebäude beflügelte die Aufwertung und Umnutzung auf den schmalen, an den schönen Garten des Kriegsministeriums anschließenden Grundstücken in der südlichen Wilhelmstraße. Ein Beispiel dieser Entwicklung ist die Niederlassung des von Karl Friedrich Schinkel mitbegründeten Architektenvereins auf dem Grundstück Wilhelmstraße 92/93 im Jahre 1875.

Die räumliche Dreieinigkeit des alten Herrenhauses, des provisorischen Reichstagskomplexes und des Kriegsministeriums reduzierte sich auf eine direkte Nachbarschaft von preußischem Herrenhaus, Abgeordnetenhaus und Kriegsministerium, nachdem der Reichstag seinen endgültigen Sitz im Spreebogen gefunden hatte. Der Entwurf für eine neue repräsentative Gebäudefolge westlich des Kriegsministeriums wurde 1892 genehmigt, im gleichen Jahre begannen erste Bauarbeiten. "1899 konnten die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, 1904 die des Herrenhauses ihre neuen Räume beziehen." (Bekiers/Schütze 1981, S. 61)

Das Kriegsministerium hatte bis 1916 alle kleinen angrenzenden Grundstücke an der Wilhelmstraße, auch dasjenige des Architektenvereins, erworben. "Ausgerechnet das Vorderhaus Leipziger Straße 7, um das sich das Ministerium seit siebzig Jahren bemüht hatte, konnte sich dem Zugriff entziehen." (Bekiers/Schütze 1981, S. 73)

Die veränderten politischen Verhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg führten zu einer weitgehenden Neubestimmung der öffentlichen Gebäude: "Tagte das jetzt nach demokratischen Grundsätzen gewählte Preußische Abgeordnetenhaus, das nun allein die Bezeichnung Landtag trug, weiterhin am alten Ort, so zogen in das Gebäude des aufgelösten spätféudalistischen Herrenhauses der Preußische Staatsrat und das neugebildete Ministerium für Volkswohlfahrt ein. Die Räumlichkeiten des ebenfalls aufgelösten Kriegsministeriums wurden in ihrem nördlichen Teil von Abteilungen verschiedener Ministerien, im südlichen vom Reichs-Ausgleichsamt genutzt." (Bekiers/Schütze 1981, S. 73) Damit war schon in der Weimarer Republik eine Art "Haus der Ministerien" an diesem Standort festzustellen.

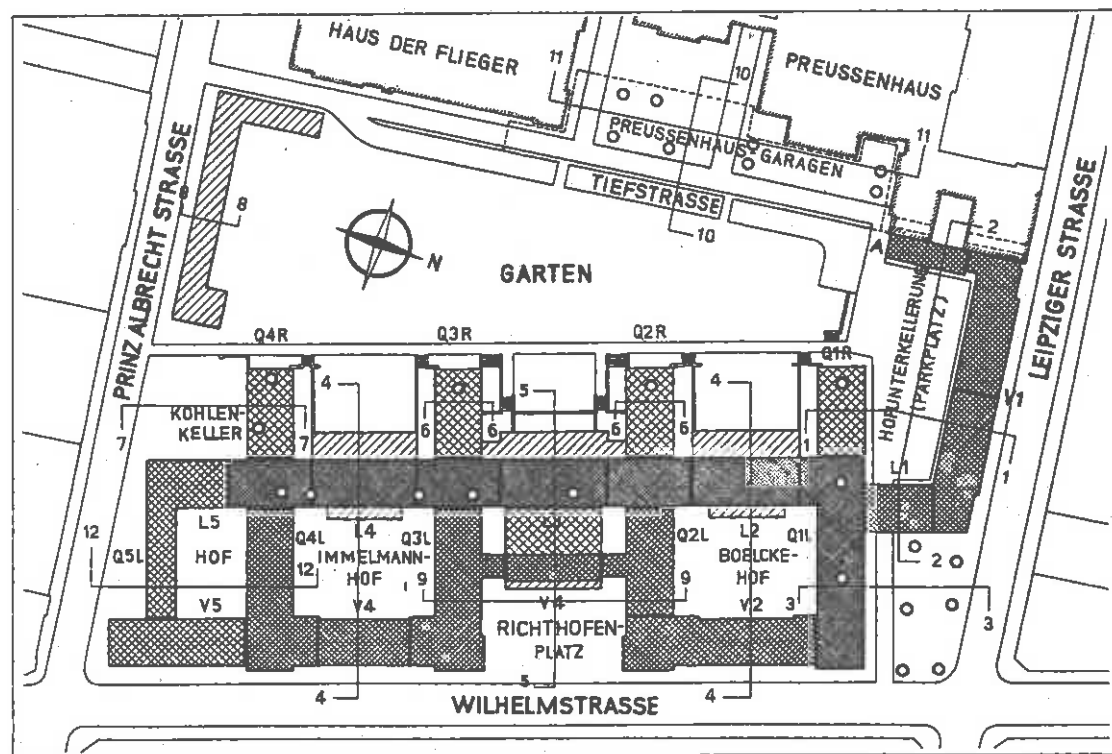
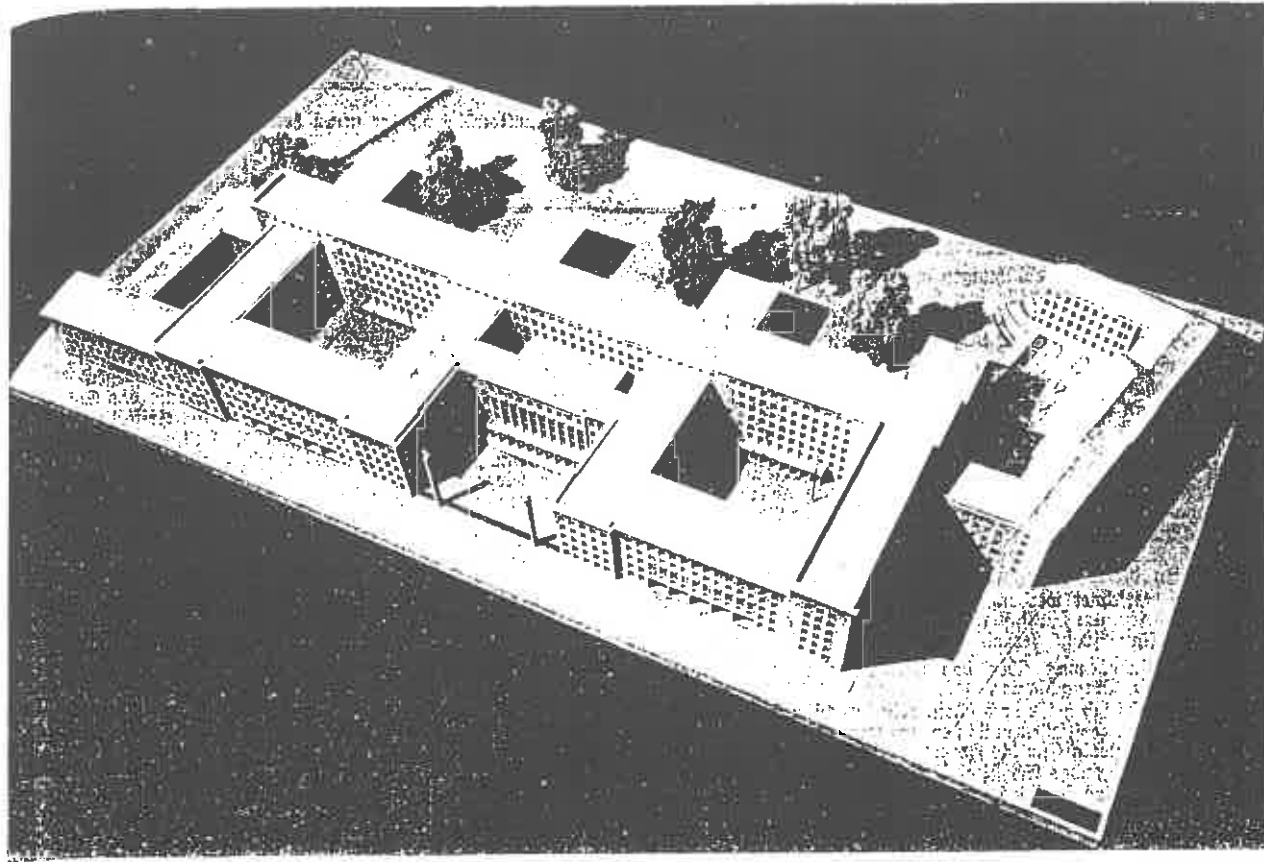
Eine neuerliche Umnutzung brachte die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Das ehemalige preußische Abgeordnetenhaus fungierte jetzt als "Haus der Flieger", das ehemalige preußische Herrenhaus als "Preußenhaus". Auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsministeriums wurde ein neues, für den Krieg bestimmtes Ministerium geschaffen: das Reichsluftfahrtministerium. Für den Neubau dieses Ministeriums wurden sämtliche Vorgängerbauten abgerissen.

2.2 Das Gebäude

Das Reichsluftfahrtministerium Hermann Görings war der damals "größte deutsche Staatsbau" (Bauwelt 9/1936, S. 3) und nach der Reichsbank "das zweite Großprojekt, das nach dem 30. Januar 1933 in Berlin mit lautem propagandistischem Aufwand in Angriff genommen wurde." (Schäche 1991, S. 221) Bereits Ende 1934 erhielt Ernst Sagebiel, ein früherer Mitarbeiter von Erich Mendelsohn, den Auftrag, auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsministeriums ein gewaltiges Verwaltungsgebäude für das Reichsluftfahrtministerium mit etwa 2.000 Zimmern und einer Nutzfläche von 56.000 m² zu schaffen. Mit dem Neubau wurde das Ziel verfolgt, die bislang verstreuten Dienststellen zu zentralisieren. "Die Gebäude des ehemaligen Preußischen Herrenhauses und Abgeordnetenhauses sollten in den Neubau mit einbezogen werden. Der weiträumige Park (...) war 'möglichst vollständig zu erhalten.'" (S. 218f.)

Der Bauprozeß stärkte den behaupteten Mythos von der "ungeheuren Schnelligkeit" (Bauwelt 9/1936, S. 1) und Durchsetzungskraft der nationalsozialistischen Machthaber: "(...) Anfang Februar 1935 war das Bauprogramm so weit geklärt, daß die Beseitigung sämtlicher Häuser an der Wilhelmstraße und die Neubebauung von der Leipziger bis zur Prinz-Albrecht-Straße die Grundlage der Planung bilden konnte. Da fast alle Grundstücke dieses Blocks sich im Eigentum des Reiches befanden und (...) die Liegenschaftsverwaltung des Reichsfinanzministeriums mit großer Beschleunigung den vielen einzelnen Mietern, Dienststellen und Ämtern an anderer Stelle Ersatz verschaffte (...), konnte der Abbruch von insgesamt 260.000 m³ Altbau sofort begonnen und ununterbrochen in Tag- und Nachtschichten durchgeführt werden." (Sagebiel 1937a, S. 1)

Gerade die Kraft zur Durchsetzung der gewaltsamen Abrisse wurde zur Tugend erhoben: "(...) es spricht für das Selbstbewußtsein einer neuen Zeit, daß sie ihrem Lebensrecht stärker gehorcht als einem Gefühl, das sie in ihren kraftvollen Auswirkungen hindern könnte." (Bauwelt 9/1936, S. 1) Immerhin wurde dem Neubau ja das Kriegsministerium geopfert, ein "Bau von ehrwürdiger preußi-



Modell des Gebäudes des Reichsluftfahrtministeriums von Ernst Sagebiel (oben) und Lageplan (unten). "Die unterschiedlichen Schraffungen zeigen die Höhen der einzelnen Bauteile an, die starken Trennlinien sind die Dehnungsfugen." (Bauwelt 15/1935; Sagebiel 1937b)

scher Haltung", dessen Erhalt zunächst vorgesehen war. "(...) die selbstbewußte Entschlußkraft, die einen ganzen Straßenzug verschwinden läßt, (...) ist eindrucksvoll und von zeugnishafter Bedeutung." (Ebd., S. 2)

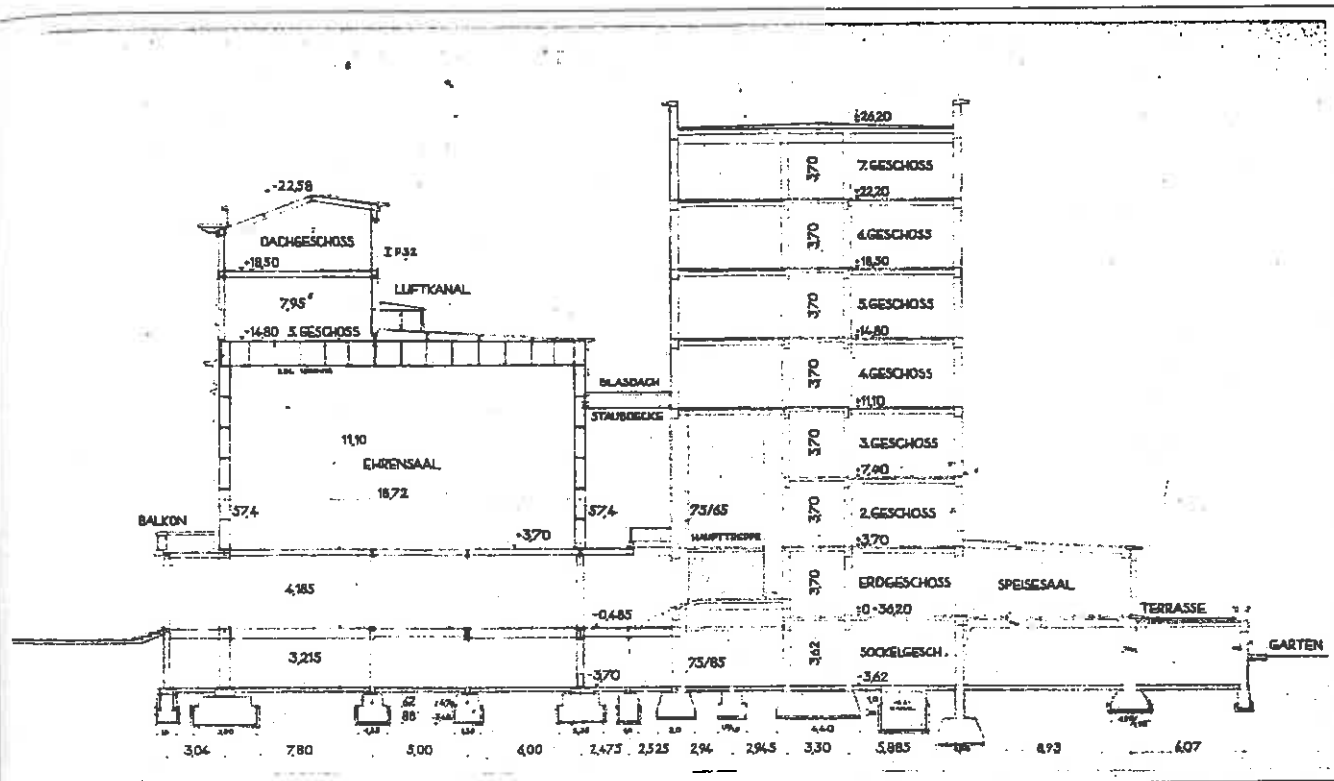
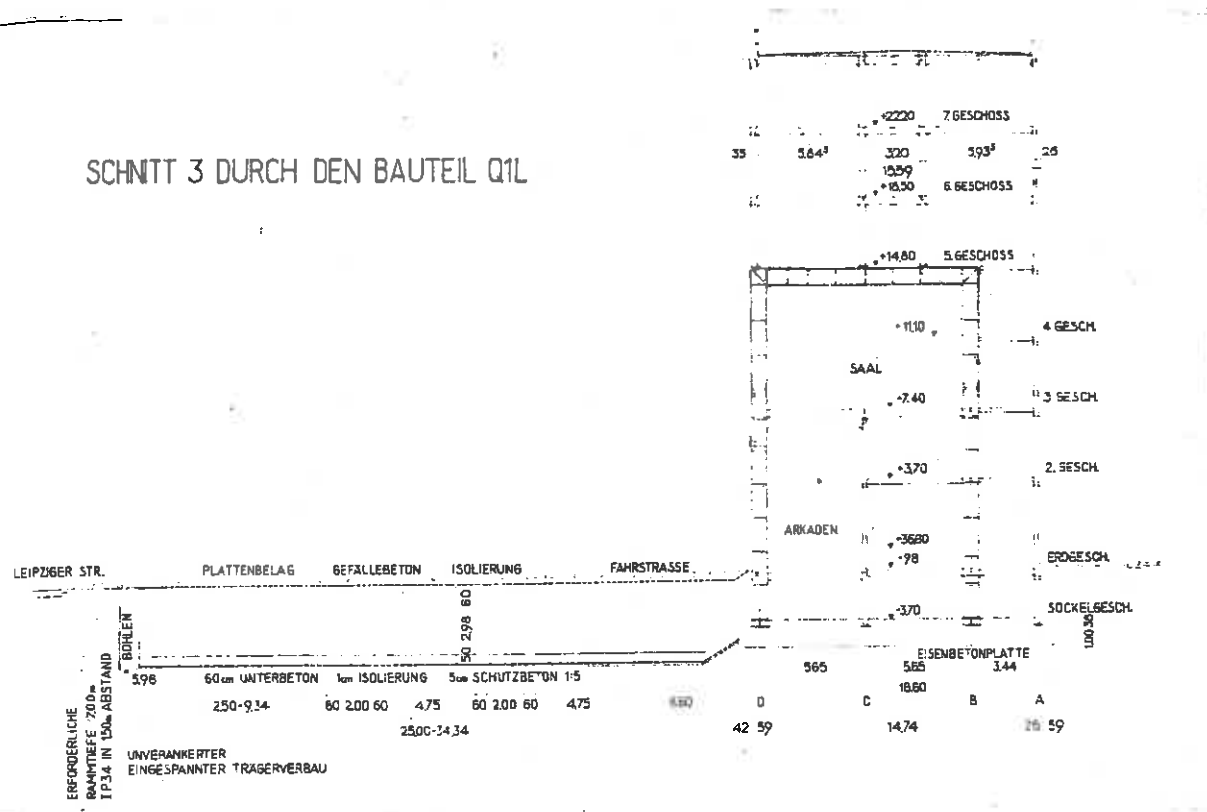
Bereits während der Abbrucharbeiten begann der Neubau. "Durch den Zwei-Schichten-Betrieb (12 Stunden pro Schicht!) einerseits und die mit dem Achsenrastersystem gegebene Möglichkeit der Vorfertigung verschiedenster Bauteile (Stahlträger, Fassadenverkleidung) andererseits war man in der Lage, bereits am 12. Oktober, anlässlich des Richtfestes, 1000 Räume des Baues bezugsfertig übergeben zu können. Während des Jahres 1936 konnte dann der gesamte Gebäudekomplex mit einer Nutzfläche von fast 56.000 m² fertiggestellt werden." (Schäche 1991, S. 219) Tatsächlich war die Flexibilität geradezu die Programmidee des Baus: "Für die Durchbildung des Grundrisses im einzelnen war neben größter Klarheit in den Verkehrswegen und Zweckmäßigkeit in der Einordnung der Treppen und Fahrstühle die Wahl eines Achsensystems bestimmend, das es möglich machte, die endgültige Klärung der Raumverwendung und damit Aufteilung der Geschosse während der Bauzeit abzuwarten." (Sagebiel 1937b, S. 462) Die Schnelligkeit des Bauens war strategisch begründet, sie unterstützte - wie die Bauurkunde vom 12.10.1935 bestätigt - faktisch den Aufbau der Luftwaffe. Zusätzlich wurde der Bau als erfolgreiche "Arbeitsbeschaffungsmaßnahme" propagandistisch ausgeschlachtet.

Von der Konstruktion her ist das Reichsluftfahrtministerium ein Stahlbetonskelettbau bzw. Stahlskelettbau. Ernst Sagebiel entschied sich dafür, "den größten Teil des Bauwerkes als Eisenbetongerippe zu errichten und nur diejenigen Flügel in Stahl auszuführen, deren unregelmäßiger Grundriß und Aufbau besondere Spannweiten und Belastungen ergaben. Beim Ehrensaal in der Wilhelmstraße und am höhergeführten Gebäudeteil des Eckplatzes hätten sich in Eisenbeton größere Konstruktionshöhen und damit Unterbrechungen in dem notwendigen Zusammenhang der Flure ergeben. Auch lagen diese Bauteile an solchen Stellen, an denen nicht sofort mit dem Bau begonnen werden konnte, so daß die längere Vorarbeit der Stahlausführung im Konstruktionsbüro und in der Werkstatt keine verlorene Zeit bedeutete. Das Eisenbetongerippe erhielt Felder von 6,0 x 6,0 m über den Büroräumen und 3,0 x 6,0 m über den Fluren. Die Geschoßdecken über den Büroräumen sind 30 cm hohe Pohlmann-Decken mit massiven Aussteifungsrippen in der Breite der Stützen, die Flurdecke ist 17 cm dick in Eisenbeton. Da auch die Eisenbetonstützen in sämtlichen Stockwerken 38 cm tief sind, und sich ihre Ausmaße nur in der Breite nach oben verringern, ergeben sich für alle Geschosse durchgehend glatte Wand- und Deckenflächen ohne irgendwelche Vorsprünge. Die Geschoßhöhe beträgt einheitlich 3,70 m. In Abständen von etwa 36 m teilen Dehnungsfugen das Haus in einzelne Abschnitte. Die Windkräfte werden beim Eisenbetongerippe durch die Decken auf massive, von oben bis unten durchgehende, 30 cm dicke Windscheiben an den Treppenhäusern übertragen (...)." (Sagebiel 1937a, S. 2f.)

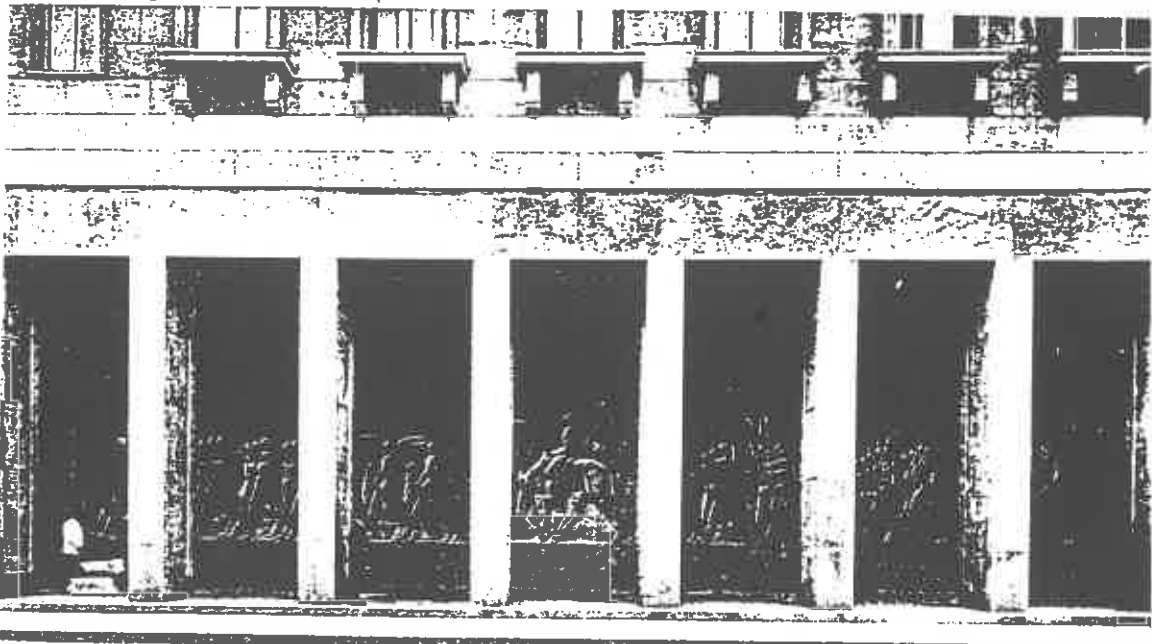
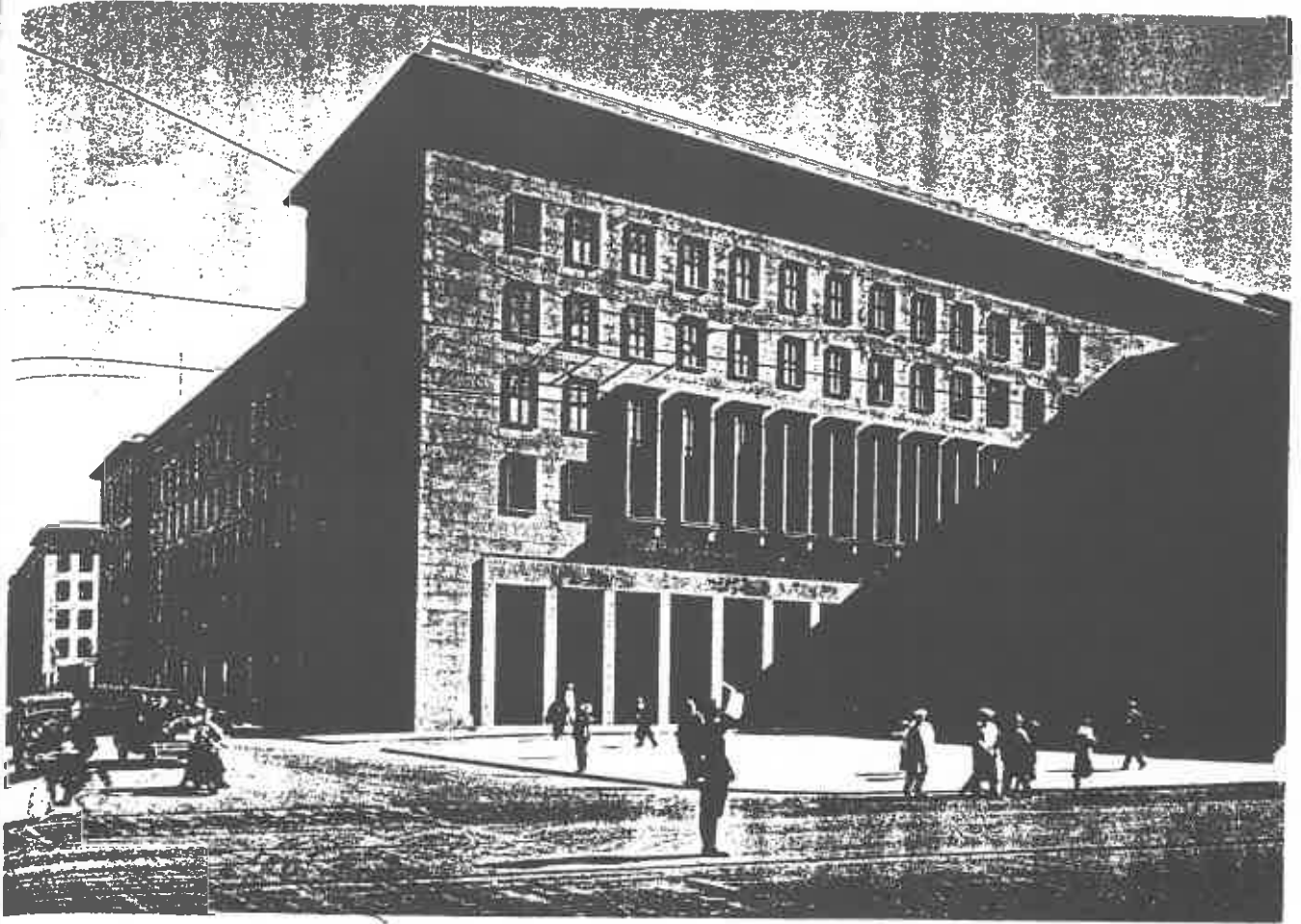
Das Stahlskelett wurde zur Gewichtseinsparung mit Bimsbetonhohlblocksteinen aufgefacht. Für die Wandflächen wurden 30.000 m², für Gesimse und Fenstergewände 2.000 m³ Werksteine (Muschelkalk) verbraucht. "Auch für den inneren Ausbau ist Werkstein in größerem Maße verwendet worden. Türumrahmungen aus Werkstein haben ein Vielfaches der Lebensdauer gegenüber holzverkleideten oder geputzten Türnischen." (Sagebiel 1937a, S. 5.)

Der vier bis siebengeschossige Neubaukomplex bildet an der Leipziger wie an der Wilhelmstraße eine Straßenrandbebauung (mit fünf Geschossen), die sich an zwei Stellen platzartig aufweitet: an der Ecke Leipziger/Wilhelmstraße (Vorplatz) und an der Wilhelmstraße ("Ehrenhof"). Der öffentliche Vorplatz am Haupteingang Leipziger Straße fängt die schiefwinklige Straßenkreuzung zur Wilhelmstraße auf. Der abgezäunte "Ehrenhof" wurde axial auf einen riesigen Erscheinungsbalkon ausgerichtet, der vor einem großen "Festsaal" plaziert ist.

SCHNITT 3 DURCH DEN BAUTEIL Q1L

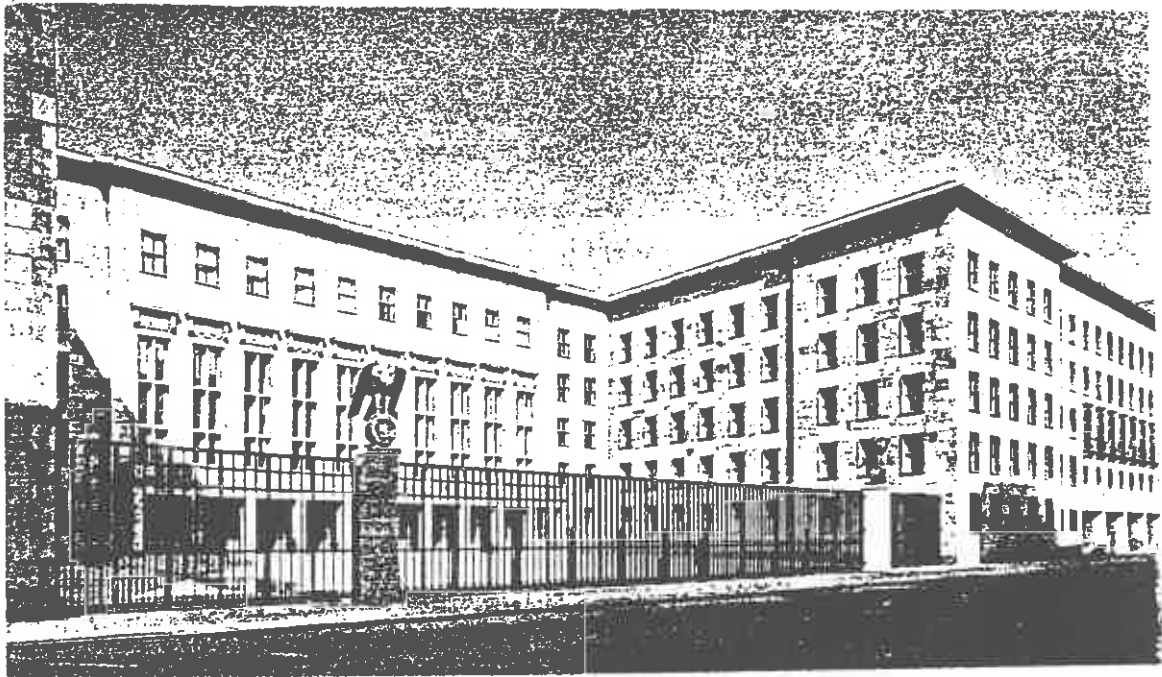


Schnitt durch den Vorplatz an der Leipziger Straße und den hohen Bau mit Vorhalle und Saal (oben) und Querschnitt durch den "Ehrenhof", den "Ehrensaal" und den hohen Bau am Garten mit dem Speisesaal (unten). (Bauwelt 8/1937)



Der Vorplatz an der Ecke Leipziger/Wilhelmstraße (oben). An der Rückwand der Pfeilerhalle befand sich das Soldatenrelief (siehe unten, hier "mit aufgestellten Lichtbildern des Modells" abgebildet). Über der Pfeilerhalle sind die hohen Fenster des "Sitzungssaales" zu erkennen. (Bauwelt 8/1937; Rittich 1938)

Die enormen Baumassen im Bereich der Wilhelmstraße wurden zusätzlich zum Ehrenhof durch vier 1,5 m vorspringende Gebäudeteile gegliedert. Die Fassadengestaltung betont durch wechselnde Fenstergrößen diese Gliederung in zurückhaltender Weise. Allerdings beherrschen endlose Kreuzstockfensterbänder den Gesamteindruck der Fassadenfluchten, die durch ein kräftiges Traufgesims abgeschlossen werden. Die stehenden Fenster selbst wurden durch eine relativ einfache Natursteinumrahmung gefaßt, welche die Plattenkonstruktion kaschiert. Mit den Höhenverhältnissen und Baumaterialien wurde auf die Altbauten des ehemaligen Herrenhauses Bezug genommen. So schließt der langgestreckte fünfgeschossige Bauflügel an der Leipziger Straße in gleicher Höhe an den Altbau an, erst der riesige siebengeschossige Riegel zwischen Leipziger und Prinz-Albrecht-Straße, der das Rückgrat der gesamten Anlage darstellt, überragt diese Gebäudehöhe.



*Der "Ehrenhof" an der Wilhelmstraße (oben) und einer der damals offenen Hofdurchgänge (unten)
(Rittich 1938; Bauwelt 8/1937)*



Die Front an der Leipziger Straße mit den "Feldherrnköpfen" im Bereich des ersten Obergeschosses (Bauwelt 8/1937)

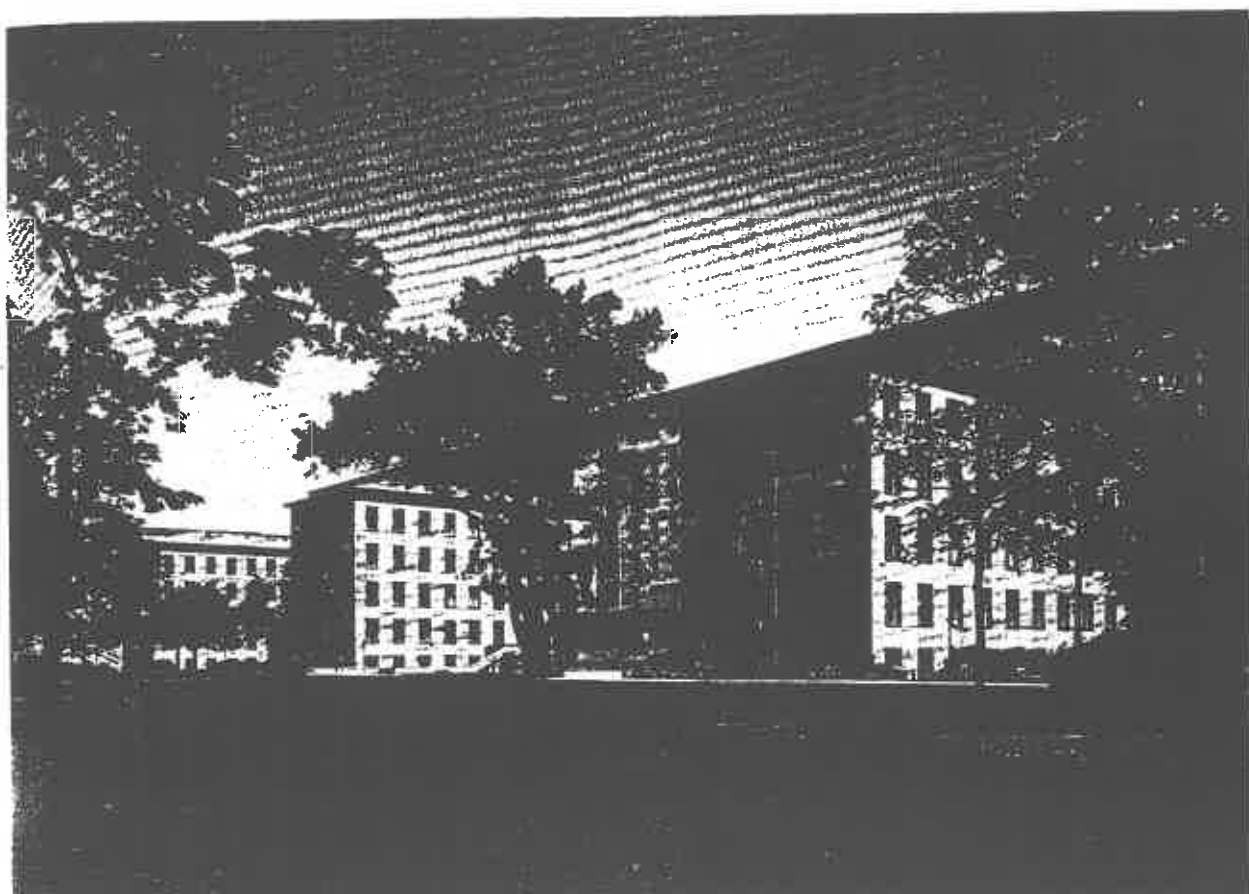
Stärker als beim Reichsbankbau wurde die "zweckmäßige", auf Verwaltungsfunktion orientierte Gebäudestruktur durch eine bauliche Inszenierung der nationalsozialistischen Herrschaft überformt, was außen vor allem in den beiden Platzräumen und innen - abgesehen von den Eingangsbereichen - indem durch drei Geschosse gehenden "Ehrensaal" und dem durch zwei Geschosse gehenden "Sitzungssaal" zum Ausdruck kam. Unterstrichen wurde dieser Aspekt auch durch die Verkleidung des "modernen" Skelettbau mit "traditionellen" Naturwerksteinplatten aus Muschelkalk. Das Gesims ist weit mächtiger als bei der Reichsbank gestaltet. Diese Verkleidung verdeutlicht den Willen der nationalsozialistischen Machthaber, das Bild des Berliner Zentrums farblich und substantiell durch Naturstein zu prägen.

"Dann grüßt", so der anlässlich der Olympischen Spiele von Hansgeorg Trurnit 1936 herausgegebene Stadtführer "Das neue Berlin" über das Gebäude des Reichsluftfahrtministerium, "noch ein gewaltiger Neubau herüber, mit riesigen Steinflächen von heller Farbe, schier endlos sich hinziehend an der rechten Seite der Wilhelmstraße und hinüberreichend bis zur Prinz-Albrecht-Straße. Es ist der neu-

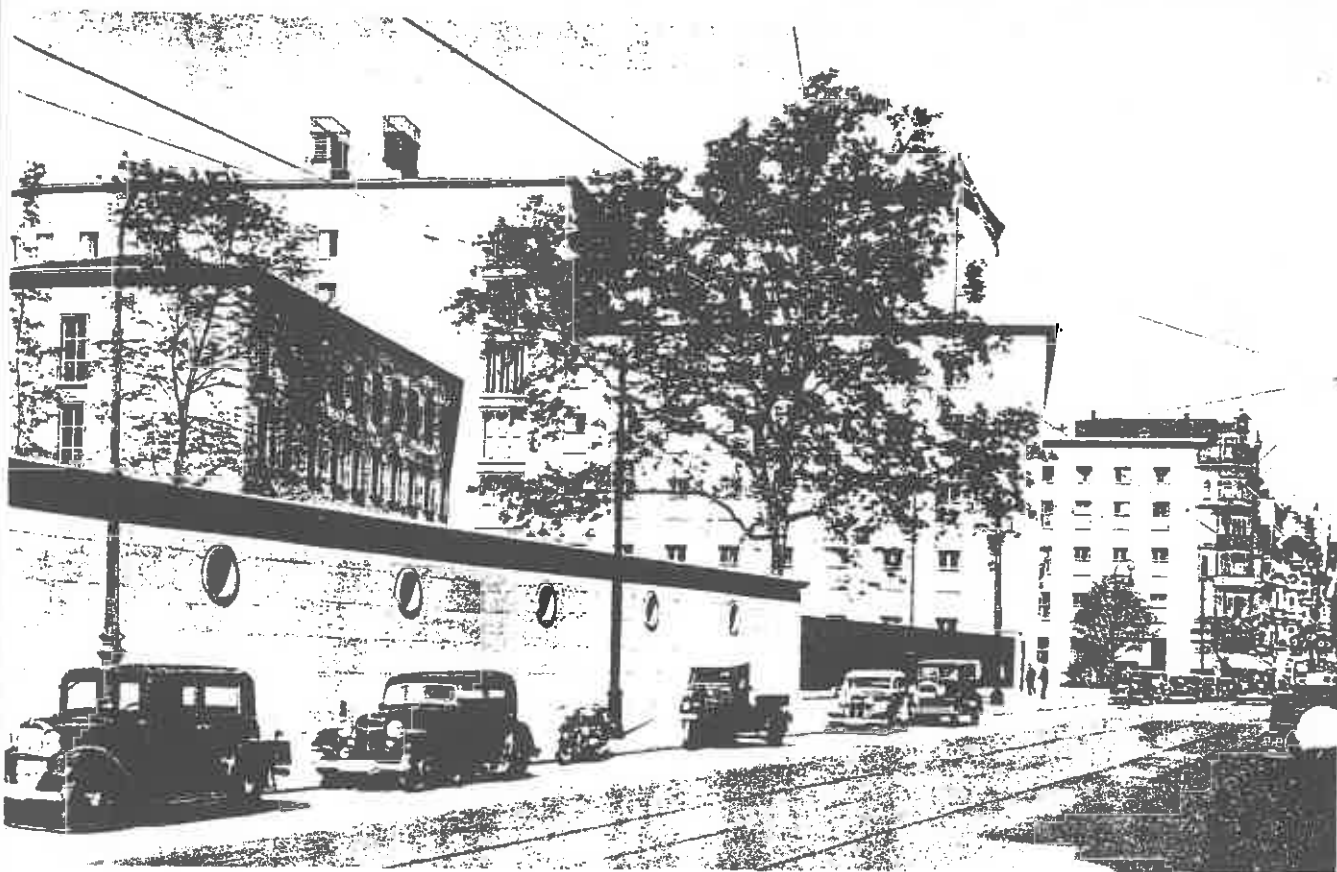
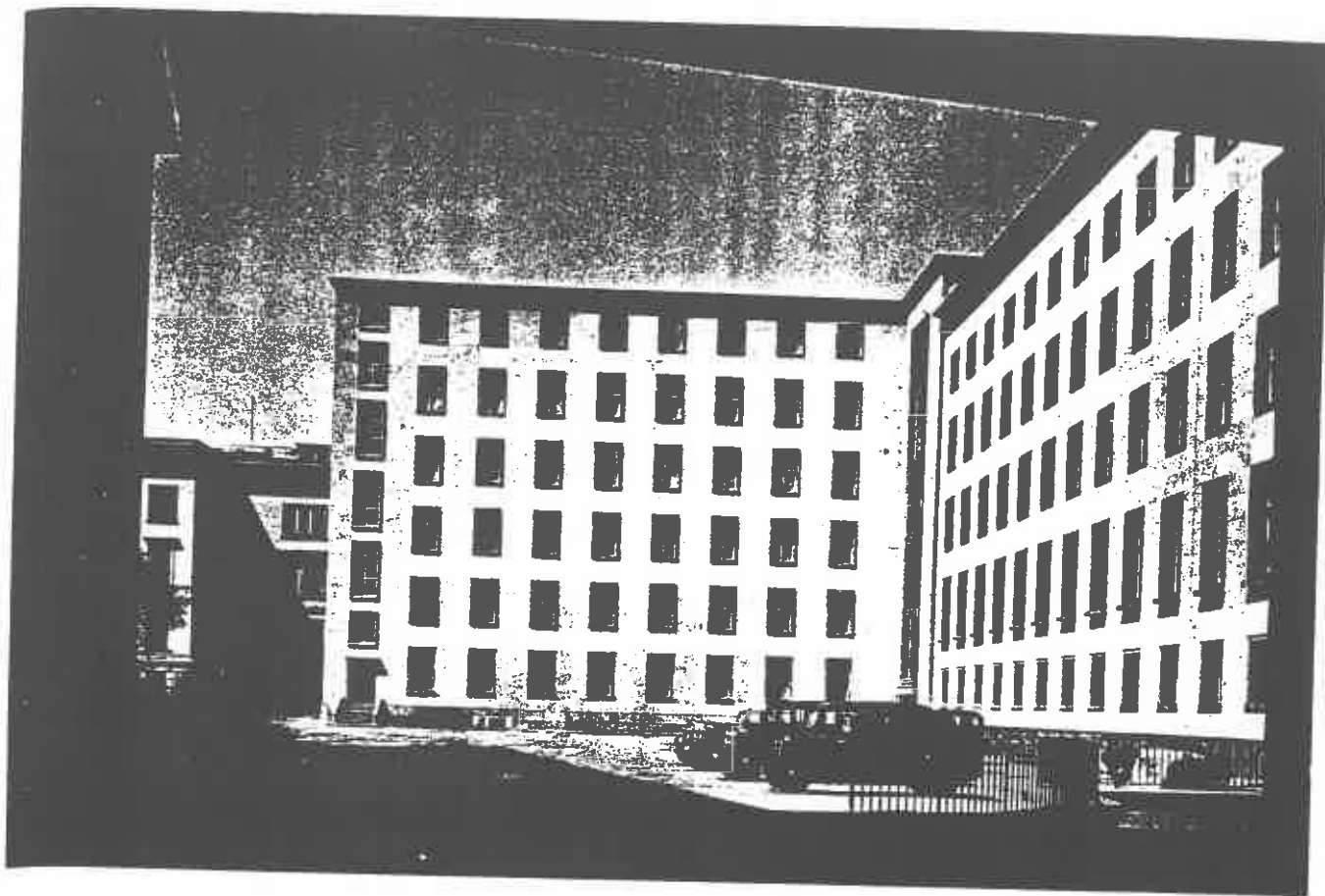
zeitlichste und umfangreichste Ministeriumsbaus Deutschlands, in unglaublich kurzer Zeit errichtet. Er (...) darf der Anlage nach in vielen Beziehungen als musterhaft gelten." (S. 17) Von der Bauwelt wurde das Gebäude nach außen als "preußisch repräsentativ", im Inneren als "erfüllt von modernem Atem" charakterisiert (9/1936, S. 3).

Für den Fußgänger bildet die Erdgeschoßzone des Baukomplexes an der Straßenseite allerdings einen äußerst eintönigen, durch endlose Fenster- und Torgitter abweisenden, ja ausgrenzenden Eindruck, zumal der Weg vom ehemaligen Herrenhaus bis zum Vorplatz über weite Strecken nicht einmal durch Eingänge unterbrochen wird. Am Vorplatz selbst schuf die Pfeilerhalle mit dem "Soldatenrelief" von Arno Waldschmidt (vgl. Die Kunst im Deutschen Reich 1/1941) eine heroisierende, einschüchternde "Feierlichkeit". Über den Vorplatz führt eine Durchfahrt zum Parkplatz hinter dem Gebäudeflügel an der Leipziger Straße. Der Weg entlang der Wilhelmstraße berührte an zwei Stellen jeweils fünf Eingangstore, welche die beiden großen Höfe nördlich ("Boelckehof") und südlich ("Immelmannhof") des "Ehrenhofs" (genannt "Richthofenplatz") erschlossen.

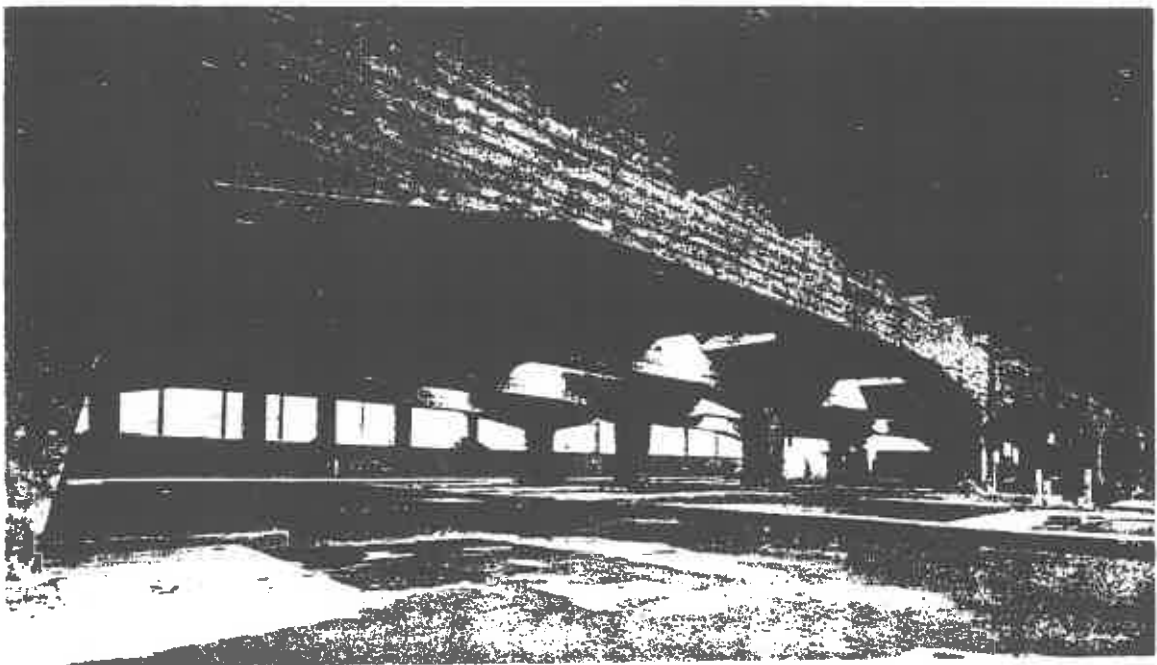
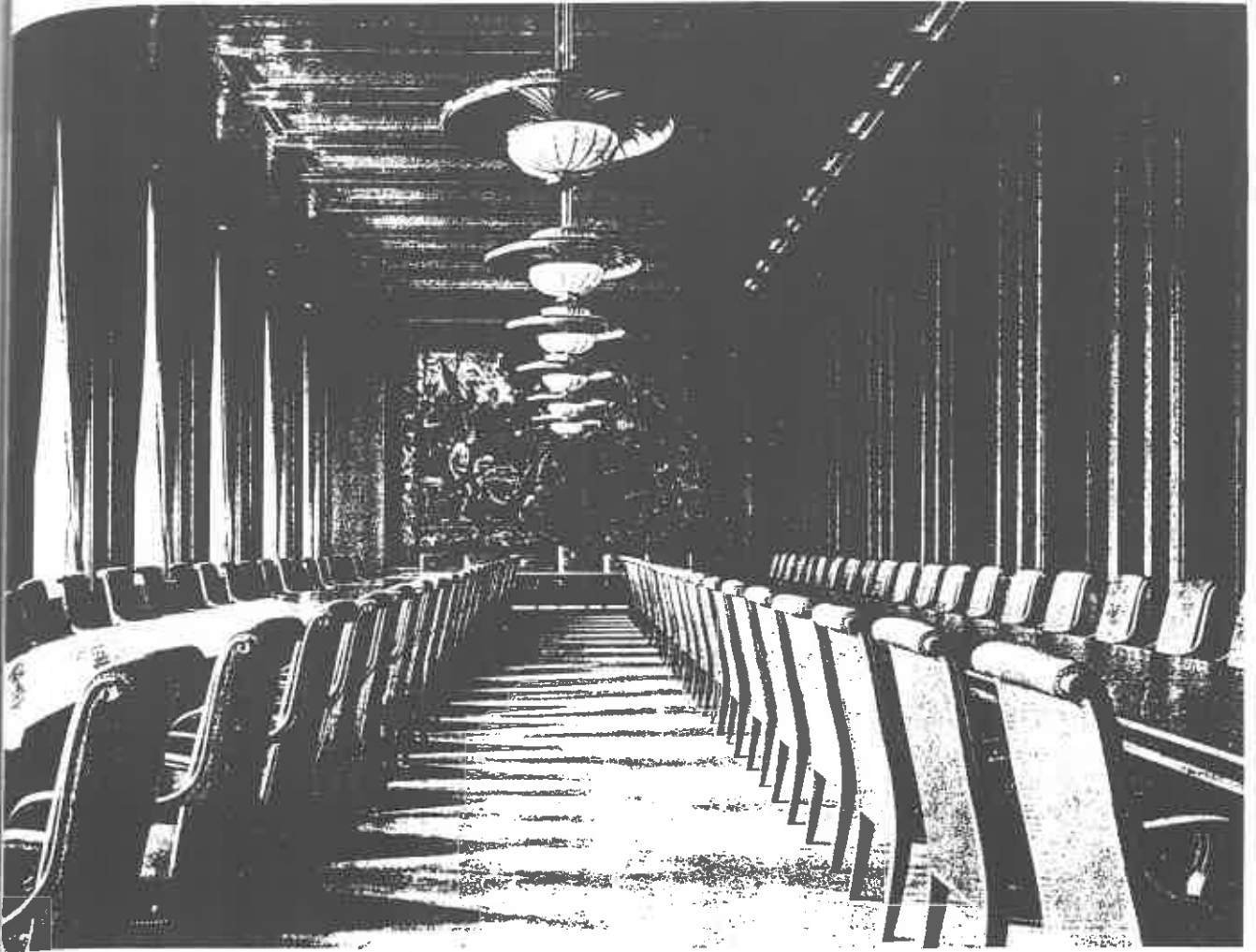
An der Südfront des gewaltigen Gebäudekomplexes schloß sich zur Prinz-Albrecht-Straße hin ein durch ein Gitter abgegrenzter Parkplatz an. Nach diesem Gitter folgte als südliche Begrenzung des ehemals prächtigen, verstümmelten Parks eine mit Natursteinplatten verkleidete "Mauer" in Stahlbetonskelettbauweise mit Bimssteinausmauerung und Rundfenstern. Hinter dieser "Mauer" verbirgt sich ein zweigeschossiges, langgestrecktes Gebäude. Zum ehemaligen preußischen Abgeordnetenhaus zeigt die Parkbegrenzung noch heute ein Bossenmauerwerk mit Löwenreliefs, das ganz offensichtlich zum Dekor des Altbaus vermitteln sollte. Der ganze Komplex stellt sich von Südwesten her weitaus differenzierter und stärker in der Höhe gestaffelt dar. Die Geschoszahlen der sich kammartig zur Parkanlage öffnenden Bebauung springen hier von vier auf sieben in die Höhe.



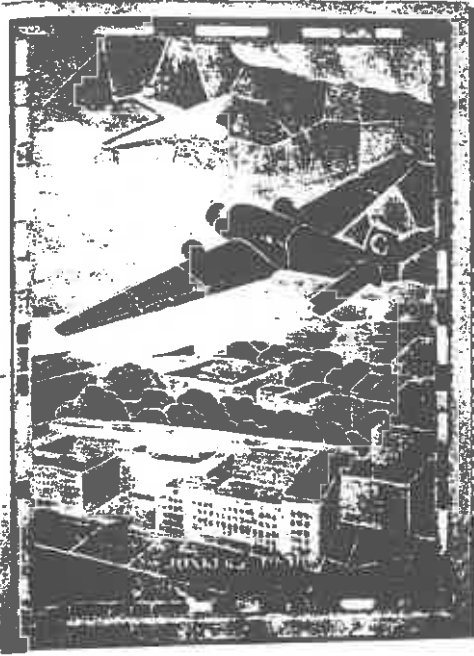
Gartenseite des Reichsluftfahrtministeriums mit den niedrigeren Flügelbauten (Sagebiel 1937b)



Parkplatz hinter dem Bauflügel an der Leipziger Straße (oben). Südseite des Baukomplexes an der Prinz-Albrecht-Straße (unten). (Bauwelt 8/1937)



Der "Sitzungssaal" über der Pfeilerhalle am Vorplatz Ecke Leipziger/Wilhelmstraße (oben).
 "Moderne" Tiefgarage mit weitgespannten "Gerberschen Balken" (unten). (Bauwelt 8/1937)



Wandbild mit Junkersflugzeug und Reichsluftfahrtministerium im Inneren des Baukomplexes (Bauwelt 8/1937)

Obwohl das Reichsluftfahrtministerium bevorzugtes Ziel der alliierten Bomber war, blieben aufgrund der massiven Bauweise die Kriegszerstörungen gering und konnten nach 1945 schnell behoben werden. "Die 'Heerführer-Reliefs', das 'Soldatenrelief' sowie die 'Reichsadler mit Hoheitszeichen' sind während des Wiederaufbaues, Ende der vierziger Jahre, entfernt worden." (Schäche 1991, S. 220) Am Vorplatz an der Kreuzung Leipziger/Otto-Grotewohl-Straße wurde an der Rückwand der Pfeilerhalle an Stelle des beseitigten "Soldatenreliefs" im Jahre 1952 ein Wandbild auf Fliesen von dem DDR-Künstler Max Lingner angebracht. Rechts unten ist auf diesem mit "ling" signierten Bildband zu lesen: "Dieses Wandbild haben vierzehn Maler der 'Staatl. Porzellan-Manufaktur Meißen' nach einem Entwurf von Max Lingner in 6 Monaten ausgeführt. 1952". An die antifaschistische Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack ("Rote Kapelle") erinnert eine Gedenktafel. An einigen Stellen der Fassade wurden, als Ersatz vor allem für im Kriege beschädigte oder in der NS-Zeit "geschmückte" Platten, "Imitationen aus eingefärbten und oberflächlich der Natursteinstruktur angepaßten Stahlbetonplatten eingebaut." (HPP 20, S. 24) Die repräsentativen Raumfolgen, die im Inneren dem "Ehrenhof" und dem Vorplatz folgten, blieben erhalten. Im Jahre 1960 wurde ein neuer Speisesaal nach dem Entwurf von Kurt Tausendschön geschaffen. Die Zugänglichkeit des Komplexes erfuhr insgesamt eine starke Einschränkung. So wurden von den 5 Toren, die den südlichen Hof von der Wilhelmstraße her erschlossen, 4 zugemauert (2 mit Fenstern), das fünfte blieb als Feuerwehrezufahrt erhalten. Von den 5 Toren, die den nördlichen Hof erschlossen, wurden die 3 mittleren mit Glasbausteinen verbaut. Zu Beginn der 80er Jahre entstand im Südbereich des Gartens ein Rechenzentrum in provisorisch wirkender Plattenbauweise für die Staatliche Plankommission.

Eine Neugestaltung erfuhren vor allem auch die Innenräume. Gerade die Arbeitszimmer führender Staatsfunktionäre der neugebildeten DDR-Regierung wurden "gewissermaßen als 'Gegenmanifeste' innenarchitektonisch anspruchsvoll gestaltet" (Hain 1993). Die Ausstattung der Innenräume aus der DDR-Zeit ist bislang nicht angemessen erfaßt worden. Bekannt ist aber, daß etwa im preußischen Abgeordnetenhaus folgende Räume programmatisch neugestaltet wurden: Arbeitszimmer Otto Grotewohl von Selmanagic (Sessel, Bauhaustapeten usw.); ein nicht näher bezeichnetes Arbeitszimmer mit Zitronenholzverkleidung von Franz Ehrlich (ebenfalls Bauhäusler); das Arbeitszimmer von Walter Ulbricht ("Löwenfuß-Ästhetik"). In diesem Zusammenhang wäre im übrigen auch auf das Präsidenten-Zimmer der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften von Mart Stam hinzuweisen. (Hain 1993)



Das Reichsluftfahrtministerium als bevorzugtes Angriffsziel für Bomber: "Bomb damage Berlin-Mitte (Centrum) reconnaissance photo" mit besonderer Markierung des "AIR MINISTRY", Aufnahme von Ac 59 331, 3.2.1945 (Sammlung Bergander)



Im zerstörten Bereich zwischen Anhalter Bahnhof (im Vordergrund) und Leipziger Platz (links in der Mitte) ist deutlich der in einem Trümmerfeld stehende, gut erhaltene Bau des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums (etwa Bildmitte) zu erkennen. (Institut für Raumforschung 1953)

Während der DDR-Zeit wurde der Baukomplex im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten instandgehalten und modernisiert. So erneuerte man etwa die Dächer 1984 mit Aluminiumblechen (HPP 20, S. 24). Im Bereich der elektrotechnischen Anlagen wurde noch 1988 in größerem Umfang modernisiert.

Seit der deutschen Vereinigung im Herbst 1990 war das ehemalige Haus der Ministerien Objekt von Investitionen durch die Treuhand bzw. das Bundesvermögensamt in großem Umfang (wohl um 100 Millionen DM), um den Instandhaltungs- und Modernisierungsrückstand der letzten Jahrzehnte aufzuholen. Dabei wurden etwa die Sanitärinstallation erneuert und das Rechenzentrum modernisiert. Im Bereich der mit Zinkblechen neu eingedeckten Dächer wurden Wärmedämmmaßnahmen durchgeführt (HPP 20 S. 24). Die Büroräume wurden zur Nutzung moderner Kommunikationstechnologien verkabelt, der Fußbodenbelag, die Marmor- und Holzflächen instandgesetzt, die Wandflächen mit einem weißen Anstrich versehen. Selbst das Kunstwerk von Max Lingner am Vorplatz wurde restauriert. Zur Zeit wird der 1960 geschaffene Speisesaal mit einem Kostenaufwand von knapp 20 Mio. DM vollständig erneuert. Die Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten seit der "Wende" erfolgten unter Einbeziehung des Berliner Landeskonservators. Dennoch müssen leider wichtige historische Dokumente als verloren gelten.

Auf der Südseite des Komplexes werden zur Zeit erste Erfahrungen mit der Instandsetzung der Muschelkalkplattenfassaden gesammelt. Im Inneren der in der DDR-Zeit errichteten Ziegelmauer zur Niederkirchnerstraße verbirgt sich noch das alte Gitter, das demjenigen des "Ehrenhofes" entspricht. Die ursprüngliche moderne Großraumgarage mit ihrer beeindruckenden Raumstruktur ist durch die in der DDR-Zeit vorgenommenen Unterteilungen nicht mehr erlebbar.

Heute beherbergt der Baukomplex nach HPP International ca. 2.000 Büroräume, darunter 1-Achs-Räume mit ca. 16 m² (1.735 Räume), 2-Achs-Räume mit ca. 32 m² (220 Räume) und Räume mit mehr als 32 m² (36 Räume). Dazu kommen ca. 19 Besprechungsräume, 3 Sitzungszimmer und Räume für spezielle Funktionen. Die Grundstücksfläche beträgt 45.700 m², die überbaute Fläche 22.500 m², die BGF 104.500 m² und die Hauptnutzfläche 49.300 m². (20, S. 10)

2.3 Zur Nutzung

Trotz der Würdigung des Komplexes als "majestätischer Bau" und "Monument großer Zeit" war der Bürobau für Reichsluftfahrtminister Hermann Göring schon vier Jahre nach seiner Fertigstellung keine angemessene Adresse mehr. Göring ließ sich zu diesem Zeitpunkt "von Albert Speer an der geplanten Nord-Süd-Achse in der Nähe des 'Runden Platzes' ein 'Reichsmarschallamt' projektieren, in das auch die wichtigsten Stäbe und Dienststellen des Luftfahrtministeriums einziehen sollten." (Schäche 1991, S. 224)

Das Reichsluftfahrtministerium war nicht nur ein Verwaltungsbau zur Vorbereitung des Krieges, sondern auch eine Aktionsplatz der antifaschistischen Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack ("Rote Kapelle"), eine der größten deutschen Widerstandsgruppen. Im Gebäude wurde auch ihr Kopf, Harro Schulze-Boysen, Oberleutnant der Luftwaffe, festgenommen. Am 22.12.1942 ließen die nationalsozialistischen Machthaber Schulze-Boysen in Berlin-Plötzensee hinrichten.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der kaum zerstörte Ministeriumsbau zunächst Sitz der Hauptabteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland ("HA SMAD").

Am 14.6.1947 etablierte sich dort wie im ehemaligen preußischen Abgeordnetenhaus die auf Befehl der SMAD gebildete Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) als Koordinationsorgan der in den Länderregierungen der sowjetischen Besatzungszone eingerichteten Zentralverwaltungen.

Nach der Konstituierung der provisorischen Volkskammer der DDR am 7.10.1949 im ehemaligen "Ehrensaal" wurde das Gebäude samt den benachbarten preußischen Bauten zum ersten zentralen Verwaltungssitz der wichtigsten Ministerien sowie erster Amtssitz des Präsidenten. Erst im Zuge des langsamen Ausbaus des Marx-Engels-Platzes verschob sich der räumliche Schwerpunkt der DDR-Staatsverwaltung in Richtung altes Zentrum.

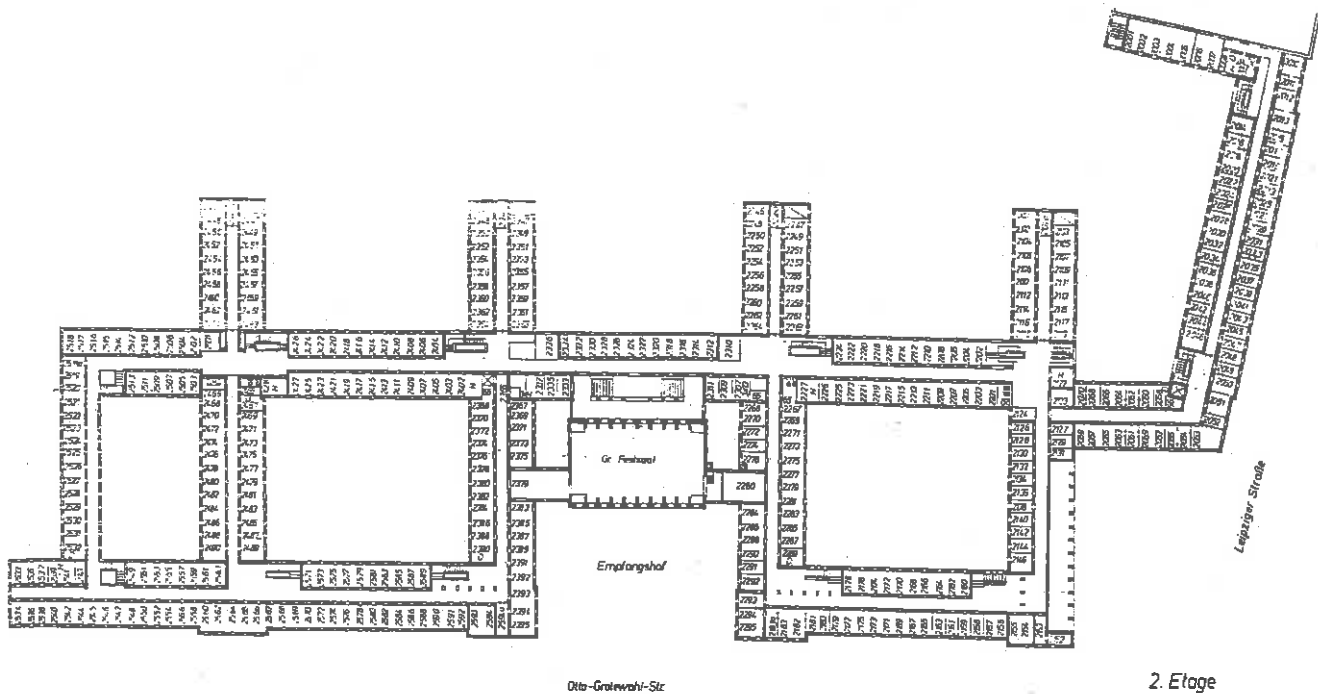
Vor dem Hintergrund der weiteren Differenzierung der staatlichen Verwaltung der DDR zogen nach und nach der Volkswirtschaftsrat der DDR, die Staatliche Plankommission, das Büro der Regierungskommission für Preise, das Zentrale Staatliche Vertragsgericht und das 1959 aus der Reichsbank ausquartierte Ministerium für Finanzen in den großen Gebäudekomplex ein (Lange 1963, S. 249). Dazu kamen u.a. die Ministerien für Allgemeinen Maschinenbau, für bezirksgeleitete Industrie, für chemische Industrie, für Leichtindustrie, für Materialwirtschaft sowie für Schwermaschinen- und Anlagenbau. In dieser Zeit wurde das "Haus der Ministerien" zu einer "Stadt in der Stadt" (Hain 1993), einem gut funktionierenden Mechanismus mit Rundum-Betreuung durch Poliklinik, Einkaufsbereiche, Friseur, Kosmetikabteilung, Post usw.

Nach der "Wende" wurde der Baukomplex (etwa 46.800 m² Gesamthauptnutzfläche) als Sitz der Treuhand ("Detlev-Rohwedder-Haus") international bekannt und auch gelegentlich Objekt einer Protestdemonstration. Neben der Treuhandanstalt, die etwa 70 % der Gebäude nutzt, finden sich heute in dem Bau noch das Bundesministerium der Finanzen, Außenstelle Berlin, (etwa 8.000 m²),



Nach Gründung der DDR wurde das ehemalige Reichsluftfahrtministerium zu einem "Verwaltungszentrum" Ost-Berlins (Haney 1950)

der Bundesrechnungshof (etwa 2.800 m²) sowie einige kleinere Einrichtungen wie etwa das "Gesundheitszentrum am Potsdamer Platz" (ehemalige Poliklinik). In den etwa 2.000 Büroräumen sind gut 2.000 Mitarbeiter tätig. Insgesamt stehen in der Tiefgarage 126 und auf den Freiflächen des Grundstücks 120 Stellplätze zur Verfügung.



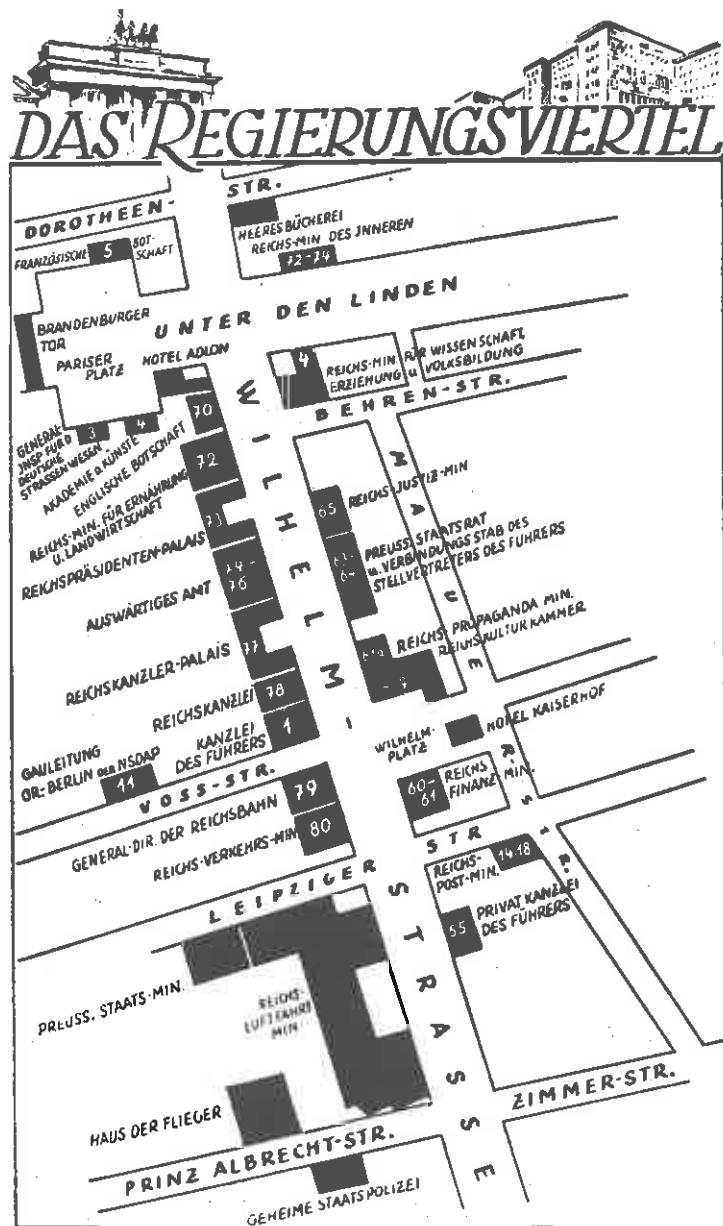
Treuhandgebäude: Lageplan der 2. Etage (SenBauWohn)

2.4 Städtebauliche Situation

Mit dem gewaltigen Bau des Reichsluftfahrtministeriums war der städtebauliche Anspruch der NS-Planung in der südlichen Wilhelmstraße noch keineswegs erfüllt. Das zeigt vor allem der "Ehrenhof", der anfangs noch gar nicht vorgesehen war. Die Anlage dieses Hofes, so die Argumentation, verlange auch eine städtebauliche Neuordnung der Bebauung auf der gegenüberliegenden Seite der Wilhelmstraße, welche den Hof erst richtig zur Wirkung kommen ließe. Tatsächlich brachte der nationalsozialistische Staat durch Enteignung jüdischer Haus- und Grundbesitzer vor dem Hintergrund der "Neugestaltung der Reichshauptstadt" bereits ab 1937 die Grundstücke der Wilhelmstraße jenseits des Reichsluftfahrtministeriums in seinen Besitz, um dort den Neubau eines Reichspostministeriums vorzubereiten (Korneli u.a. 1992, S. 28).

Durch den Krieg hatte sich der städtebauliche Kontext grundlegend verändert. Aus der dichten Bebauung im Umfeld des Komplexes haben die Kriegszerstörungen und die späteren Grenzanlagen eine Stadtbrache im Schatten der Zentrumsentwicklung gemacht. Vergleichbar der Solitärsituation des früheren Reichsbankgebäudes steht der riesige Baukomplex des früheren Reichsluftfahrtministeriums mit dem alten preußischen Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus weitgehend räumlich isoliert im jahrzehntelangen "Unraum" des Grenzgebietes an der Mauer. Sowohl die Sprengung der früheren

Reichskanzlei durch die Alliierten als auch die im Zuge des Ausbaus der Grenzanlagen erfolgende Radikalbeseitigung der ausgebrannten Gebäuderuinen entlang der Wilhelm- und Leipziger Straße, in den Ministergärten sowie am Leipziger und Potsdamer Platz haben den gewachsenen Stadtraum in diesem Gebiet am Westende der Leipziger Straße fast völlig zerstört. Dieser Verlust wurde auch durch vereinzelte, seit Beginn der 80er Jahre errichtete Neubauten entlang der Leipziger Straße westlich der Friedrichstraße (Wohnungsbau Nordseite, Bulgarische Botschaft Südseite) sowie die Wohnbauten im Raum Otto-Grotewohl-Straße zwischen Voßstraße und Behrenstraße nicht korrigiert, sondern nur unterstrichen. Die Verhältnisse auf ehemals West-Berliner Gebiet sind ähnlich: Das Kulturforum wie der Martin-Gropius-Bau sind als Solitärkomplexe nicht in den städtischen Zusammenhang integriert. An die historische Regierungseile Wilhelmstraße erinnert - neben dem Komplex des Reichspropagandaministeriums am früheren Wilhelmplatz - nurmehr der Bau von Ernst Sagebiel. Bis heute fehlen - trotz umfangreicher Wettbewerbstätigkeit für Teilgebiete in der näheren Umgebung - überzeugende Konzepte zur städtebaulichen Neugestaltung des Nahbereichs des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums.



Das Regierungsviertel in der NS-Zeit (Trurnit 1936)

2.5 Bewertungen und Empfehlungen des HPP-Gutachtens

Das Gutachten von HPP International kann in keiner Weise als Empfehlung zum Abbruch des Gebäudes des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums interpretiert werden.

Allerdings werden zahlreiche negative Aspekte erwähnt, die zum Teil die Substanz des Baudenkmals betreffen. So werden die Holzfenster (Verbundfenster mit zweischaliger Verglasung) als "nicht geeignet" eingestuft. Begründet wird dies nicht nur mit "ausgelassener Wartung", sondern auch mit mangelnder Modernität: "Zudem sind die Beschläge in ihrer Konstruktion und Funktion veraltet. Obwohl der Wärmedurchgangskoeffizient der Konstruktion heute verwendeten isolierverglasteten Fenstern entspricht, müssen die Fensteranlagen im Hinblick auf Luft- und Schlagregendichtigkeit als unzeitgemäß bezeichnet werden. Dies gilt ebenfalls für die zu Reinigungszwecken aufzuklappenden Innenflügel der Verbundfenster. Hier kommt es zu erhöhter Verschmutzung im Luftzwischenraum." (S. 26) Ähnlich wird bei den Holztüren argumentiert (Luftschallschutz nicht zeitgemäß), während die weit verbreiteten Türgewände in Naturstein, der Natursteinsockel und die Beläge im Flurbereich als "geeignet" gelten. (20, S. 7)

Bei der Darstellung der Standsicherheit wird zwischen dem Gebäudeteil "1. bis 7. Geschöß einschließlich der Dächer" und dem Sockelgeschöß und Tiefkeller unterschieden. Für den ersten Bereich ist zu sagen, "daß sichtbare Schäden aus statischer Sicht äußerst geringfügig sind und sich auf leicht sanierungsfähige Schäden an der Dachdecke beschränken." (S. 19) Das gilt für den zweiten Bereich nicht. "Dringender Sanierungsbedarf besteht in großen Bereichen des Kellers (Korrosion der Bewehrung der Stahlbetondecken)." (S. 22) Die Art der Befestigung der Natursteinplatten bringt weitere Probleme, hier besteht Absturzgefahr. "Es ist damit zu rechnen, daß ein Prozentsatz zwischen 20 und 80 % der Platten zumindest abgenommen und neu befestigt werden müssen." (S. 22) Hinsichtlich der Gründung des Baukomplexes wird festgestellt, "daß keine Anzeichen für Mängel oder unzureichende Tragfähigkeiten der Fundierung vorliegen." (S. 22) Was die Umbaumöglichkeiten betrifft, so wird dem Komplex "mit gewissen Einschränkungen" eine "gute" Anpassungsfähigkeit und Umbaubarkeit bescheinigt. (S. 22) "Aus bauphysikalischer Sicht ist das hier bewertete Gebäude in seiner Grundkonstruktion pauschal für eine weitere Büronutzung verwendbar. Keller und insbesondere die Fassade sind nach heute gültigen Gesichtspunkten auf dieser Basis sanierbar. Dies gilt ebenfalls für die heutigen Ansprüche an den Schallschutz im Inneren des Gebäudes." (S. 28) Hinsichtlich der technischen Gebäudeausstattung "ist es noch mit vertretbarem Aufwand möglich, das Gebäude so zu gestalten, daß eine moderne Büronutzung möglich wird." (S. 35) Anders als beim Reichsbankbau wird die Raumtiefe wie die Raumhöhe als akzeptabel bezeichnet (S. 39).

Das Gutachten weist auf die umfangreichen Maßnahmen zur Instandsetzung und Modernisierung des Baus in den letzten Jahren hin. Wieder wird aber problematisiert, daß die Sanierungsmaßnahmen der Technik "lediglich der Wiederherstellung eines alten Zustandes" dienen. "Die vorgesehene Integration modernster Bürotechnik in das Gebäude ist nur unter nochmaligem Umbau vorhandener bzw. bereits sanierter Anlagenteile möglich." (S. 36) Diese Einschätzung wird nicht näher begründet und quantifiziert, sie ist in dieser Pauschalität auch nicht nachvollziehbar.

Die historischen Aspekte des Gebäudes werden im Unterabschnitt "Geschichtliches" auf sechs Zeilen abgehandelt (S. 18), die "Städtebauliche Situation" wird ebensowenig genauer analysiert (S. 11).

Abschließend wird die Möglichkeit der Sanierung zumindest nicht rundweg in Frage gestellt: "Nach überschlägiger Ermittlung ist davon auszugehen, daß der Sanierungsaufwand gerade noch den Herstellkosten für einen Neubau entspricht, bzw. im Verhältnis zu den anderen Liegenschaften, nur geringfügig höher ist." Die Wirtschaftlichkeit eines Neubaus ist allerdings - vor allem wegen der hohen Flächenanteile für Sonderräume und Verkehrswege - durch eine Sanierung nicht zu erreichen. "Es wird darauf hingewiesen, daß das hier zu bewertende Objekt im Vergleich mit den anderen begutachteten Liegenschaften das günstigste Ergebnis zeigt. Aufgrund der Verantwortung des Bundes für denkmalgeschützte Bauwerke könnte die Sanierung und Nutzung des Gebäudes am ehesten vertreten werden." (S. 40)

2.6 Zum Umgang mit Stadtraum und Gebäude

In stadträumlicher Hinsicht bedarf der Bau entlang der Leipziger und ehemaligen Wilhelmstraße einer neuen stadträumlichen Fassung. Dabei sollte der "Ehrenhof" keine irgendwie geartete Entsprechung auf der gegenüberliegenden Straßenseite finden, sondern negiert werden. Aufgrund der großen Gefahr einer funktionalen Monotonie der Straßenzüge entlang der Fronten des historischen Baukomplexes sollte nicht nur bei den gegenüberliegenden Neubauten in den Erdgeschoßzonen städtische Nutzungen vorgesehen werden, sondern auch beim ehemaligen Reichsluftfahrtministerium selbst die Öffnung des Erdgeschoßbereichs für städtische Nutzungen geprüft werden. Überlegenswert ist eine Öffnung des "Ehrenhofs" durch Niederlegung des Gitters, eine Neugestaltung des Hofes und eine bauliche Akzentsetzung, die die starre Axialität des Hofraums aufbricht. Der den Hofraum bestimmende Festsaal sollte ebenfalls verfremdet werden. Neue architektonische Akzente könnten auch im Bereich des Vorplatzes Ecke Leipziger/ehemalig Wilhelmstraße und an der langgestreckten Fassade an der Leipziger Straße gesetzt werden. An der Niederkirchnerstraße sollte - soweit vorhanden - der vermutlich durch eine Mauer nur umkleidete Zaun wieder freigelegt werden. Besonderer Anstrengung bedarf die Gestaltung des ehemals berühmten Gartens.

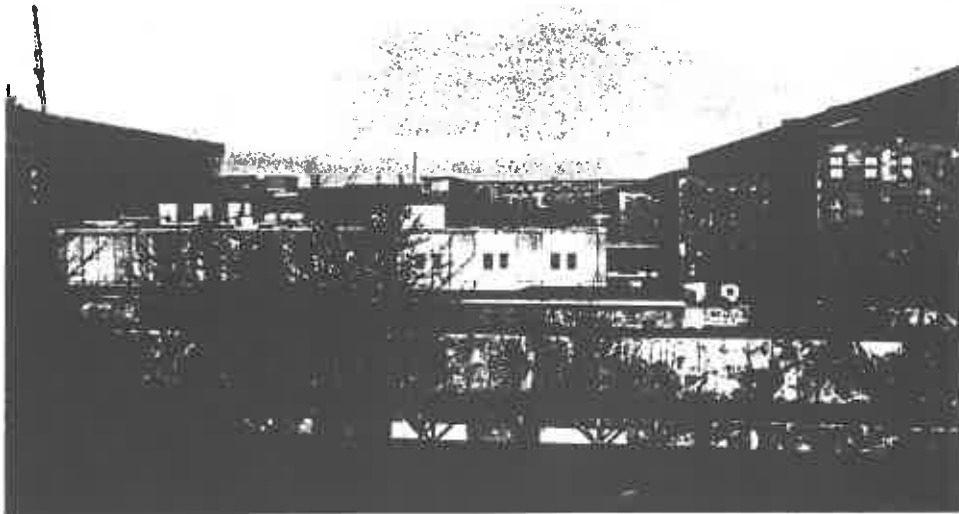
Wichtig ist - auch im Hinblick auf das im Süden angrenzende, durch die Terrororganisationen des NS-Staates geprägte Areal - eine angemessene Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand im Reichsluftfahrtministerium. Es ist auch sehr zu begrüßen, daß das Berliner Abgeordnetenhaus sich durchgerungen hat, den Namen Niederkirchnerstraße, der an die am 28.9.1944 im KZ Ravensbrück hingerichtete kommunistische Widerstandskämpferin Käthe Niederkirchner erinnert, beizubehalten.



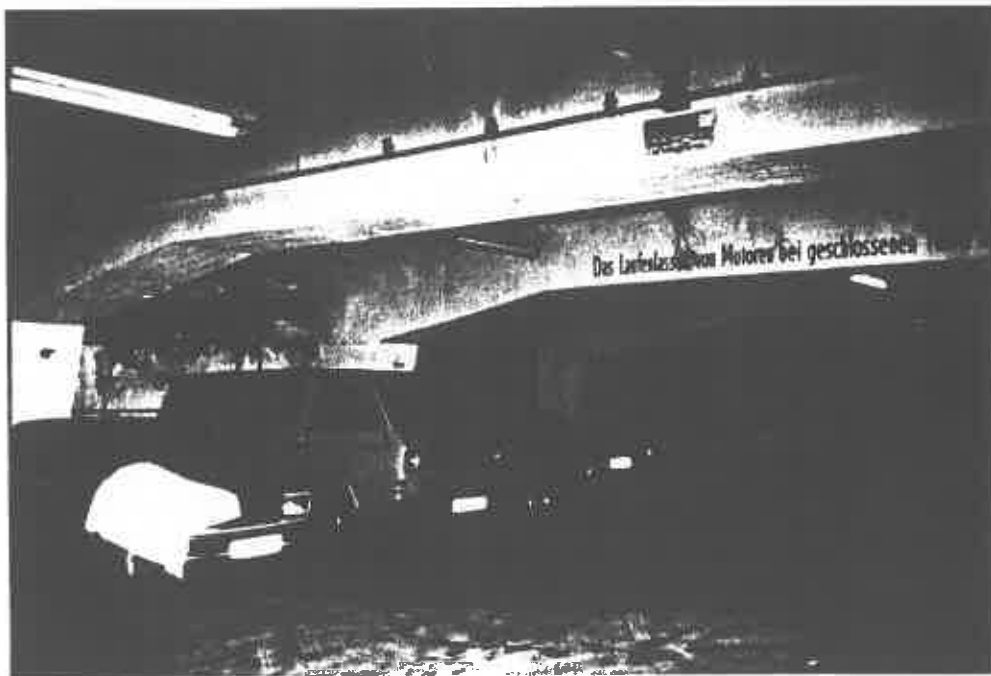
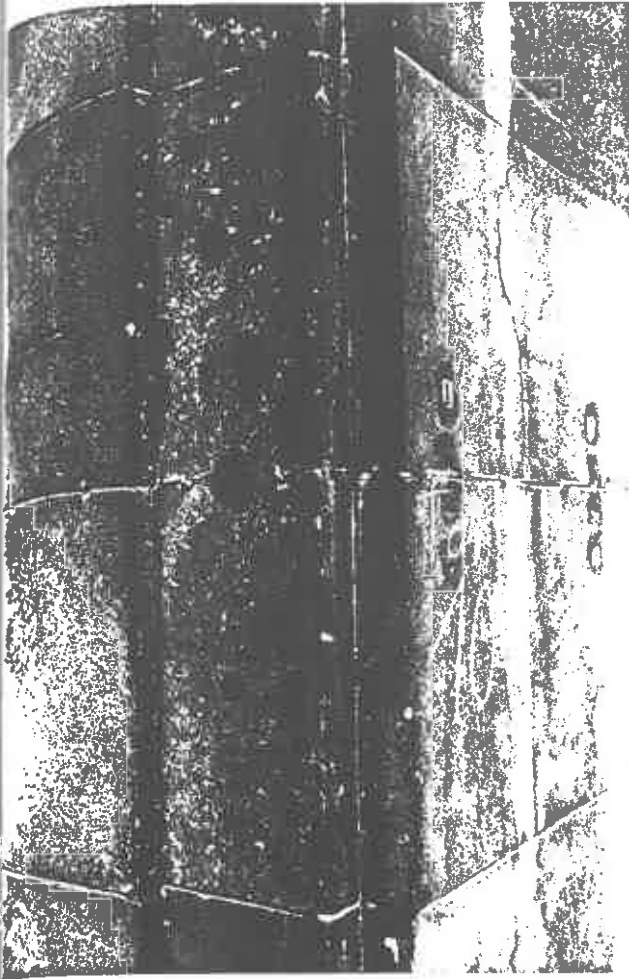
Treuhandgebäude: Baufront an der früheren Wilhelmstraße, Januar 1993. Deutlich wird, wie stark die künftige Bebauung auf der Ostseite der Straße den Eindruck bestimmen wird. (Gruppe DASS)



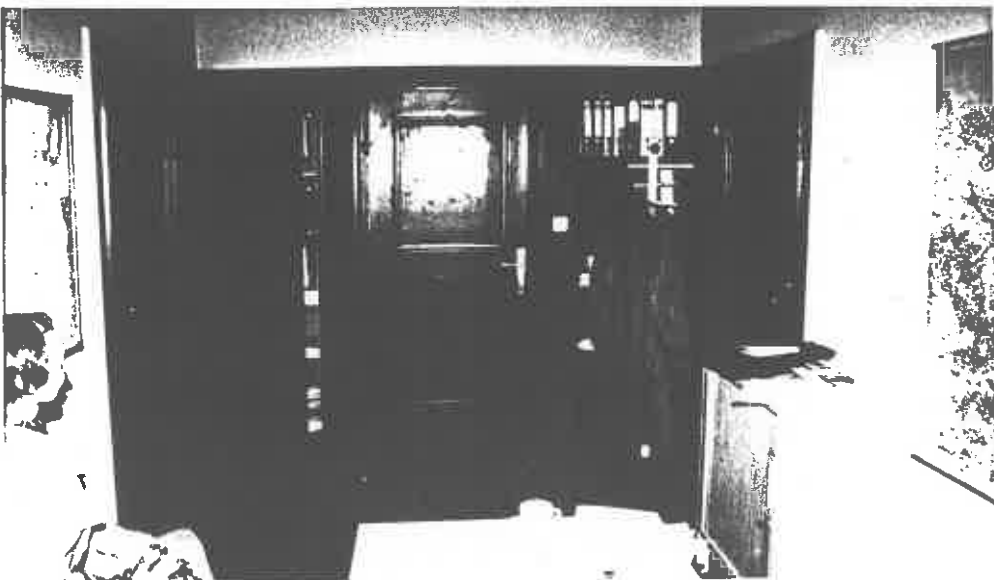
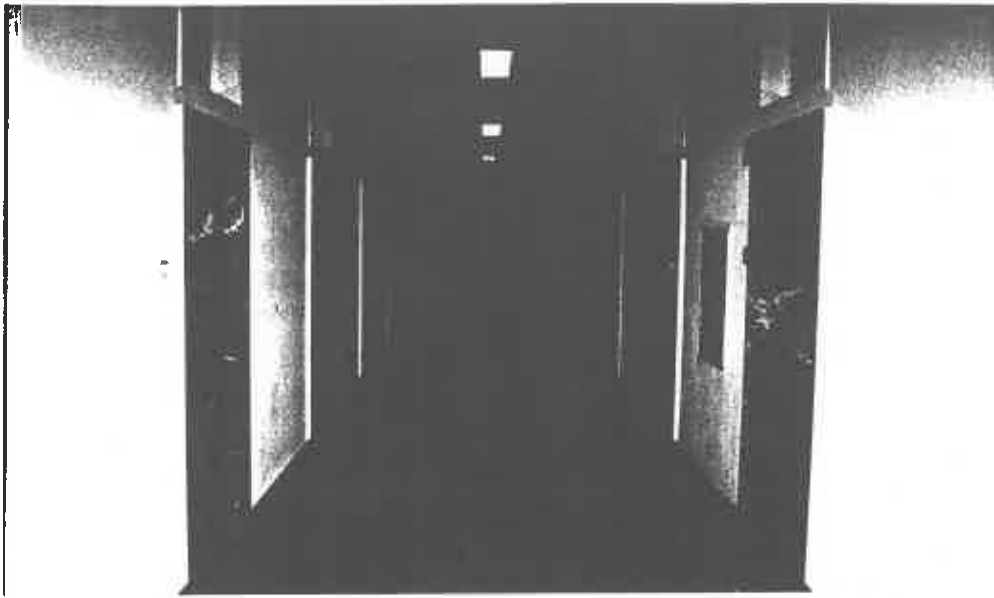
Treuhandgebäude: Vorplatz (oben), "Ehrenhof" (Mitte) und ehemalige Wilhelmstraße (unten), Januar 1993 (Gruppe DASS)



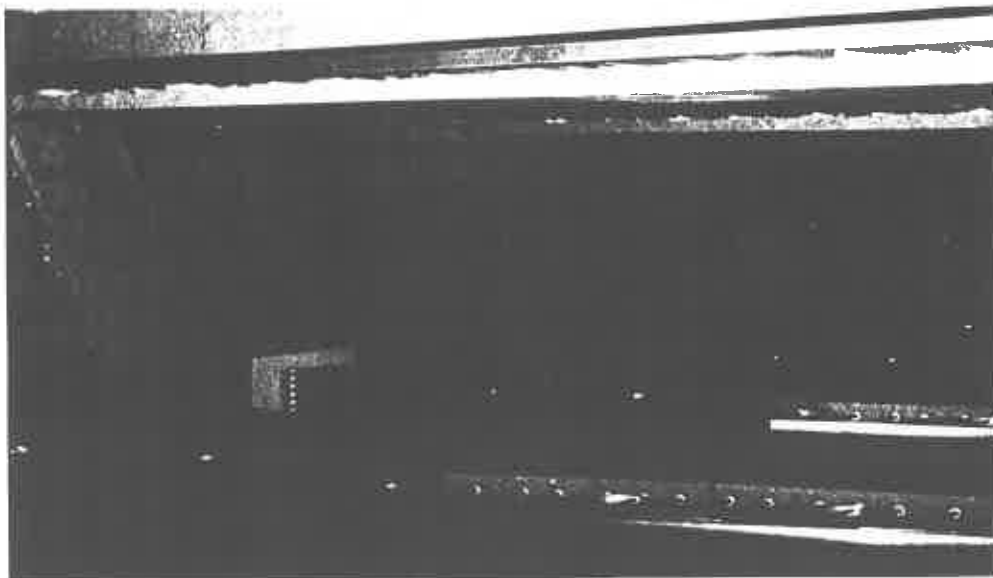
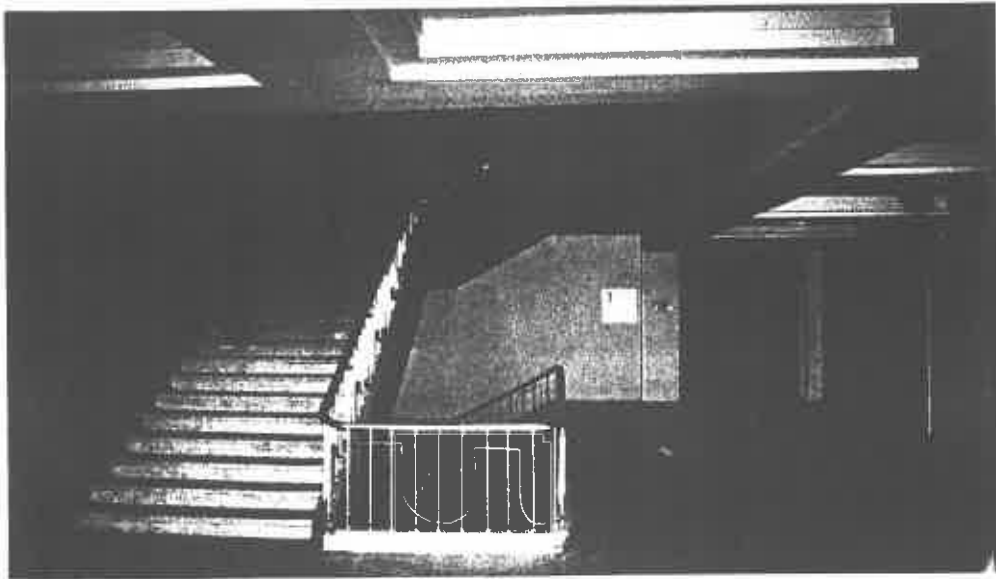
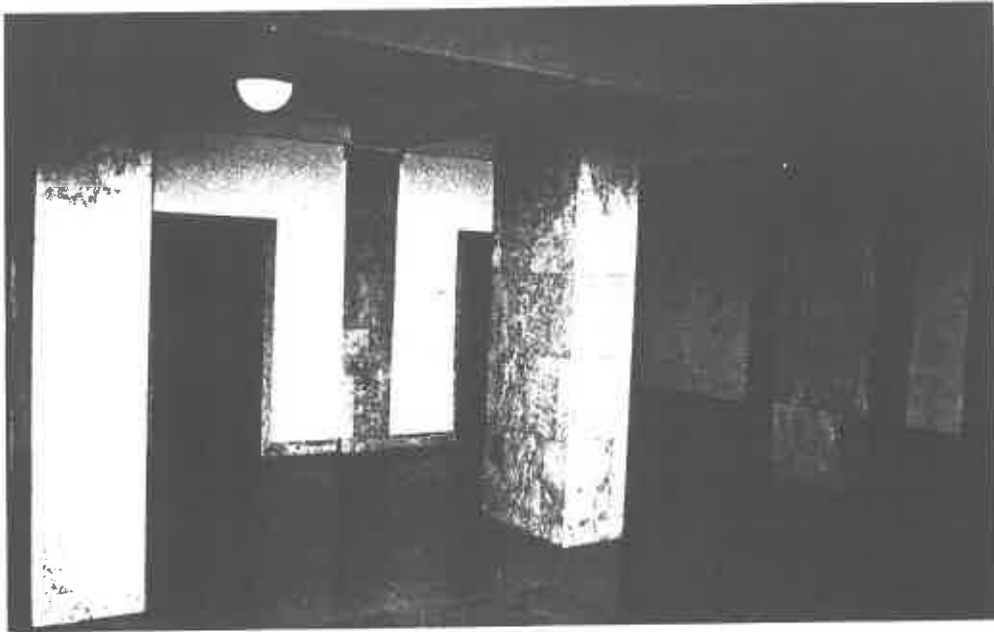
Treuhandgebäude: Front an der Leipziger Straße (oben), Ansicht von Süden (Mitte) und Blick auf das Gartengelände und das ehemalige Herrenhaus (unten), Januar 1993 (Gruppe DASS)



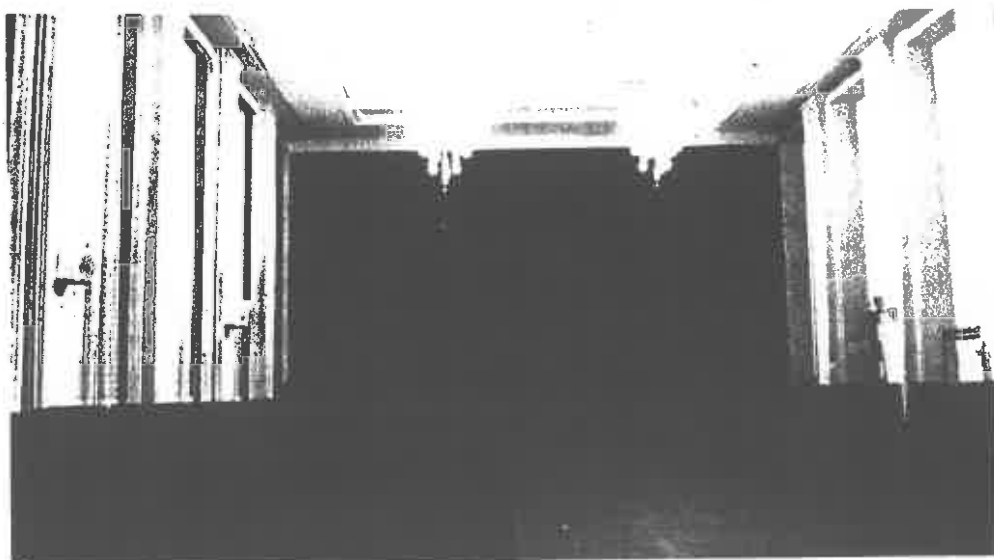
Eckausbildung der Plattenverkleidung durch Rücksprünge, die den Charakter der Verkleidung kaschieren, um die Wirkung eines Werksteingebäudes zu erzielen (links oben). Sanierungsarbeiten an der Südfassade (rechts oben). Ein Teilraum der ehemaligen Großgarage (unten). Januar 1993 (Gruppe DASS)



Modernisierte Innenräume des Treuhandgebäudes: Flur mit Türgewände und Sockelleiste aus Marmor, Büroraum mit Holzeinbauten, Januar 1993 (Gruppe DASS)



Modernisierte Halle und Treppenhaus im Treuhandgebäude, Januar 1993 (Gruppe DASS)



*Repräsentationsbereiche im Treuhandgebäude: Halle, früherer "Ehrensaal" und "Sitzungssaal",
Januar 1993 (Gruppe DASS)*

3. Ehemaliges Staatsratsgebäude

3.1 Zur Geschichte des Standortes

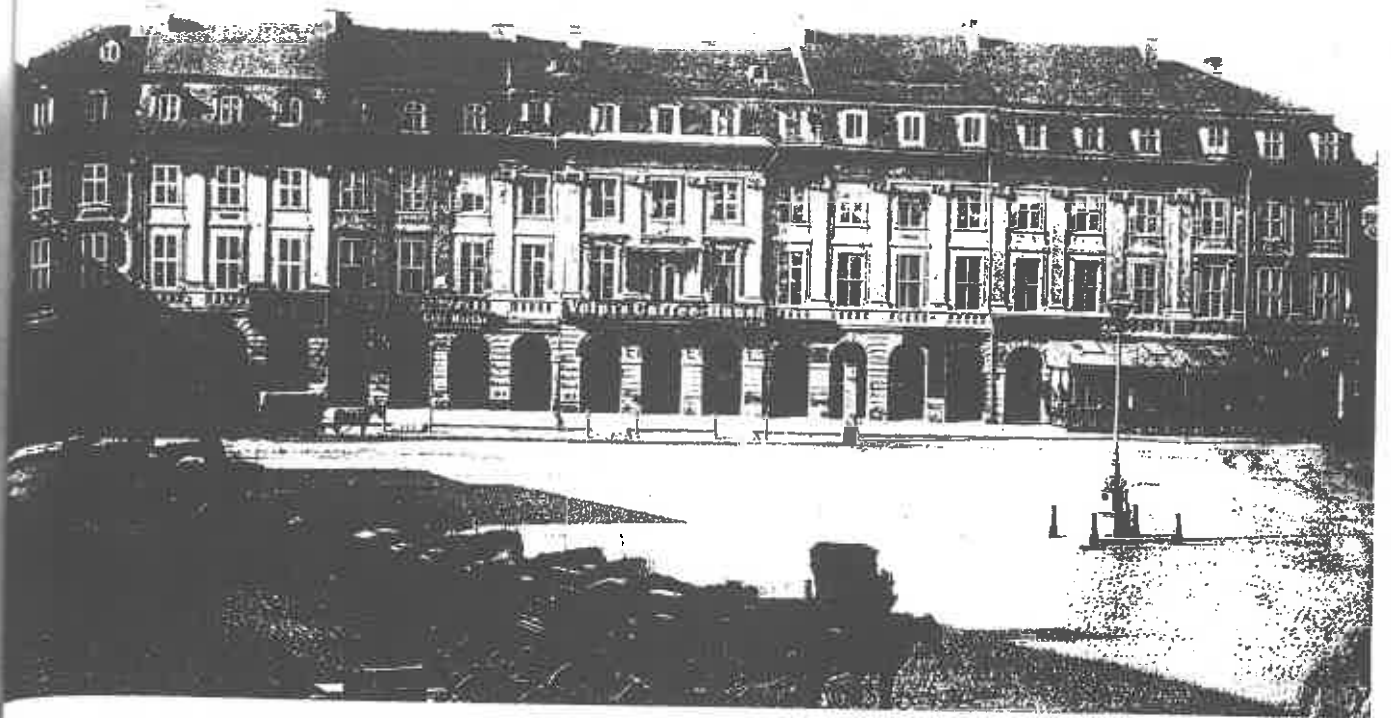
In städtebaulicher Hinsicht markiert der Bau des Amtssitzes des ehemaligen Staatsrates einen Zwischenschritt im Übergang von der durch das Schloß geprägten komplexen Raumfolge zu dem vor allem durch Neubauten gefaßten Großraum des Marx-Engels-Platzes. Begleitet wurde dieser Übergang durch den zeittypischen, fortschreitenden Verfall der Kleinteiligkeit von Parzellen, Gebäuden und Nutzungen, der durch die in der DDR durchgesetzte "freie Verfügbarkeit" von Grund und Boden besonders gefördert wurde.

Das ehemalige Staatsratsgebäude bildet heute - zusammen mit dem Neuen Marstall - den Bereich, den bis zum Zweiten Weltkrieg die südliche Front des Schloßplatzes eingenommen hat. Der Schloßplatz war damals noch Teil einer wichtigen Ost-West-Verkehrsverbindung, die von der Hauptstraße Alt-Berlins, der Königsstraße, über die Kurfürstenbrücke im Osten und die Schleusenbrücke im Westen des Platzes zur Werderstraße mit dem Werderschen Markt und weiter zur Französischen Straße führte.

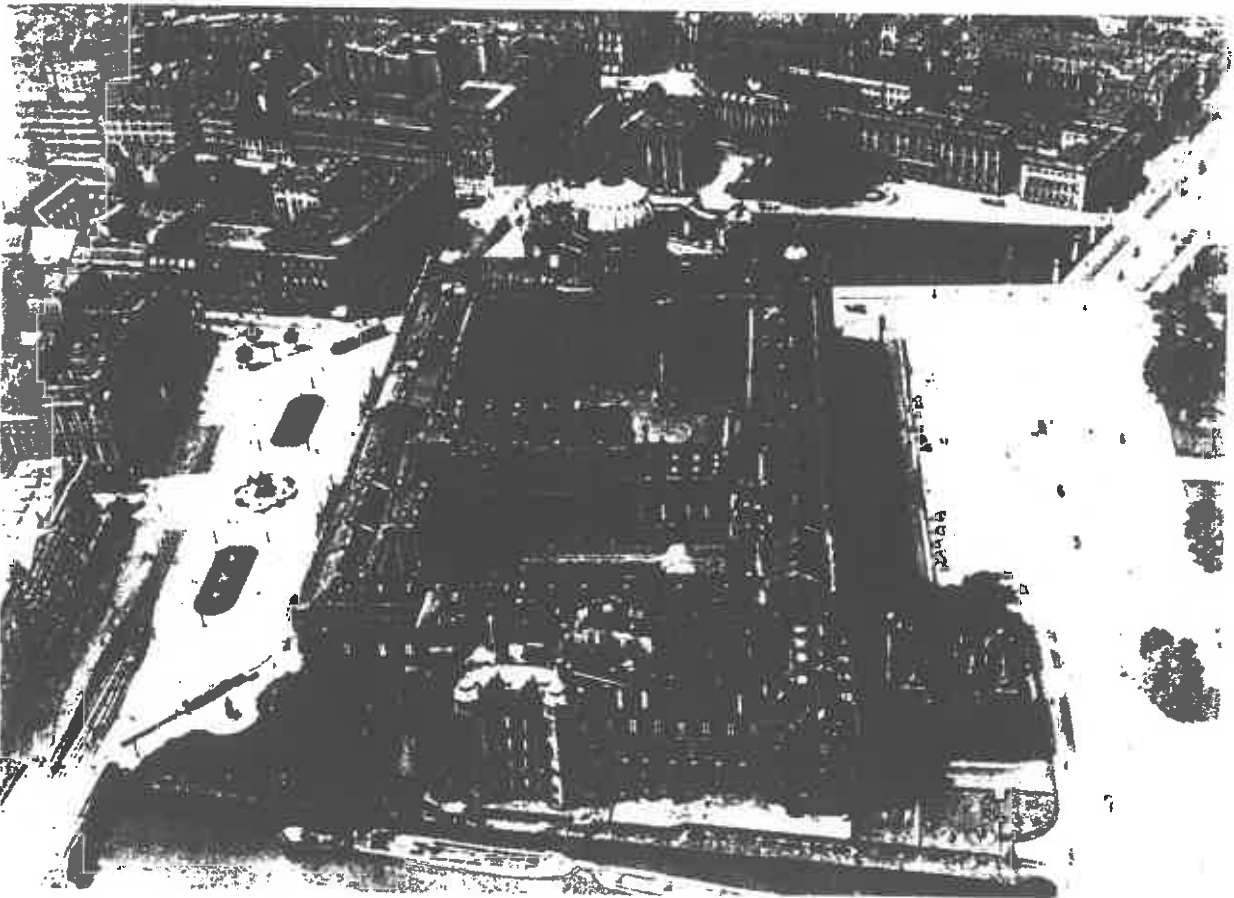
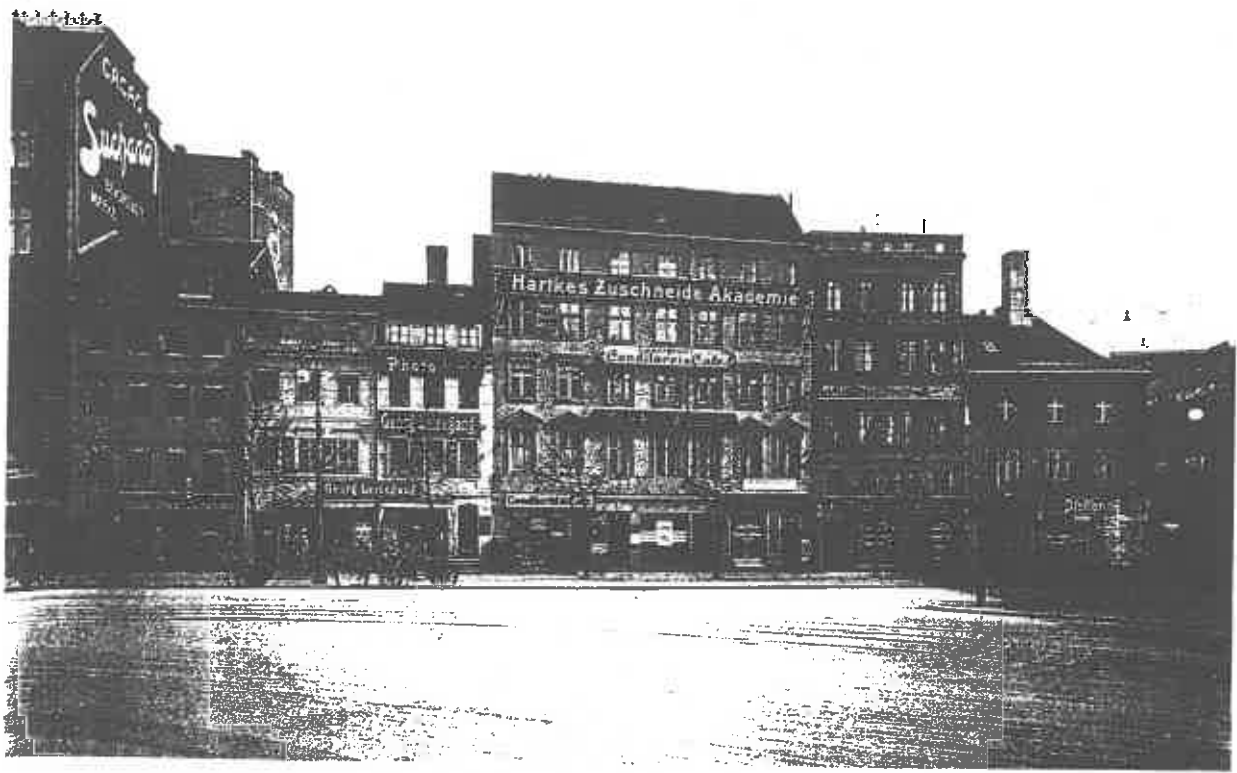
Der Schloßplatz selbst war ein Produkt komplexer Stadtentwicklungsprozesse. Seine südliche Front war noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein durch eine Vielzahl von kleinen Gebäuden auf kleinen Parzellen gekennzeichnet. Im westlichen Bereich, an der Stehbahn, verbargen sich hinter langgestreckten, einheitlich gestalteten Fassaden sieben Einzelgebäude. Hinter den steinernen Bogenlauben im Erdgeschoß dieser Bebauung lagen Kaufmannsgewölbe. Die oft bewunderte Fassadenfront "wurde 1704 von Jean de Bodt entworfen. Bemerkenswert ist die Ähnlichkeit mit der etwa gleichzeitig entstandenen Bebauung des Place Vendôme in Paris. (...) Vermutlich hatte man geplant, den ganzen Schloßplatz in dieser Form zu gestalten, aber der ständige Geldmangel des ersten preußischen Königs Friedrich I. verhinderte die Durchführung." (Volk 1980, S. 123) Zwischen 1864 und 1888 wurde der Baukomplex abgebrochen.

Die Errichtung eines mächtigen Geschäftshauses zwischen der Uferstraße "An der Schleuse" und der Brüderstraße, die einen Teil der Fläche der abgebrochenen Bebauung in Anspruch nahm, bildete 1866/67 den Auftakt der Schaffung von Monumentalgebäuden auf Großparzellen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aufgrund seiner Formen und der Fassadenverblendung durch Klinker erhielt das Gebäude bald den Namen "Rote Burg" bzw. "Rotes Schloß".

Mit dem Bau des Neuen Marstalls 1897-1900 nach Plänen von Ernst von Ihne, der auch das Gebäude der Staatsbibliothek entwarf, erfolgte ein weiterer Schritt zur funktionalen und gestalterischen Reduktion des Platzes. Diesem Neubau mußte eine ganze Reihe von Bürgerhäusern aus der Barockzeit weichen.



Die den Schloßplatz im Westen begrenzen-
 de prächtige Gebäudereihe "An der
 Stehbahn" 1865, kurz vor dem Abriß
 (Bild oben). Die "Rote Burg", über die
 Schleusenbrücke hinweg gesehen, um
 1880. (Frecot/Geisert 1984)



Bebauung zwischen Breite Straße (links, nicht mehr im Bild) und Brüderstraße (rechts), um 1910 (Bild oben). Luftbild des Schlosses mit Schloßplatz (links), um 1925 (Bild unten). (Frecot/Geisert 1984; Fischer/Bodenschatz 1992)

Dem wachsenden Druck zur Schaffung von Großbauten auf Großparzellen konnte lediglich die Gebäudefront zwischen Breite Straße und Brüderstraße standhalten. Die meisten Gebäude dieses Platzabschnitts, die bis zum Abbruch der Dominikanerkirche 1747 an der durch diese mitgebildeten engen "Domgasse" standen, gingen "in ihrer Anlage und Bausubstanz noch auf das Mittelalter zurück. Lediglich das Eckhaus zur Breiten Straße war ein Neubau vom Ende des 19. Jahrhunderts." (Volk 1980, S. 124)

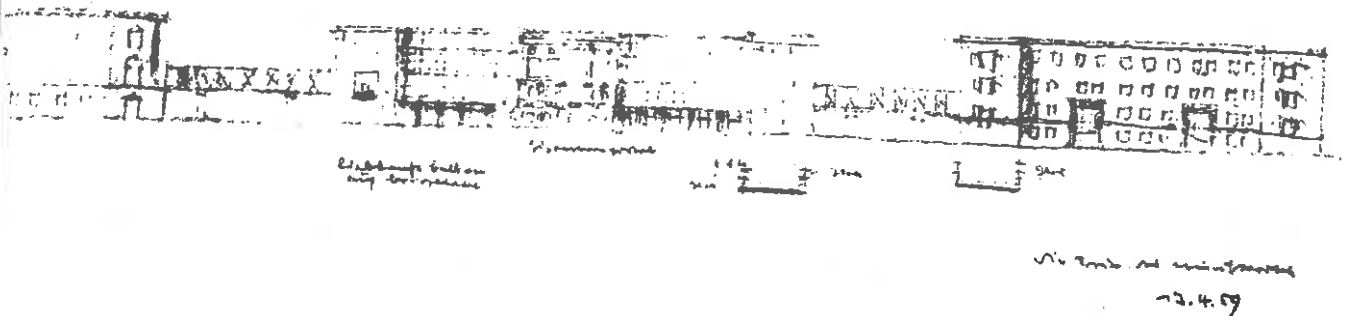
Im Zusammenhang mit der Planung des Durchbruchs der Jägerstraße bis hin zum Schloßplatz (vgl. Abschnitt 1.1) war auch eine durch Kolonnaden gesäumte Neubebauung des durch das "Rote Schloß" markierten Bereichs zwischen An der Schleuse und An der Stehbahn vorgesehen. Ein 1939 von Richard Ermisch vorgelegtes Projekt, das den westlichen Bereich des späteren Staatsratsgebäudes besetzt hätte, wurde nicht realisiert (Ermisch/Weber 1971, S. 58).

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Südfront des Schloßplatzes weitgehend zerstört. Nach dem Abriß des teilzerstörten Schlosses 1950 erinnerte dort allein der Neue Marstall an die baulichen und städtebaulichen Verhältnisse vor dem Zweiten Weltkrieg. Während der gesamten 50er Jahre wurde um die Gestaltung dieses Bereichs, der zum zentralen Regierungsraum der DDR bestimmt war, gerungen. Der Bau des Staatsratsgebäudes, annähernd zeitgleich mit dem Gebäude für das Außenministerium errichtet, markierte einen ersten, städtebaulich wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer neuen Raumgestaltung in diesem Bereich. Er ist zugleich Ausdruck des Planungsstandes zu Beginn der 60er Jahre.

3.2 Das Gebäude

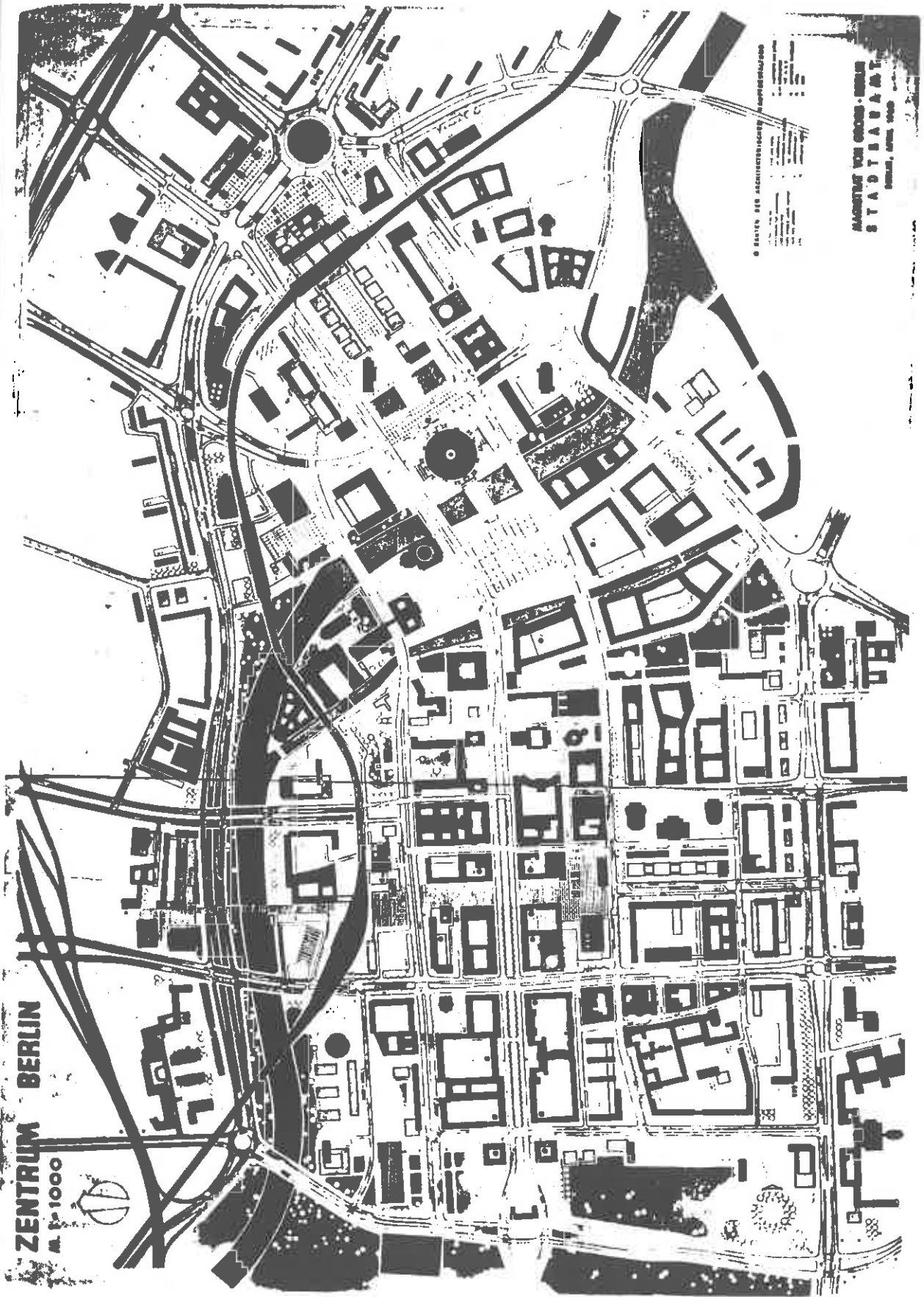
Nach der Sprengung des teilzerstörten Schlosses und der Anlage eines auf dieser Fläche neu geschaffenen Aufmarschplatzes mit Teilruinen als Hintergrundkulisse entstand die Notwendigkeit, diesem Platz mit dem geplanten "zentralen Gebäude" (Hochhaus für Regierungseinrichtungen) eine neue bauliche Begrenzung in Form von "Platzwänden" zu geben. Die Raumgestaltung dieses als "Mittelpunkt des Stadtzentrums" und "Ort der Stadtkrone und des architektonischen Höhepunktes" verstandenen Platzes war seit 1952 Gegenstand unterschiedlicher Gestaltungsvorschläge. Zuerst war im Bereich des späteren Staatsratsgebäudes eine neue Oper geplant (vgl. etwa Geist/Kürvers 1989, S. 320).

Im Juli 1958 wurde auf dem V. Parteitag der SED gefordert, "die Zentren der zerstörten Städte bis 1965 wiederherzustellen. Von besonderer Wichtigkeit ist der Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt der DDR, Berlin." (Zit. nach Tscheschner 1991, S. 11). Bereits am 7.10.1958 folgte die Ausschreibung eines "Ideenwettbewerbs zur sozialistischen Umgestaltung des Zentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin", an dem sich 56 Kollektive beteiligten. Der Wettbewerb war am 29.9.1959 abgeschlossen. Unter den Arbeiten, die zusätzlich "außer Konkurrenz" präsentiert wurden, befand sich auch ein Entwurf von Hermann Henselmann, der die Errichtung eines Fernsehturms vorsah. Diese Arbeit stand im Gegensatz zu der noch dominanten Idee, den Platz durch ein Hochhaus für den Ministerrat und die Volkskammer zu krönen. Allerdings war unter den Teilnehmern die Hochhausidee auf wenig Gegenliebe gestoßen und besonders von den sowjetischen Architekten ignoriert worden. In den Wettbewerbsentwürfen waren mehrere Vorschläge zur Schließung der südlichen Platzwand durch ein langgestrecktes, die Brüderstraße überbauendes Gebäude unterbreitet worden.

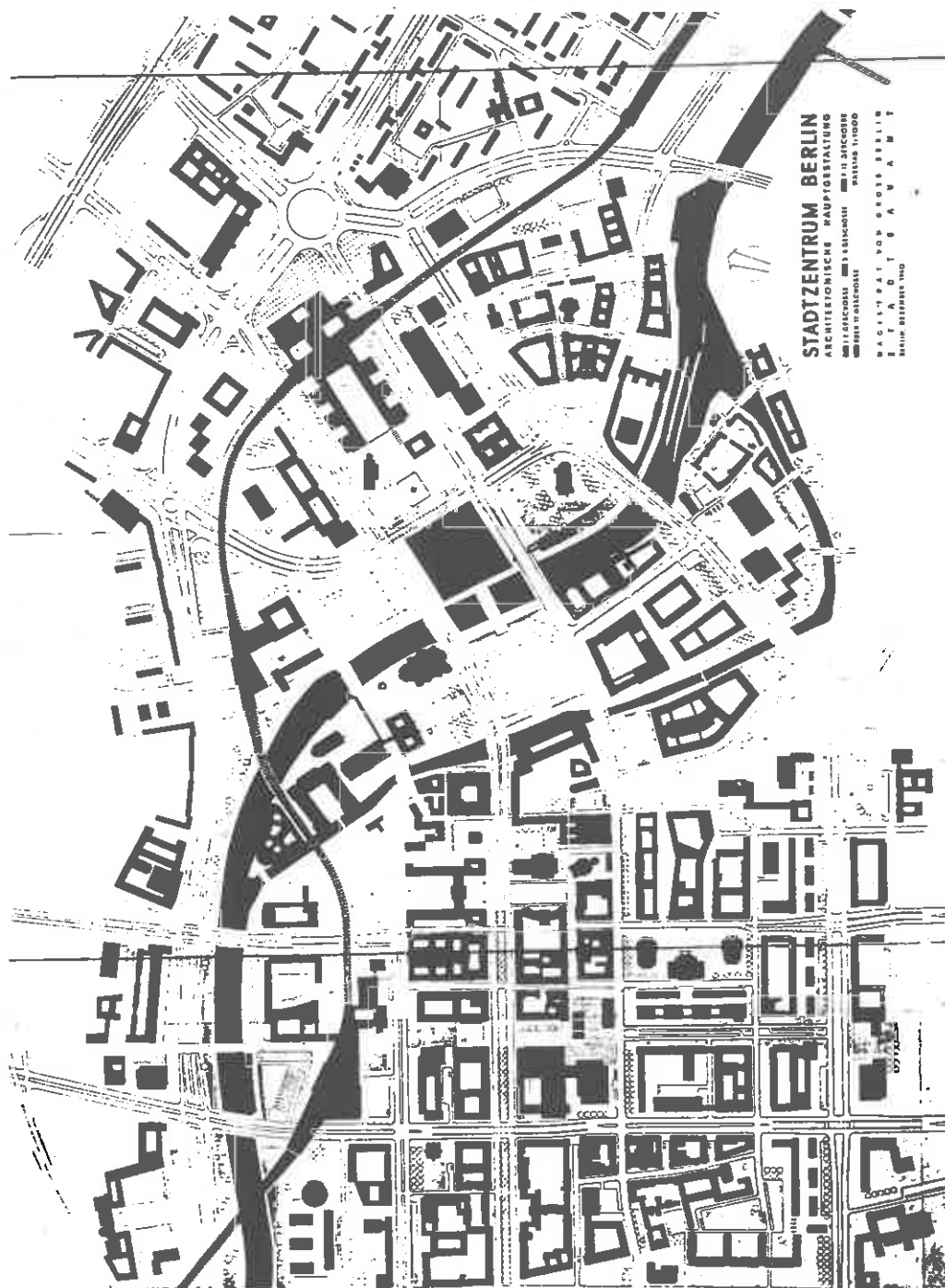


Entwurfsmodell von Hermann Henselmann, Wettbewerbsbeitrag "außer Konkurrenz", mit Fernsehturm und (rechts vorne) einem zurückgesetzten Gebäude für den Ministerrat mit Schloßportal, 1959 (Bild oben). Vorschlag zum Einbau des Schloßportals in das geplante Gebäude des Ministerrates im Bereich des späteren Staatsratsgebäudes, Skizze von Hermann Henselmann vom 13.4.1959 (Sammlung Bergander; Henselmann 1978)

Während der öffentlichen Ausstellung der Wettbewerbsentwürfe im Oktober 1959 erregte das Modell von Hermann Henselmann wegen seiner modernen und weiträumigen Auffassung besonderes Interesse. Auch enthielt sein Entwurf erstmals den Vorschlag zum Einbau des Schloßportals. Henselmann hatte das Gebäude des Ministerrates an der Südseite des Marx-Engels-Platzes ausgewiesen. An diesem Gebäude, so Henselmann damals, sollten "Teile des ehemaligen Schlosses wieder eingebaut werden, an der Vorderfront das Liebknechtportal (...), im Hof, der die entsprechenden Abmessungen erhält, die drei Schlüterportale" (Henselmann 1978, S. 107).



Bebauungskonzeption für das Zentrum Berlin, zweite Wettbewerbsphase, Kollektiv Kaiser, Gericke, Schweizer, März/April 1960 (Sammlung Tscheschner)



Die im April 1961 durch die Stadtverordnetenversammlung bestätigte Baukonzeption für das Zentrum Berlin, Entwurf Schweizer, Tscheschner, Martinetz (Sammlung Tscheschner)

Im Frühjahr 1960 folgte dem öffentlichen Wettbewerb eine intern durchgeführte zweite Wettbewerbsphase, an der sich drei aus den Preisträgern gebildete Kollektive beteiligten. "Letztlich wurde der Kollektivarbeit des Stadtbauamtes (Kaiser, Gericke, Schweizer) der Vorzug gegeben, die in einer weiteren Bearbeitungszeit so verdichtet wurde, daß sie als erster Bebauungsplan für das Zentrum im April 1961 durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung bestätigt wurde." (Tscheschner 1991, S. 16) Ein wesentlicher Aspekt dieses Bebauungsplans ist die Neuregelung des Verkehrs durch die Schaffung neuer "Tangentialverbindungen" zur Entlastung des Zentrums-kerns. Die Baukonzeption

der Stadtplaner im Stadtbauamt hatte auch den Vorschlag Hermann Henselmans aufgegriffen, das als südliche Platzwand geplante Gebäude (inzwischen für das Institut für Marxismus-Leninismus) mit dem relativ gut erhaltenen Barockportal IV des abgerissenen Schlosses zu verbinden. Diese aus der damaligen Architekturauffassung und der Kenntnis ähnlicher Beispiele in der westdeutschen Baupraxis geborene Idee verfolgte den Zweck, sowohl noch intakte Reste der Schloßfassade vor weiterer Zerstörung zu retten, als auch diese Reste einer neuen Nutzung im Bereich des historischen Standortes zuzuführen.



Das Schloßportal IV mit Spuren der Revolutionskämpfe 1918/19, 1919 (Gottschalk 1987)

Von Josef Kaiser wurde in der zweiten Wettbewerbsphase eine Entwurfsskizze für das Institutsgebäude mit dem Eosanderportal vorgelegt. Nach Bestätigung durch den 1. Sekretär der Berliner Bezirksleitung der SED, Paul Verner, und durch Walter Ulbricht im April 1961 folgte die weitere Bearbeitung. Da Josef Kaiser zu dieser Zeit mit der Projektierung des neuen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten beauftragt war, bekam Heinz Mehlan die Aufgabe, eine Studie auf der Grundlage des Kaiserschen Entwurfs auszuarbeiten. Nach der im September erfolgten Entscheidung zur Bildung einer neuen Regierungsinstitution, des Staatsrates, wurde das Institutsgebäude konzeptionell zum Staatsratsgebäude, wenn auch zunächst nur zum "vorläufigen" Sitz des Staatsrates. Genau besehen

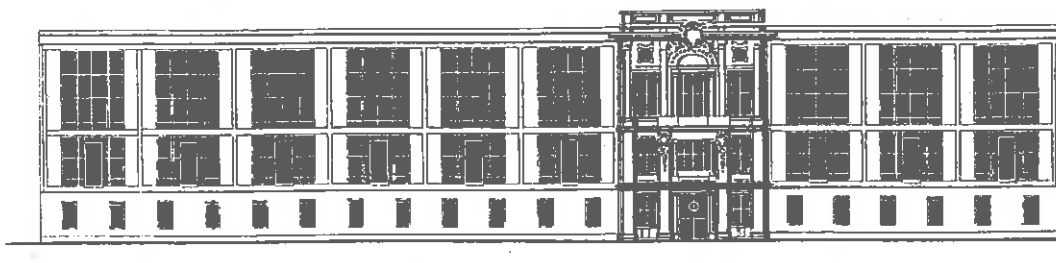
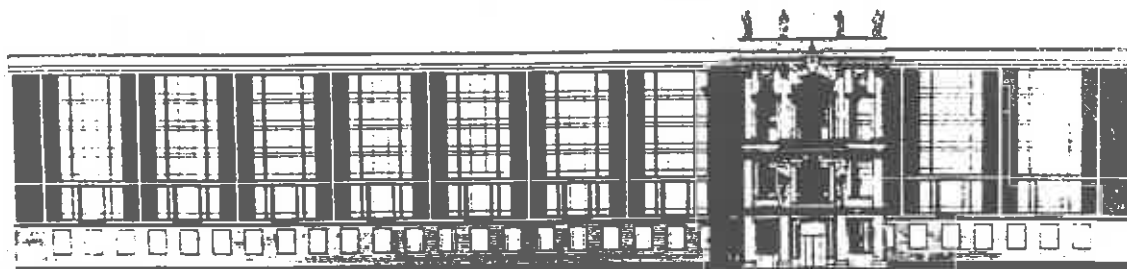
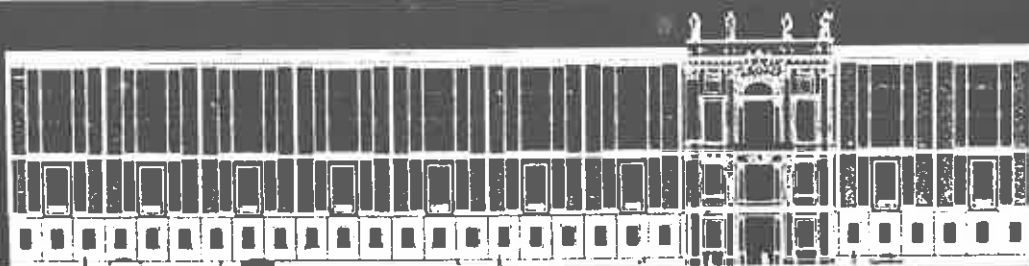
symbolisierte das Staatsratsgebäude auch den Widerspruch seiner Vordenker gegenüber der damals noch politisch dominierenden Absicht, die Mitte des Stadtzentrums mit einem "zentralen Hochhaus" zu krönen, dessen Funktion der Sitz von Staatsrat, Ministerrat und Parlament sein sollte. Der Bau war daher zunächst offiziell auch nur als Übergangslösung gedacht. Aber bereits während der Bauzeit begann ein Umdenken, und aus dem "vorläufigen Staatsratsgebäude" wurde bis zur Fertigstellung der endgültige "Amtssitz des Staatsrates".

Vor diesem Hintergrund waren das Kollektiv Roland Korn und Hans-Erich Bogatzky beauftragt worden, die vorliegende Studie unter Beibehaltung der Kaiserschen Fassade gemäß den Raumbedürfnissen des Amtssitzes für den Staatsrat zu verändern. Im Zuge der notwendigen Umprofilierung des Komplexes fielen die beiden zunächst vorgesehenen Gebäudeflügel weg. Das Gebäude wurde schließlich von Mai 1962 bis Oktober 1964 nach diesen modifizierten Entwürfen als moderner Stahlskelett-Montagebau (im Bereich des ehemaligen Mühlengrabens) kombiniert mit einem monolithischen Stahlbetonskelettbau (zwischen Brüder- und Breite Straße) und einer natursteinverkleideten Fassade errichtet. Neben den drei Hauptgeschossen gibt es noch ein Unter- und ein Dach- (Technik-)Geschoss.

Der Neubau wird vor allem durch das eingebundene Portal IV des ehemaligen Berliner Stadtschlösses geprägt. Die Gesimse des Portals bestimmen die klare, ausgewogene Gliederung der Fassade. Diese wirkt durch die großen Fensterflächen im zweiten und dritten Geschoss sehr transparent. Zwischen den stark gegliederten, mit eloxiertem Aluminium gerahmten Großfenstern befinden sich Felder aus rotem Granit. Die Gesamtstruktur wird wesentlich durch hellgrauen Sandstein geprägt, im Sockelbereich durch dunkelgrauen Granit. Die Fassade hat eine Länge von 141 m und eine Höhe von 30 m, die Gebäudetiefe beträgt 25 m. Der Baugrund war äußerst morastig, er bestand zum Teil aus dem zugeschütteten Mühlengraben. Daher mußten zur Gründung 50.000 m³ Boden ausgehoben und 826 bis zu 20 Meter lange Stahlbetonpfähle für das Fundament eingerammt werden. Im östlichen Bereich wurden im Zuge der Baumaßnahmen die Grundmauern des Dominikanerkomplexes sowie Grabstätten gefunden.

Das 1950 aus dem Schloß geborgene Portal befand sich an der dem Lustgarten zugewandten Seite des Schlosses und wurde zwischen 1706 und 1713 nach Plänen von Johann Friedrich Eosander von Göthe als Wiederholung des 1698/1706 entstandenen Portals V von Andreas Schlüter erbaut. Vom Balkon des Portals IV rief Karl Liebknecht am 9.11.1918 die "sozialistische Republik" aus, nachdem Philipp Scheidemann am selben Tage von einem Fenster des Reichstages aus die "deutsche Republik" proklamiert hatte. Das Portal umfaßt einen "dreiachsigen Portalrisalit von drei Geschossen und Mezzanin, geschosswise von Pilastergliederung eingefast"; vor der Hauptetage liegt ein von Atlantenhermen getragener Balkon; die tragenden Figuren wurden von Balthasar Permoser, dem Bildhauer des Dresdener Zwingers, zwischen 1706 und 1708 geschaffen; über dem rundbogigen Balkonfenster und dieses bekrönend befindet sich eine Wappenkartusche, gerahmt von Gremien; das Portal wird oben von einer Attika abgeschlossen. Während die Plattenverkleidung erneuert wurde, sind die plastischen Teile sämtlich restaurierte Originale. (Institut für Denkmalpflege 1983, S. 89f.) Bei der Restaurierung durch den VEB Stuck und Naturstein wurde das Portal "von dem dicken grauen Ölfarbanstrich aus wilhelminischer Zeit befreit" (Lange 1966, S. 89).

Das Portal ist nicht zentral, sondern im westlichen Teil des neuen Gebäudes angebracht. Die asymmetrische Gestaltung mit 7 Achsen östlich und 3 Achsen westlich des Portals entspricht der inneren Einteilung und verweist auf die Abkehr von einem neoabsolutistischen Gestaltungsrepertoire. In der Entwurfsstudie von Kaiser war das Portal im übrigen noch nicht in die Fassade eingebaut, sondern frei vor sie gestellt und nur durch Glas mit dieser verbunden. Damit wäre der Widerspruch zwischen neuem Gebäude und altem Portal architektonisch thematisiert worden. Im ausgeführten Bau bilden Gebäude und Portal dagegen scheinbar eine monolithische Einheit.



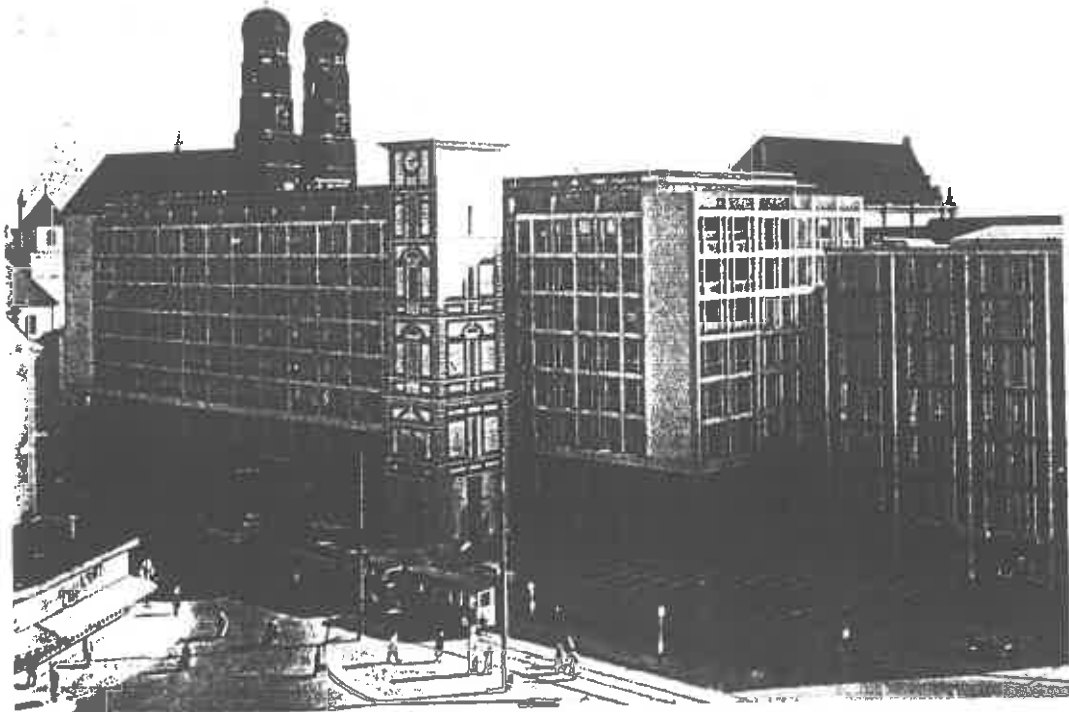
MINISTER FÜR HOCHSCHULEN, LERNBEREICH
 ARCHITEKTUR

Studie von Josef Kaiser für ein Marx-Engels-Lenin-Institut, 1960 (oben). Studie von Heinz Mehlan für ein Institut für Marxismus-Leninismus (mit einer um 8 m längeren Fassade als bei Kaiser und Korn), Januar 1961 (Mitte). Projekt von Roland Korn für den Amtssitz des Staatsrates, 1962 (Sammlung Tscheschner)

Gestalterisch ordnete sich die Hauptfassade den Maßstäben des historischen Schloßportals unter. "Die Proportionen des Portals sind auf die Fassaden übertragen worden und bestimmen die Architektur des Gebäudes." (Bauten unter Denkmalschutz 1982, S. 87) Die mit Herrschaftsgesten zurückhaltende Gestaltung des Baus wurde selbst aus westlicher zeitgenössischer Sicht anerkannt. So sprechen etwa die Autoren des 1966 erschienenen Buches "Ost-Berlin heute", Renate Mai und Klaus-Dieter Schulz-Vobach, von einem "schlichten Gebäude" (S. 10).

Die Einbindung historischer Baustrukturen in moderne Neubauten war eine nicht nur während der 50er Jahre geschätzte Architekturauffassung. Die anspruchsvollste Variante dieser Auffassung zielte darauf, das Alte nicht als Versatzstück zu mißbrauchen, sondern das Neue dem Alten gleichzustellen oder gar unterzuordnen. Das wohl bedeutendste deutsche Beispiel dieser Variante ist die neue Maxburg von Theo Pabst und Sep Ruf im Zentrum von München an Stelle eines kriegszerstörten Renaissancebauwerks. Die neue Maxburg wurde 1954 - 1957 als Stahlbetonskelettbau mit Jurakalksteinverkleidung errichtet. Die Fassade des breit gelagerten Hauptgebäudes wird durch den erhaltenen Renaissanceturm, der vor der Fassade steht, asymmetrisch geteilt. Der Turm bestimmt zugleich die Oberflächenstrukturierung und Höhe der Fassade. Der Bürobau für die Justizbehörde wird in der

Sockelzone durch verglaste Einzelhandels- und gastronomische Einrichtungen belebt und ist in dieser Hinsicht auch ein Vorbild für künftige Regierungsneubauten in Berlin. Die Münchner Maxburg besteht aus einer komplexen Gruppierung von Baukörpern, die zahlreiche öffentliche Passagen und Höfe bilden - wiederum vorbildhaft für einen durchmischten Verwaltungsbau. Das 1971 u.a. von Nikolaus Pevsner herausgegebene "Lexikon der Weltarchitektur" würdigt die Maxburg als "hervorragendes Beispiel dafür, wie gut ein moderner Bau mit einem bedeutenden Baudenkmal der Vergangenheit harmonieren kann" (S. 494).

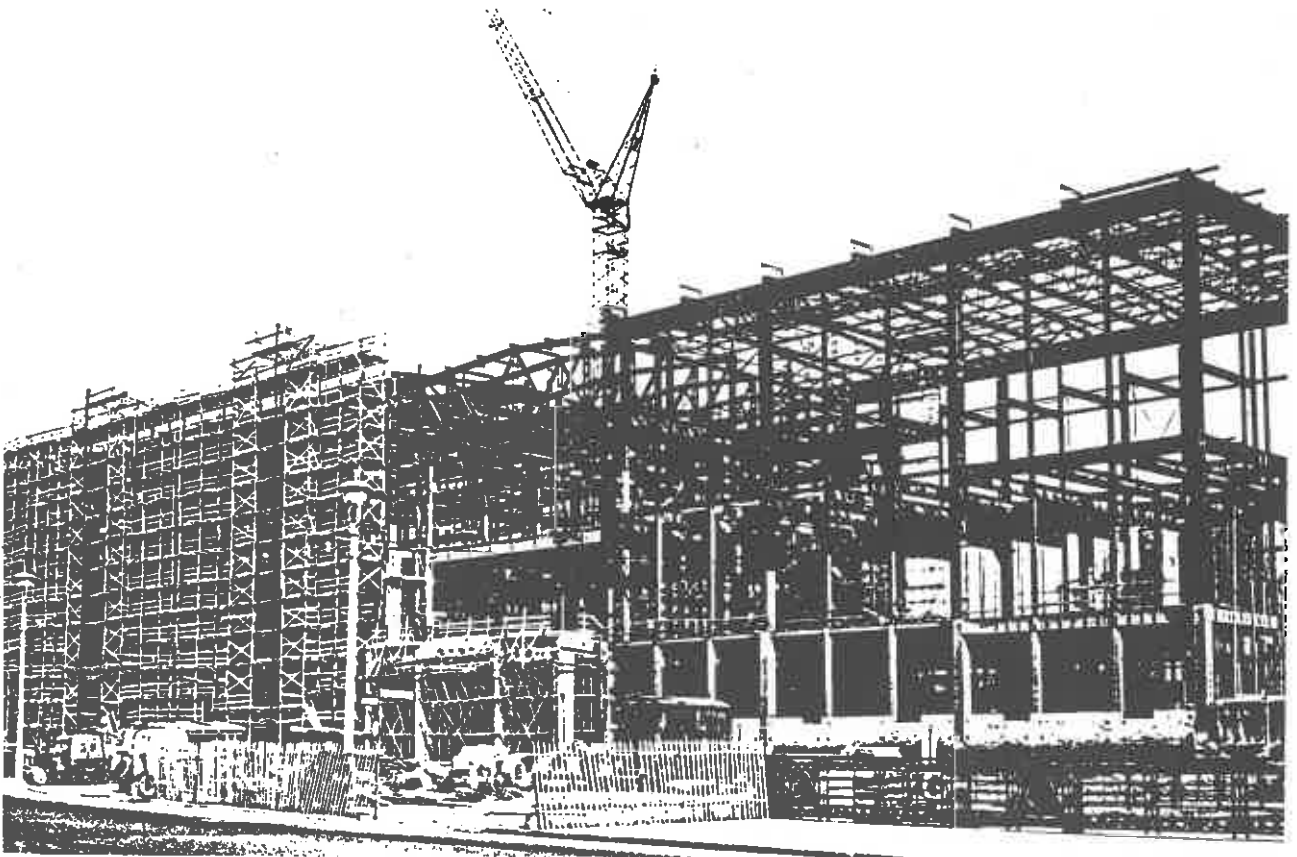
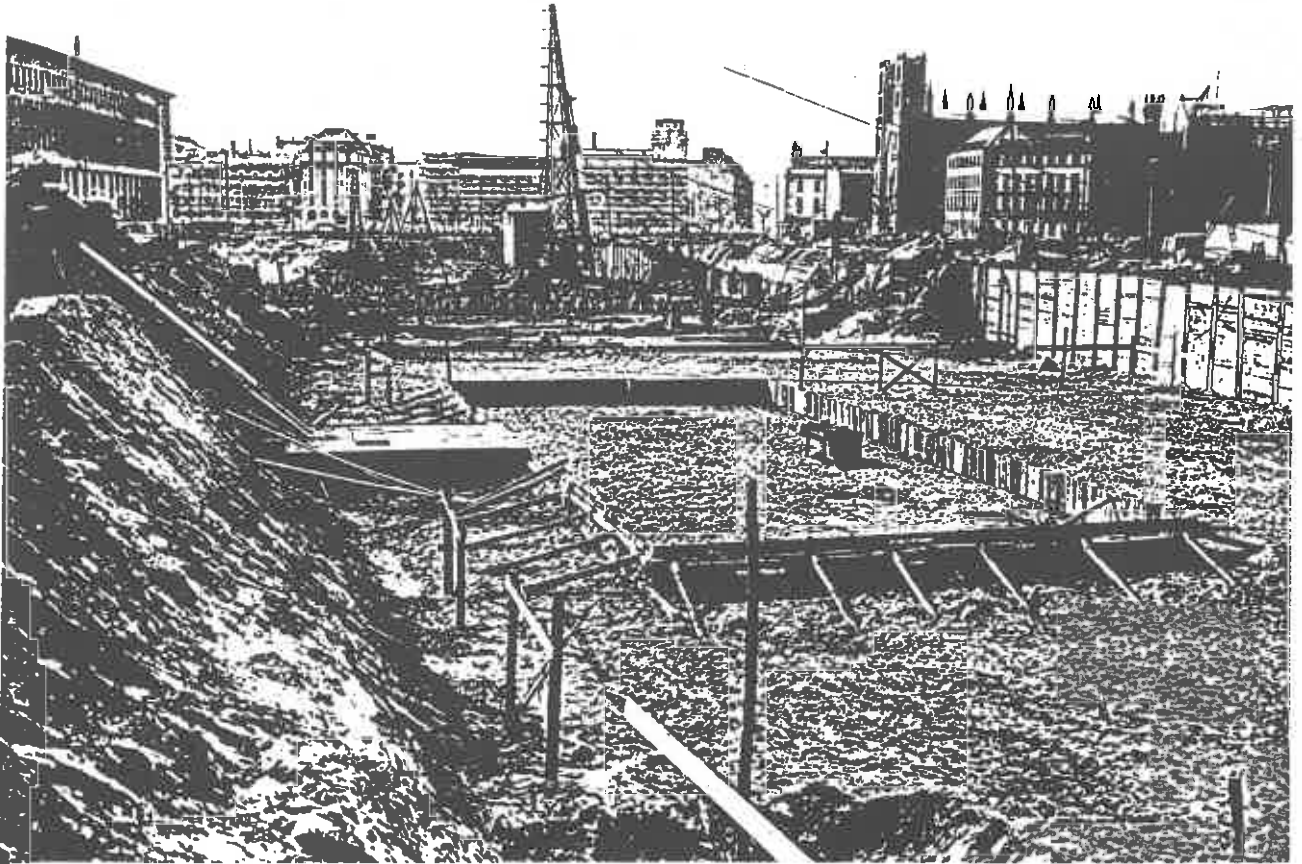


Die Maxburg in München (Bode 1992)

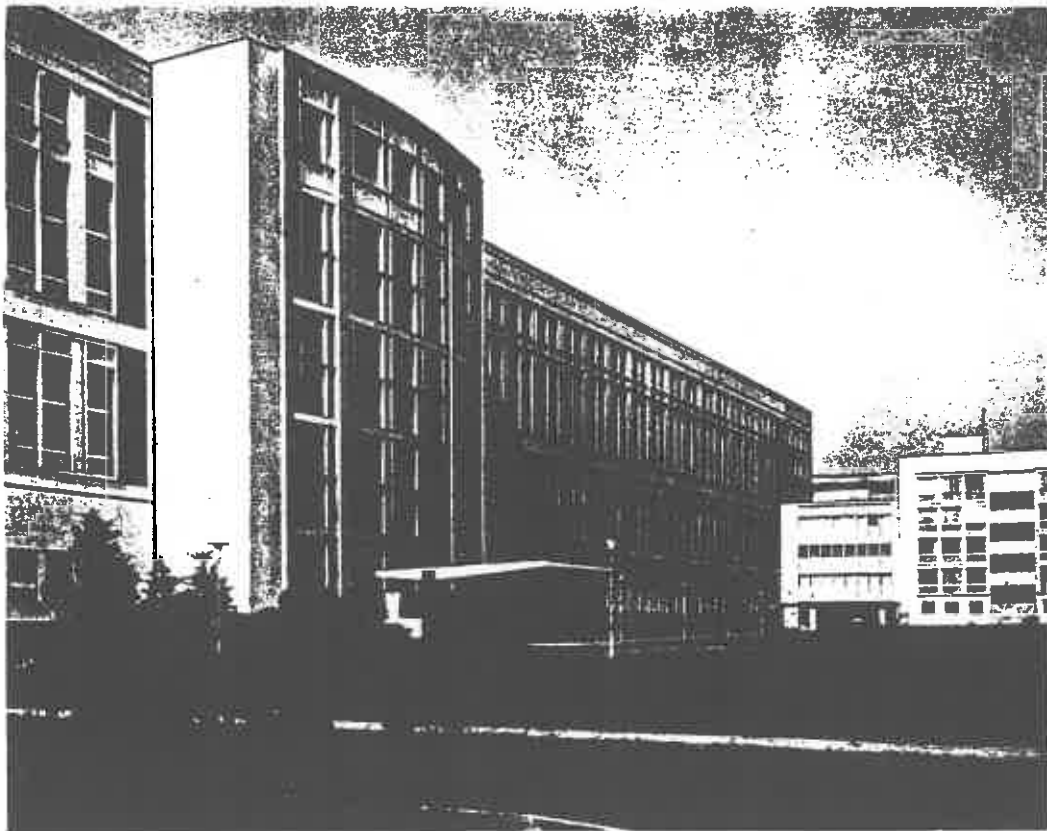
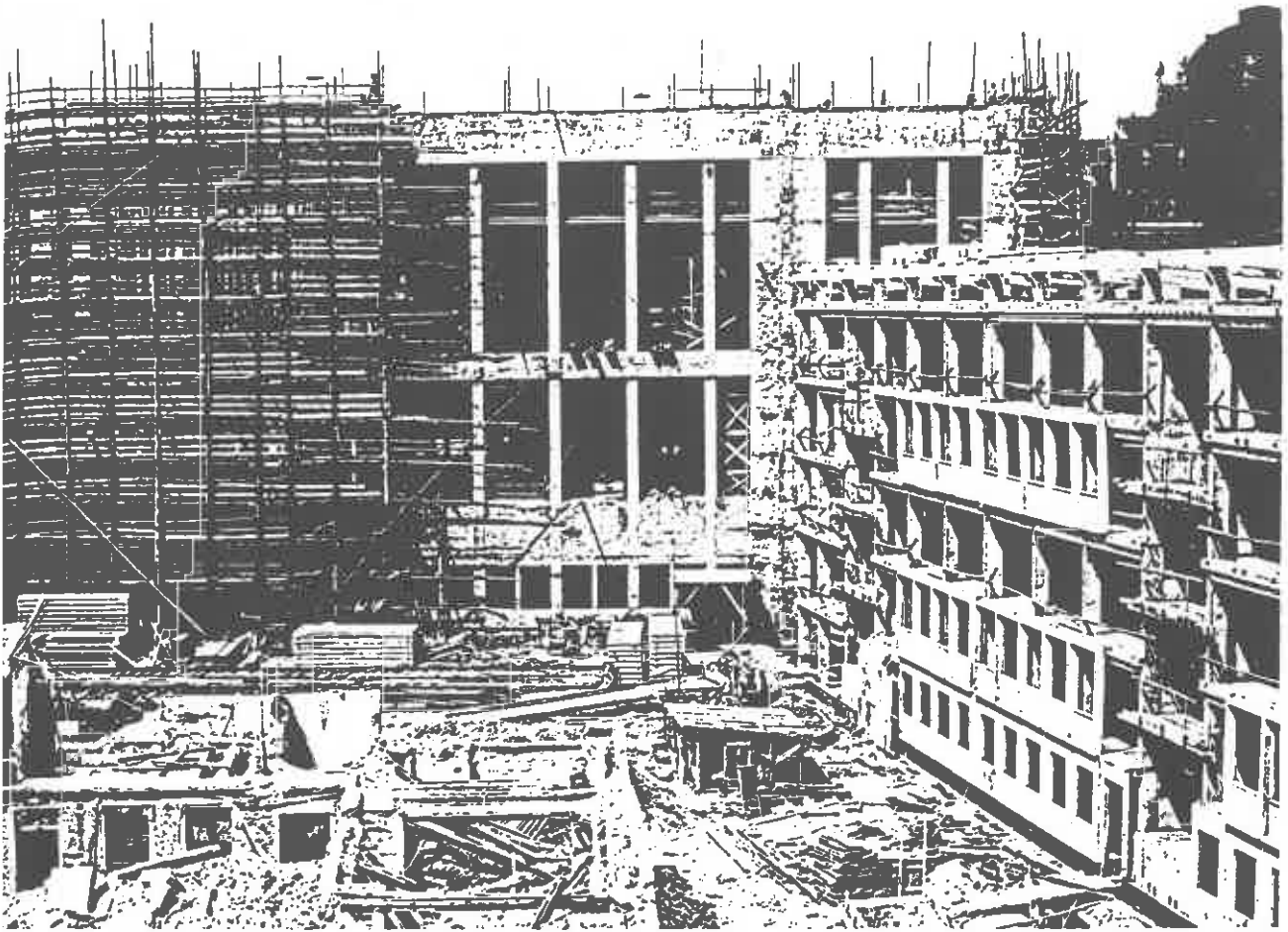
Das Staatsratsgebäude erinnert in seiner Grundidee an dieses Schmuckstück westdeutscher Baukunst der 50er Jahre, wenngleich er die Münchner Heiterkeit, Leichtigkeit, funktionelle Buntheit und Transparenz bei weitem nicht erreicht. Der stilistisch der bislang nicht gewürdigten frühen Ost-Berliner Moderne zuzurechnende Bau reflektiert auch das kulturelle Klima der "Brasilia"-Phase, als weltweit das Thema Hauptstadt und Regierungsgebäude im Gespräch war. (Hain 1993)

Das Gebäude umfaßte neben dem Treppenhaus Arbeitsräume sowie mit Edelhölzern getäfelte Botschafter-, Sitzungs-, Bankett- bzw. Festsäle. Das Treppenhaus ist hinter der vorgesetzten Portalfront mit Glasmalereien auf einer Fläche von 180 m² "aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" von Walter Womacka, der Sitzungssaal mit einer geätzten Stahlwand von Fritz Kühn (die stilistische Ähnlichkeiten mit Arbeiten des gleichen Künstlers im Landtagsgebäude Hannover zeigt, vgl. Kühne 1977, S. 87) und der Bankettsaal mit einem 45 m langen Fries auf Meißener Porzellan, gemalt von Günther Brendel, geschmückt. Der Fries thematisiert die 15jährige Geschichte der DDR. (Lange 1966, S. 89)

Nach Angaben des Gutachtens von HPP International betragen die Geschoßhöhen im Untergeschoß 3,95/2,75 m, im Erdgeschoß 7,63/6,43 m (lichte Raumhöhe ca. 3,50 - 6,00 m), im 1. Obergeschoß 7,41 m (lichte Raumhöhe ca. 4,50 - 6,50 m), im 2. Obergeschoß 7,10 m (lichte Raumhöhe ca. 6,00 - 9,00 m) und im Dachgeschoß 5,41 m (32, S. 7). Diese Höhen verdeutlichen die Repräsentativfunktion des Gebäudes. Die Säle sind ca. 520 m² (2 Säle) und ca. 280 m² (2 Säle) groß, dazu kommt ein



*Tiefbauarbeiten (oben, 1962) und Hochbauarbeiten (unten, 1963) am Staatsratsgebäude.
(Landesarchiv Berlin, Fotoabteilung, Inv.-Nr. 62/1667 und 62/1636)*



Bau des Staatsratsgebäudes, 1963, rechts das Kanzleigebäude (Bild oben). Rückseite des Staatsratsgebäudes, im Hintergrund rechts das Kanzleigebäude (Bild unten). (Landesarchiv Berlin, Fotoabteilung, Inv.-Nr. 62/1633; Volk 1980)

"Kinosaal" mit ca. 400 m² (S. 12). Die Grundstücksfläche beträgt 23.800 m², die überbaute Fläche 3.800 m², die Bruttogeschoßfläche 17.620 m² (S. 13).

Entlang der Breiten Straße wurde das Hauptgebäude durch ein "Kanzleigebäude" des Staatsrates, einen fünfgeschossigen Verwaltungsbau in Stahlbetonskelett-Montagebauweise, ergänzt und über einen viergeschossigen Zwischenbau mit diesem verbunden. Entworfen wurde dieser Seitenflügel vom Kollektiv Klaus Pätzmann. Das rückwärtige Gartengelände des Staatsratsgebäudes ist teilweise durch ein Tiefgeschoß für technische Anlagen und einige wenige Stellplätze für PKW unterbaut.

Im Jahre 1985 sind laut Aussage des Gutachtens von HPP International die tragenden Stahlkonstruktionen der Fensteranlagen des Hauptgebäudes "im Rahmen einer Sanierung der Fassade wegen erheblicher Korrosionsschäden überarbeitet worden. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Anordnung von Wärmedämmung zwischen den tragenden Stahlrohren der Fenster und den äußeren Aluminiumbekleidungen." (32, S. 41)

Nach der deutschen Vereinigung wurde das in der DDR-Zeit unter Denkmalschutz gestellte Gebäude nicht - wie die Gebäude der ehemaligen Reichsbank und des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums - zum Gegenstand von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

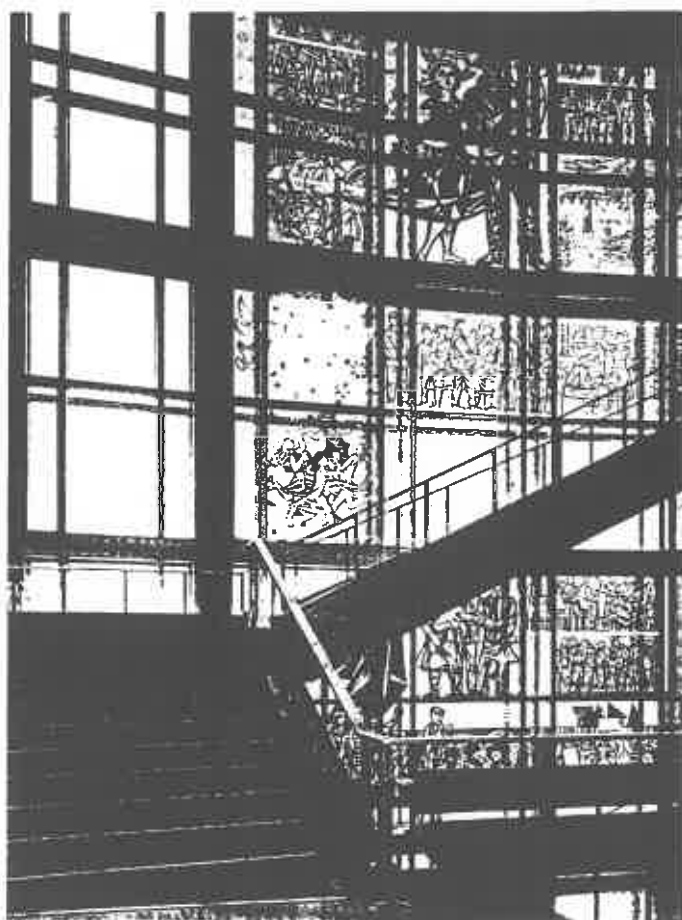
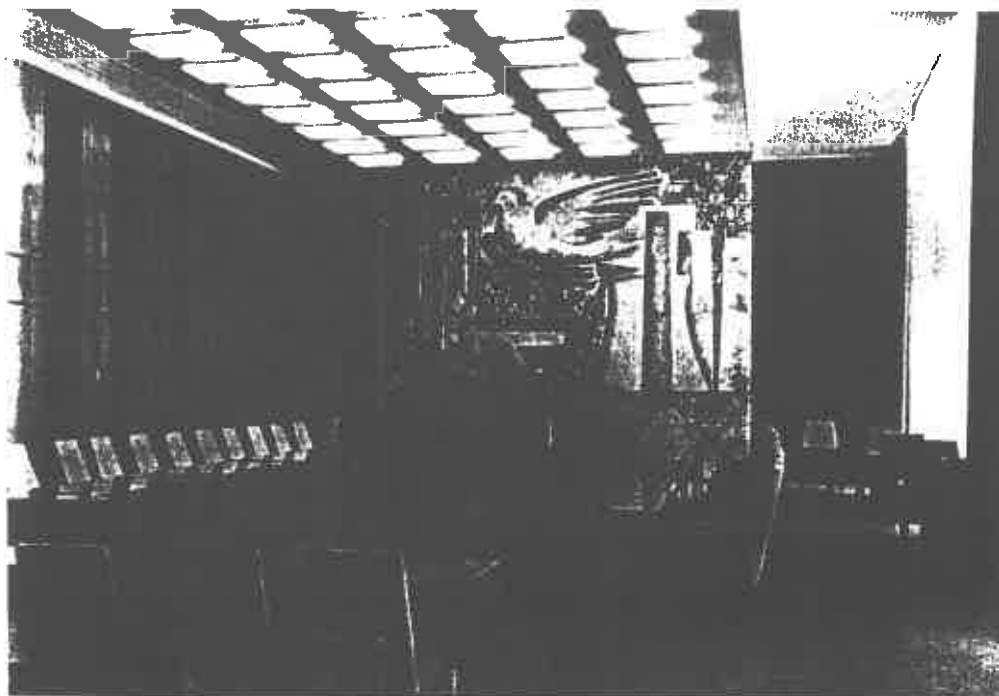
3.3 Zur Nutzung

Der Bau wurde - so war auch die Zielsetzung - zum 15. Jahrestag der DDR im Oktober 1964 feierlich übergeben. Der Fries im Festsaal erinnert an diesen Aspekt. Der zunächst lediglich als provisorischer Sitz des Staatsrates betrachtete Neubau war aber historisch nicht nur auf das Gründungsjahr der DDR, sondern auch auf das Jahr der Ausrufung der sozialistischen deutschen Republik durch Karl Liebknecht (1918) sowie das Jahr der Fertigstellung des Portals selbst bezogen. So wurde ausdrücklich festgestellt, daß das Portal "genau 250 Jahre nach seiner Entstehung in neuer Schönheit wiederaufgebaut" wurde (Bauten unter Denkmalschutz 1982, S. 87).

Seit der Übergabe 1964 war der Bau Tagungsstätte des Staatsrates und offizieller Amtssitz des Vorsitzenden des Staatsrates. Bei Anwesenheit des Staatsratsvorsitzenden wehte die DDR-Fahne auf dem Dachfirst. Die Einrichtung des Staatsrates war erst nach dem Tode von Wilhelm Pieck, dem Präsidenten der DDR, im Jahre 1960 geschaffen worden. An Stelle des Präsidialamtes trat ein aus 24 Mitgliedern gebildeter Staatsrat als Organ der Volkskammer. Der Staatsrat residierte zunächst - wie schon vorher der Präsident der DDR - im Rokoko-Schloß Niederschönhausen (Bezirk Pankow, Ossietzkystraße), das nach 1964 Gästehaus der DDR-Regierung wurde. Der erste Staatsratsvorsitzende, Walter Ulbricht, bevorzugte das Staatsratsgebäude gegenüber dem ZK-Gebäude als Arbeitsstätte.

Auch nach seinem erzwungenen "Rücktritt" vom Amt des Ersten Vorsitzenden des ZK der SED am 3.5.1971 zugunsten von Erich Honecker blieb Ulbricht bis zu seinem Tode am 3.10.1973 Vorsitzender des Staatsrates. Nach Ulbricht wurde Willi Stoph Staatsratsvorsitzender, seit dem 29.10.1976 Erich Honecker, der allerdings - im Gegensatz zu Ulbricht - das ZK-Gebäude als ständigen Arbeitsort präferierte. Nach der internationalen Anerkennung der DDR seit Anfang der 70er Jahre gewann das Staatsratsgebäude zunehmende Bedeutung für internationale Kontakte. Der Empfang ausländischer Regierungschefs gehörte zum DDR-Alltag in diesem Gebäude. Das gleiche betraf die Neujahrs-Empfänge der ausländischen Botschafter durch den Staatsratsvorsitzenden sowie zahlreiche jährliche Festveranstaltungen für Ordensverleihungen und Ehrungen. In den letzten Jahren der DDR-

Zeit wurden z.B. der Vorsitzende der SPD, Vogel (Mai 1985), der Ehrenvorsitzende der SPD, Brandt (September 1985), der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar (Juni 1987) sowie der Stellvertretende Außenminister der USA, Whitehead, im Staatsratsgebäude empfangen. Der Amtssitz des Staatsrates blieb bis zum Ende der DDR der hierarchisch erste Bau auf der Stufenleiter der Regierungsgebäude.



*Sitzungssaal und Treppenhaus mit
Glasfenster von W. Womacka
(Deutsche Bauakademie 1969; Volk
1980)*

Im Herbst 1989 geriet auch das Amt des Staatsratsvorsitzenden in den Strudel der Umwälzungen. Am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR, wurde Gorbatschow im Staatsratsgebäude empfangen. Am gleichen Tage formulierte er seine berühmte These "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben". Am 18.10.1989 mußte Honecker (nicht nur) als Staatsratsvorsitzender zurücktreten, das Amt wurde am 24.10. von Egon Krenz übernommen. Im November 1989 war das Gebäude auch Ziel spontaner Demonstrationen für freie Wahlen. Am 6.12.1989 trat Egon Krenz zurück, mit der Wahrnehmung der Aufgaben wurde der stellvertretende Staatsratsvorsitzende Manfred Gerlach (LDPD) betraut. Am 5.4.1990 wurde der Staatsrat auf dem Wege einer Verfassungsänderung durch die nach den ersten freien Wahlen neukonstituierte Volkskammer abgeschafft.

Nach der deutschen Einheit stand das Gebäude im wesentlichen leer. Erst seit 1992 wird es durch die ARGE Spreebogen wieder zu großen Teilen genutzt - als Ort der Vorprüfung und der Preisgerichtssitzungen zu den großen Spreebogen- und Reichstagswettbewerben. Im Frühjahr 1993 wird der Bau dann für mehrere Monate als Ausstellungsort der Wettbewerbsarbeiten für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

3.4 Städtebauliche Situation

Parallel und im Anschluß zur Planung und zum Bau des Staatsratsgebäudes wurde auch in anderen Bereichen des Zentrums die Neugestaltung vorangetrieben. Im Bereich des Marx-Engels-Platzes mußte die provisorisch bereits wiederhergestellte Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel 1961/62 dem Neubau des Außenministeriums (1964-1967) weichen. Dieser war im übrigen das einzige DDR-Regierungsgebäude, welches für Gesamtdeutschland konzipiert wurde. Am Alexanderplatz entstand zunächst nur das Haus des Lehrers samt Kongreßhalle (1961-64) als Abschluß der Stalinallee. 1964 war dann die Neugestaltung des Alexanderplatzes selbst Gegenstand eines Wettbewerbes. Im gleichen Jahr fiel die Entscheidung über den konkreten Standort des Fernsehturms, der 1965-1969 errichtet wurde. Der große Umbau des Alexanderplatzes begann im Jahre 1967.

Der Neubau des Staatsratsgebäudes stand also - zusammen mit dem Neubau des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten - am Beginn der Wende von den neoabsolutistischen Zentrumskonzeptionen der 50er Jahre hin zur "modernen" Neuordnung des Zentrums während der 60er Jahre.

Die Proportionen des Staatsratsgebäudes orientieren sich in Dimension und Baulinie am östlich gelegenen Neuen Marstall. In der Höhe richten sich beide Großbauten nach den Vorgaben des heute nur noch durch das Portal maßstabgebenden Schlosses. Der Leipziger Stadtbauhistoriker Thomas Topfstedt spricht von einer "maßstäblich guten" Abstimmung des Staatsratsgebäudes mit dem Neuen Marstall, die zusammen die Südseite des Marx-Engels-Platzes einfassen (1988, S. 78). Die Kriegsschäden am Neuen Marstall wurden bis 1968 beseitigt, das Tympanon aber nicht wiederhergestellt.

Durch den Neubau des Staatsratsgebäudes wurde der alte Stadtgrundriß erheblich vereinfacht: Die Brüderstraße wurde im nördlichen Bereich aufgehoben und endet jetzt in Höhe des Straßenzugs Neumannsgasse/Sperlinsgasse.

Die besondere Bedeutung des Gebäudes für den neuen Stadtgrundriß des Ost-Berliner Zentrums wurde auch in der DDR-Zeit betont. So sprach das Institut für Denkmalpflege von einer "städtebaulich exponierten Stelle" (1983, S. 89).

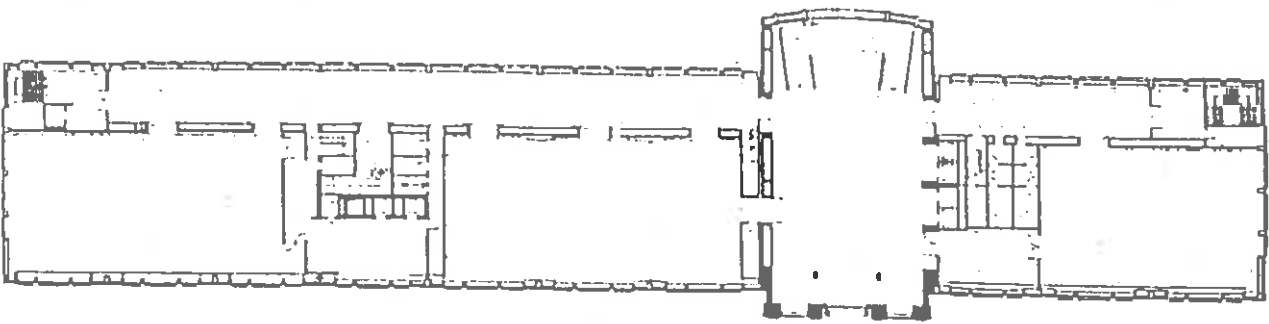
3.5 Bewertungen und Empfehlungen des HPP-Gutachtens

Das Gutachten von HPP International kann nicht als glatte Empfehlung zum Abbruch des ehemaligen Staatsratsgebäudes (Hauptgebäude) interpretiert werden. Der Bau, so die Analyse, "ist nicht für Verwaltungszwecke entworfen worden. Der Bewertung liegt eine Sondernutzung zugrunde." Und weiter: "für Büronutzung keine wirtschaftliche Nutzung gegeben. Zwischengeschosse können aus statischen Gründen nicht eingezogen werden. Geschoßhöhen sind ausreichend für Sondernutzung." (32, S. 7) Diese Aussage wird folgendermaßen ergänzt: "Im Prinzip ist die vorhandene Konstruktion aus primärer Stahlkonstruktion durchaus für Umbauten geeignet." (S. 22)

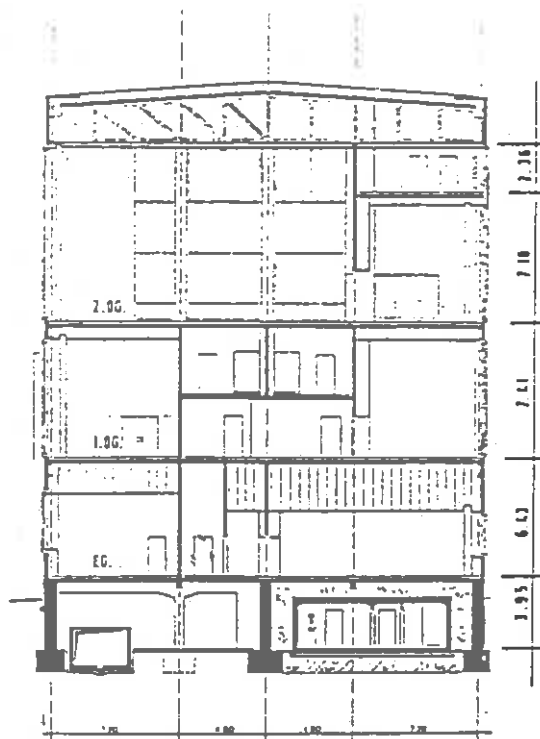
Bei der Darstellung der "Nutzungsdaten" werden sämtliche Räume als unbrauchbar klassifiziert, auch "eine den heutigen Anforderungen entsprechende Konferenz-Nutzung" wird als "nicht möglich" erachtet (32, S. 12). Daß die Nutzungsprüfung allerdings klar von der Einschätzung des bauphysikalischen Zustands unterschieden werden muß, wird an anderer Stelle des Gutachtens deutlich. Aus bauphysikalischer Sicht ist das Gebäude nämlich - im Gegensatz etwa zum Kanzleigebäude an der Breiten Straße - "pauschal für eine weitere Nutzung verwendbar. Nach Entsorgung von Altlasten bestehen im und am Objekt keine gravierenden Mängel. Im Bedarfsfall ist der Schallschutz insbesondere der Luftschallschutz von Türen und Wänden zu verbessern."

Die verwandte Bezeichnung "Vorläufiger Sitz des Staatsrats" legt zu Unrecht einen provisorischen Charakter der Nutzung und damit implizit auch des Gebäudes nahe, der bereits während der Bauzeit aufgegeben worden ist (S. 14). Die historischen Aspekte des Gebäudes werden im Unterabschnitt "Geschichtliches" auf fünf Zeilen abgehandelt (S. 19). Die "Städtebauliche Situation" wird ebenso wenig genauer analysiert (S. 13).

Die zusammenfassende Empfehlung des Gutachtens vor dem Hintergrund der eingeschränkten Aufgabenstellung lautet schließlich: "Das Gebäude ist für die vorgesehene Nutzung durch Verwaltungen der Bundesregierung nicht geeignet. Die hierfür erforderlichen Raumstrukturen lassen sich nicht ausweisen. Bis zur abschließenden Klärung der Standsicherheit durch intensive und umfassende Prüfung und unter Einschaltung eines Prüfindgenieurs kann eine Nutzungsempfehlung nicht gegeben werden. Sollte sich der Sanierungsaufwand insgesamt als wirtschaftlich nicht vertretbar darlegen, wäre das Gebäude abzubauen. Dem derzeit bestehenden Denkmalschutz könnte durch Einbinden von Fassadenteilen in einen Neubau Rechnung getragen werden." (32, S. 57) Bemerkenswert ist das Verständnis von Denkmalpflege, das hier zum Ausdruck kommt.



Ehemaliges Staatsratsgebäude: Grundriß (HPP-Gutachten)



*Ehemaliges Staatsratsgebäude: Schnitt
(HPP-Gutachten)*

3.6 Zum Umgang mit Stadtraum und Gebäude

Im Gutachten von HPP International wird die Gebrauchsfähigkeit des Gebäudes nicht prinzipiell angezweifelt, sondern nur die Gebrauchsfähigkeit für die vorgegebene Nutzung, die vor allem kleine Büroräume erfordert. Daß das Gebäude nicht diesen Erfordernissen entspricht, kann nicht dem Bau angelastet werden, sondern allenfalls denjenigen, die diesen Bau für eine solche Nutzung bestimmt haben. Daß für die besondere Raumstruktur des Gebäudes im Zentrum Berlins keine angemessene Nutzung gefunden werden kann, ist nicht nachgewiesen. Ein Abbruch ist daraus nicht zu begründen, wohl aber die Notwendigkeit neuer Überlegungen zum Nutzungskonzept.

In den vorliegenden, im Auftrag von SenStadtUm und SenBauWohn erarbeiteten Konzepten (Jahn u.a. 1992 und Zlonicky u.a. 1992) wird von der Erhaltung des ehemaligen Staatsratsgebäudes ausgegangen. Jahn u.a. schlagen eine stadträumliche Rekonstruktion des früheren Schloßplatzes vor. Diese umfaßt die Wiederherstellung der Bauflucht der Straße "An der Stehbahn", den Rückbau der Breiten Straße und - möglicherweise - die Wiederaufstellung des Neptun-Brunnens, des Denkmals des Großen Kurfürsten auf der Rathausbrücke und eine künstlerische Interpretation der deutschen Vereinigung auf dem noch vorhandenen Sockels des früheren Kaiser-Wilhelm-I-Denkmal.

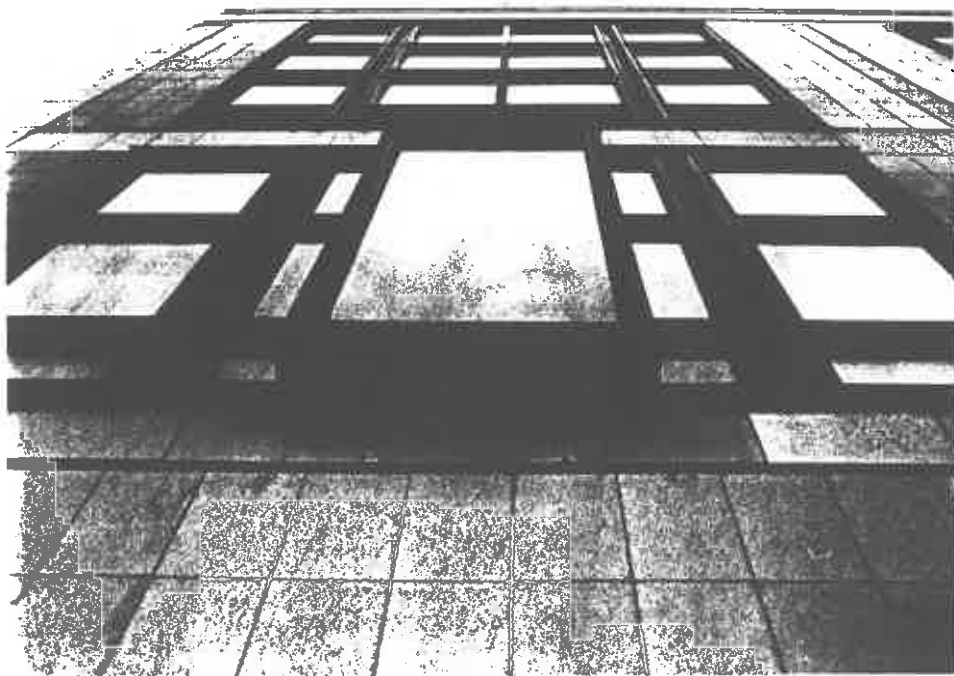
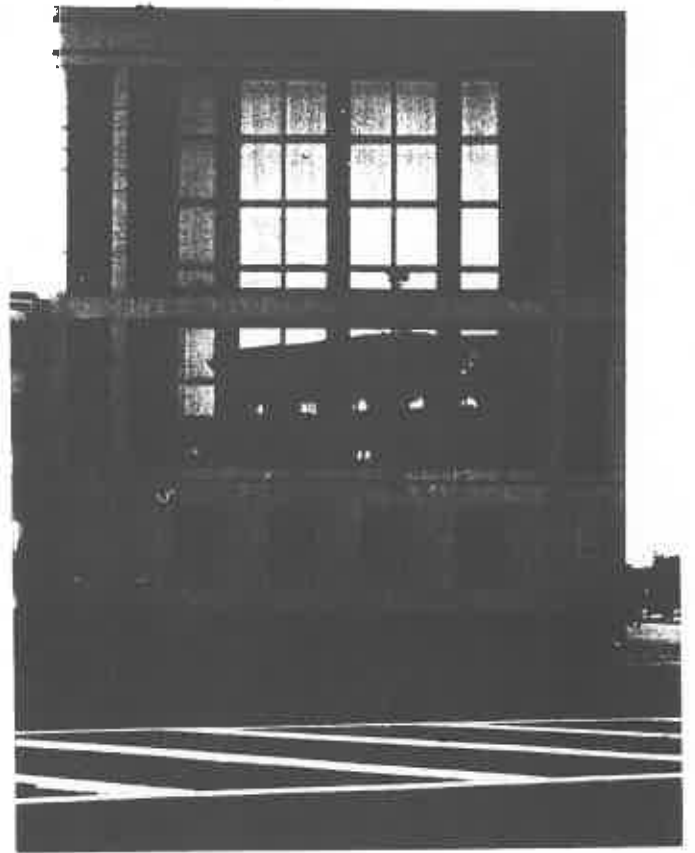
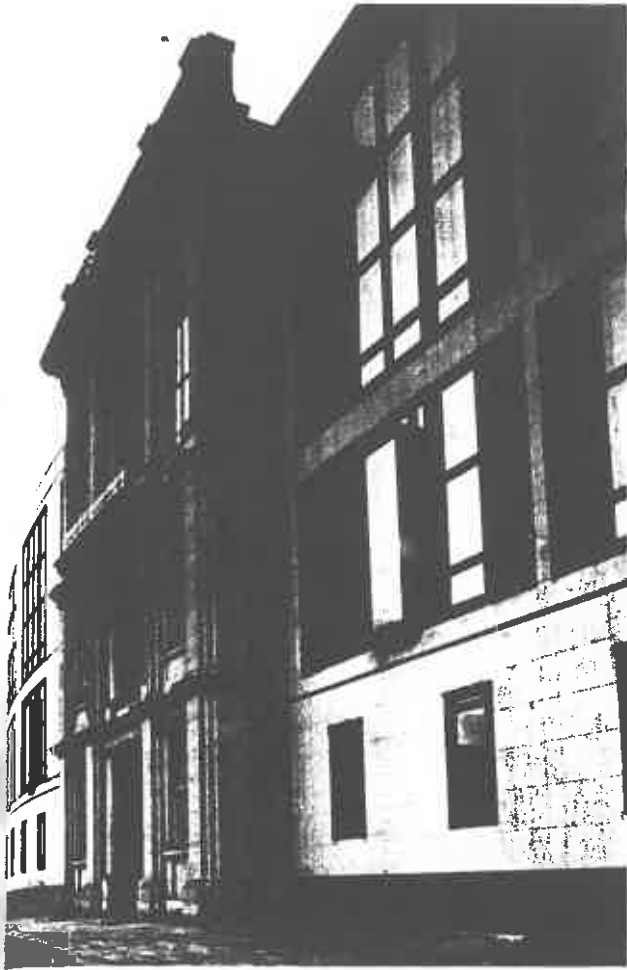
Bei einer Weiterentwicklung dieser Konzeption sollten allerdings die städtebaulichen Modifikationen, die sich aus den großen, zu erhaltenden Gebäuden der DDR-Zeit (Staatsratsgebäude und Palast der Republik) ergeben, berücksichtigt werden. So wäre die Errichtung eines Neubaus, der das Schloßportal verdeckt, nicht wünschenswert. Auch bleibt zu fragen, ob der vorgeschlagene Neubau westlich des Palastes der Republik an seiner Südseite unbedingt die Baulinie des Berliner Schlosses aufnehmen sollte, was einen problematischen Eckraum zum Südteil des Palastes der Republik hin ergeben könnte. Der Abbruch des Kanzleigebäudes an der Breiten Straße ist bereits vorentschieden. Bei Neubauten an der Breiten Straße sollte diese wieder auf ihr historisches Profil zurückgebaut werden,

d.h. die Baufluchten sollten wieder nach Osten rücken. Im Erdgeschoß und ersten Obergeschoß der Neubauten dort sollten unbedingt kleinteilig städtische Nutzungen untergebracht werden, um den monofunktionalen Stadtraum aufzulockern.

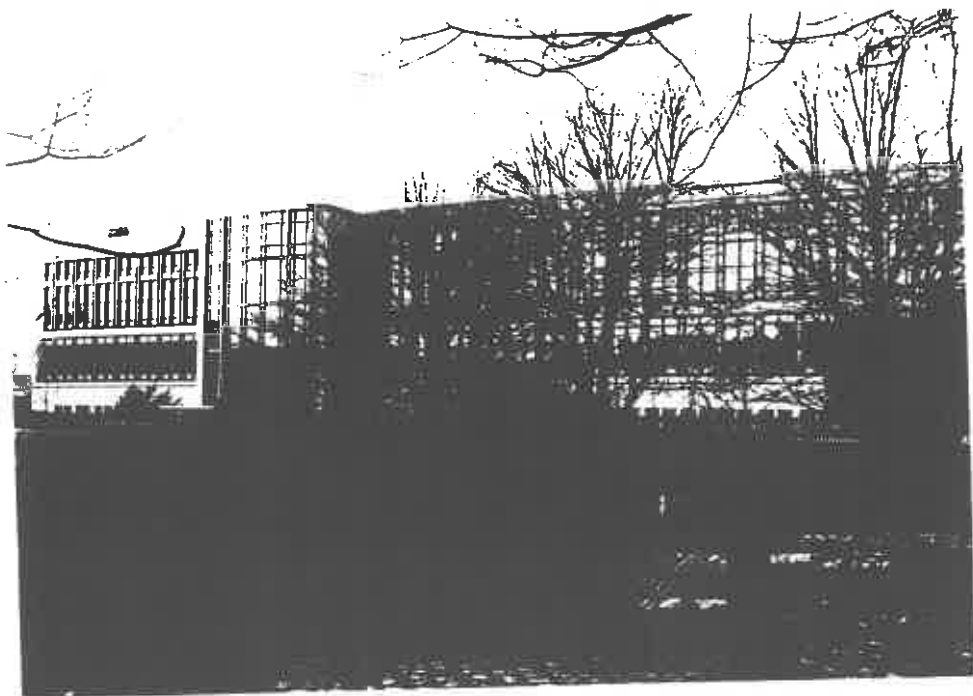
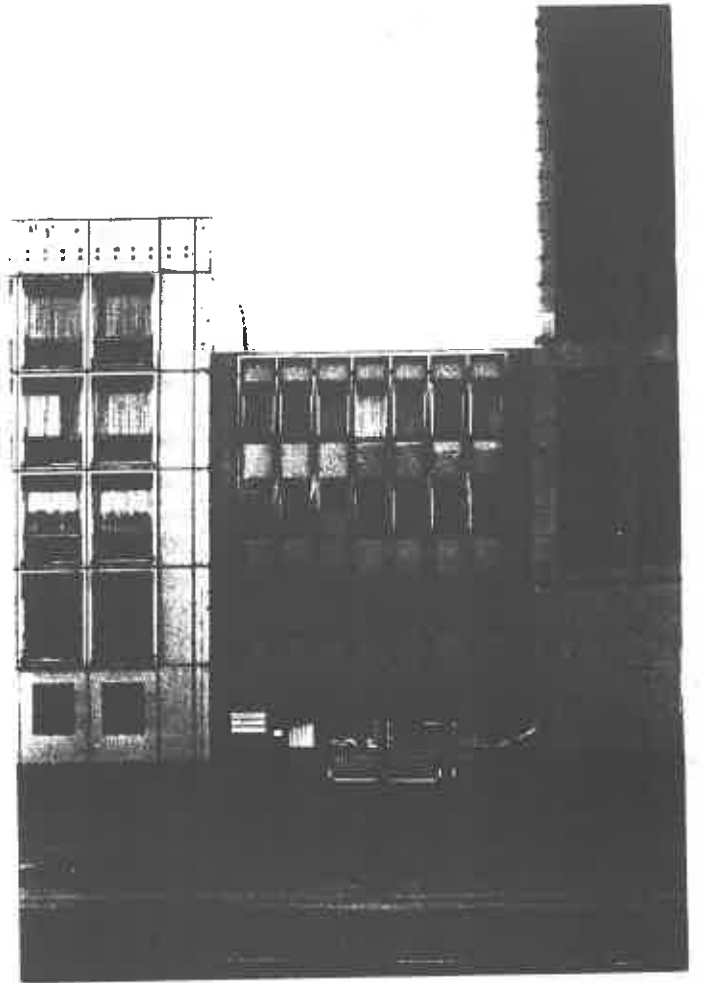
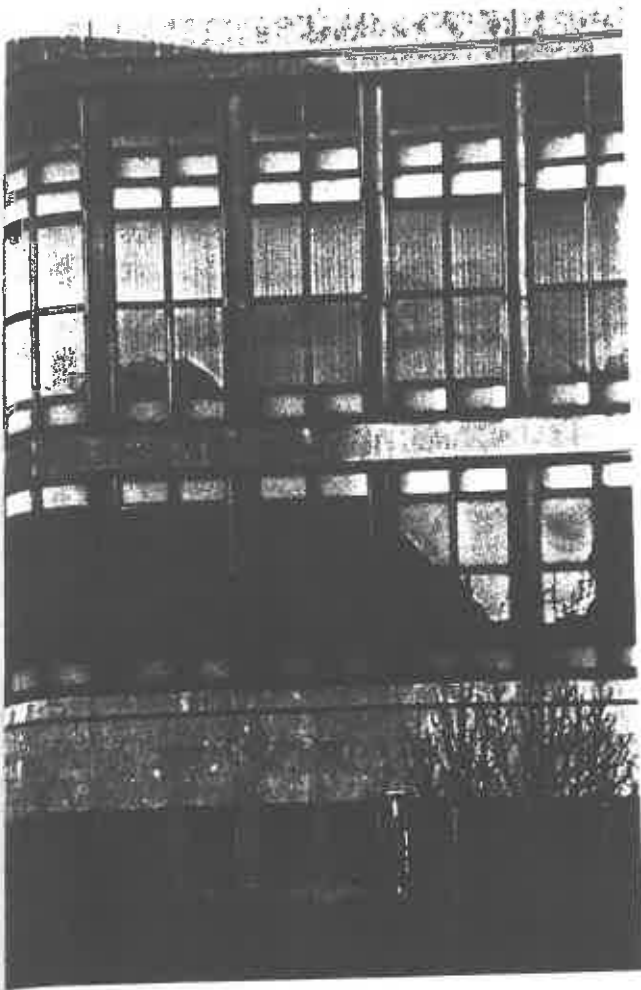
Zur Frage des Umgangs mit dem ehemaligen Staatsratsgebäude selbst wäre zunächst zu prüfen, welche Innenräume und welche künstlerischen Manifestationen aus der Sicht des Denkmalschutzes zu erhalten sind. Die Fassade sollte in der überlieferten Form erhalten bleiben. Neue Akzente könnten durch kleine Baukörper, Architekturelemente bzw. Kunstwerke vor dem Gebäude gesetzt werden. Aus historischer Sicht wäre eine Erinnerung an das früher hier befindliche Dominikanerkloster wünschenswert, das im Mittelalter diesen Bereich prägte, heute aber weitgehend in Vergessenheit geraten ist.



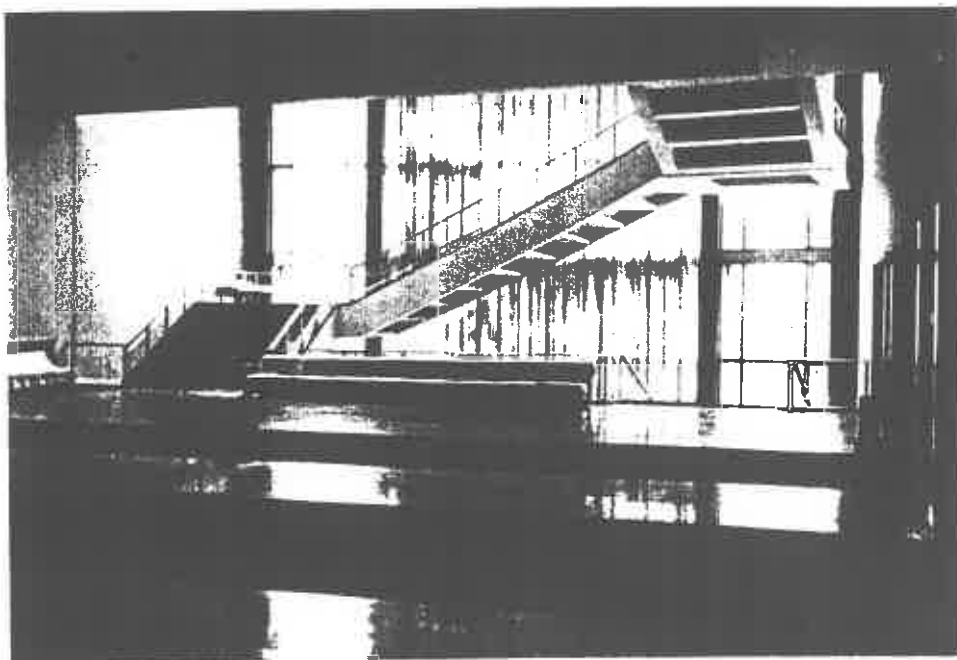
Blick nach Osten, rechts das ehemalige Staatsratsgebäude, der Neue Marstall und das Rote Rathaus, links im Vordergrund das ehemalige Außenministerium, dann der Palast der Republik und der Fernsehturm (oben). Das Schloßportal (unten). Januar 1993 (Gruppe DASS)



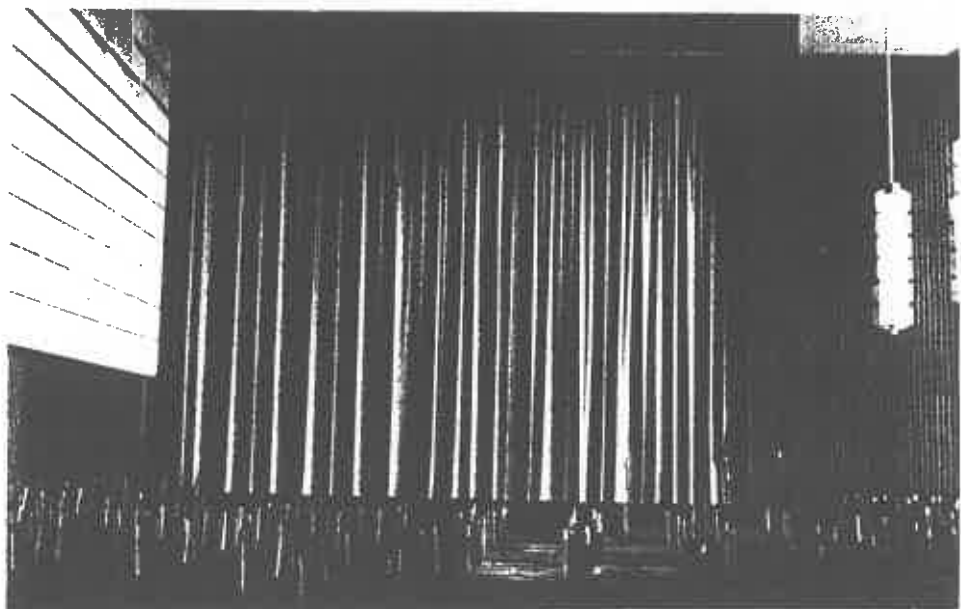
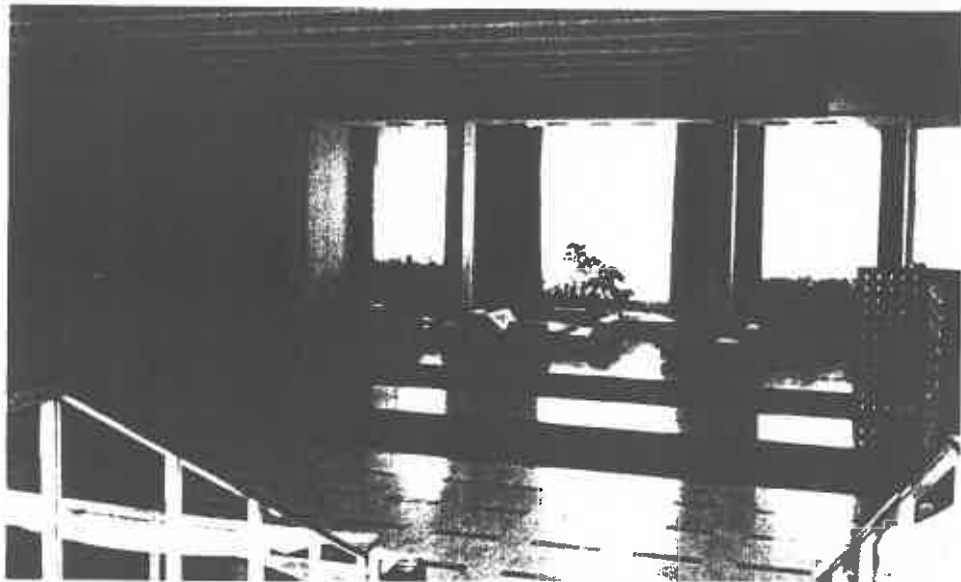
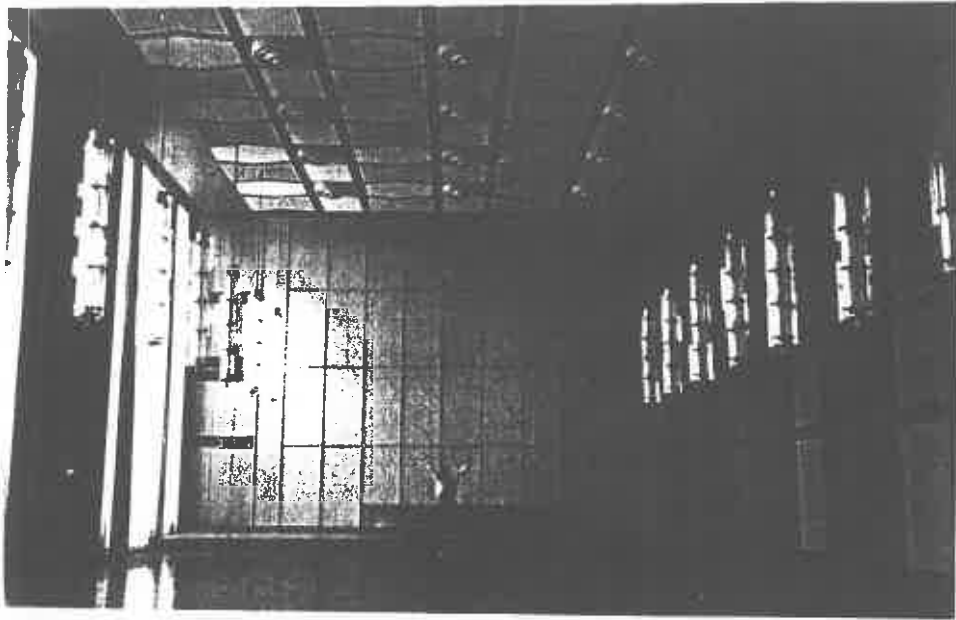
Ehemaliges Staatsratsgebäude: Schloßportal (oben links), Ostseite (oben rechts) und eine Fensterachse der Hauptfront (unten). Januar 1993 (Gruppe DASS)



Ehemaliges Staatsratsgebäude: Fenster der Rückfront (oben links), Übergangsbau zwischen Hauptgebäude und Kanzleigebäude (oben rechts) und Rückfront im Überblick (unten). Januar 1993 (Gruppe DASS)



Ehemaliges Staatsratsgebäude: Innenräume, 1992 (BSM)



Ehemaliges Staatsratsgebäude: Innenräume, 1992 (BSM)



Ehemaliges Staatsratsgebäude: Präsentation der Entwürfe für den Wettbewerb Spreebogen (SenBauWohn)

4. Zu den Gutachten von HPP International

Die Empfehlungen der Gutachten von HPP International waren das Ergebnis einer eingeschränkten Aufgabenstellung. Gefragt war vor allem nach der Wirtschaftlichkeit einer Sanierung bei einer "bedarfsentsprechenden" Nutzung durch Bundesministerien. Hinsichtlich der Bedarfsentsprechung gab es klare Vorgaben: "Die Gesamtbewertung berücksichtigt die geplante Nutzung mit Regierungsfunktionen und die damit verbundene Vorgabe, daß ca. 80 - 90 % der Hauptnutzfläche in Einzelräume (1-Personen-Räume) zu gliedern sind. Als bedarfsgerechte Raumgröße sind Einzelräume mit 12-15m² für Sachbearbeiter (ca. 84 %) und 24-30m² für Referatsleiter (ca. 16 %) vorgegeben."

Das Gutachten vermittelt in seiner Bestandsanalyse, insbesondere zu den Punkten Standsicherheit des Tragwerks, Nutzbarkeit der vorgefundenen Gebäude- bzw. Raumraster und Achsen, Raumtiefen und -höhen im Hinblick auf Flexibilität und Reversibilität, Integrierbarkeit moderner technischer Gebäuderüstung und bauphysikalischer Anforderungen fast durchweg den Eindruck, daß mit entsprechenden Aufwendungen wie komplette Neuinstallation der Haustechnik, weiterem Innenausbau und Fassadensanierung etc. die Gebäude sehr wohl in einen Zustand zu versetzen sind, um als Verwaltungsgebäude für Ministerien (oder andere Zwecke) genutzt werden zu können. Für die Bestandsanalyse der Großbauten wurde aber offensichtlich nur sehr begrenzte Zeit verwandt: Als Daten der "Objektbegehung" werden für das ehemalige Reichsbankgebäude der 2.4.1992, für das ehemalige Reichsluftfahrtministerium der 13. und 18.3.1992 und für das ehemalige Staatsratsgebäude ebenfalls der 2.4.1992 genannt.

Unklar bleiben zahlreiche Fakten, Daten und Vergleichswerte, die für die Wertungen und Empfehlungen offensichtlich von Bedeutung waren. Nicht dargestellt wurde etwa, ob und in welchem Umfang die besonderen Kosten bei Abriß und Neubau vor allem des ehemaligen Staatsratsgebäudes und des ehemaligen Reichsbankgebäudes, die der besonderen Bodenbeschaffenheit der beiden Grundstücke geschuldet sind, veranschlagt worden sind. Auch der Zeitaufwand wird nicht nachgewiesen.

Nicht berücksichtigt wurde die historische, baugeschichtliche, planungsgeschichtliche und stadtbaugeschichtliche Bedeutung der Gebäude samt deren Innenausstattung. Selbst die städtebaulichen Verhältnisse blieben unbeachtet; die Kurzinformationen hinsichtlich Lage, Verkehrsanbindung, Immission und PKW-Abstellfläche können schwerlich als Darstellung der "städtebaulichen Situation" gelten.

Auch die praktischen Erfahrungen mit der Nutzung der Gebäude seit der deutschen Vereinigung wurden nicht ausgewertet. Die aktuellen Nutzer scheinen mit den Gebäuden insgesamt zufrieden zu sein. Ein deutliches Zeichen in diese Richtung ist die Stellungnahme des neuen Wirtschaftsministers Günter Rexrodt gegen den Abriß des Treuhandgebäudes, der bis zu seiner Ernennung in der Treuhand-Zentrale tätig war: "Aus meiner persönlichen Kenntnis heraus halte ich das Detlev-Rohwedder-Haus für ein geeignetes Gebäude und für einen sehr guten Standort" (Berliner Zeitung vom 30./31.1.1993).

Deutlich wurde schließlich, daß das wenig behutsame Verfahren der starren Konfrontation von historischen Gebäuden mit aktuellen EG-Richtlinien für den Verwaltungsbau zur Anwendung kam, ein Verfahren, das nahezu jeden Altbau auf die Abbruchliste rutschen läßt.

Die Gutachten von HPP International sprechen unmißverständlich aus, unter welchen Einschränkungen ihre Empfehlungen formuliert worden sind. Diese Einschränkungen lassen noch keine kompetente Entscheidung über Abriß oder Sanierung zu. Notwendig ist dagegen ein Abwägungsprozeß, der die oben genannten weiteren Aspekte miteinbezieht. Dabei müssen auch die umfangreichen Investitionen Beachtung finden, die seit der Begutachtung der Gebäude durch HPP International im ehemaligen Reichsbankgebäude und im ehemaligen Reichsluftfahrtministerium getätigt worden sind.

Schlußüberlegungen

Die Architektenkammer Berlin hat sofort nach Kenntnisnahme des "Konzepts für die Unterbringung der Bundesregierung" in einer Presseerklärung vom 23.12.1992 gegen den Bildersturm Stellung bezogen: "Wir erheben Protest gegen den geplanten Abriß bestehender funktionstüchtiger Bauten zum Zwecke der Neubebauung. Wir halten es für unerträglich, daß Bauten, die ein Teil der Stadtgeschichte geworden sind, gerade weil sie eine geschichtliche Last tragen, der Erinnerung entzogen werden sollen, wie zum Beispiel das ehemalige Luftfahrtministerium. Geschichte und Identität werden damit ausgelöscht." (Cornelius Hertling, Präsident)

Für die Erhaltung der Großbauten wie die funktionale Durchmischung der Standortbereiche plädieren auch die von den Senatsverwaltungen für Bau- und Wohnungswesen bzw. Stadtentwicklung und

Umweltschutz für die Zentrums- bzw. Hauptstadtentwicklung verfaßten Planwerke von Strecker/Hoffmann-Axthelm (1992, ohne Spreeinsel), Zlonicky u.a. (1992a - ohne Treuhandgebäude - und b und 1993) sowie Jahn u.a. (1992, ohne Treuhandgebäude).

In der herrschenden Berliner Öffentlichkeit wird aber die Erhaltung der drei Großbauten nicht mit gleicher Vehemenz vertreten. Ausgerechnet dem "ideologischsten" Bau, dem heutigen Treuhandgebäude, wird die höchste Erhaltungswürdigkeit zugestanden, ausgerechnet die beiden Bauten am Spreekanal, deren Fundamente im Morast stecken und daher nur besonders kostenaufwendig zu beseitigen und neu zu bauen wären, scheinen gefährdet, und ausgerechnet der Bau, der architektonisch die größte Aufmerksamkeit beanspruchen darf, wird am wenigsten verteidigt: das ehemalige Staatsratsgebäude.

Aus der Optik dieses Gutachtens sind alle drei Gebäude Baudenkmale ersten Ranges und gleichrangig erhaltenswert. Die Begründung für diese Wertung ist allerdings unterschiedlich, wie auch der Standort, die Form und die Geschichte dieser Gebäude verschieden ist. Erhaltung ist dabei nicht als museale Konservierung zu begreifen. Insbesondere im Hinblick auf eine funktionale Durchmischung und als Zeichen der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Gebäude sind bauliche Entwicklungsmaßnahmen in Abstimmung mit der Denkmalpflege prüfenswert. Voraussetzung solcher Maßnahmen wäre aber eine genaue Kenntnis des Bestandes nicht nur der Gebäude, sondern auch der Freiräume und Innenausstattungen.

Literaturnachweis

- Architektenkammer Berlin (Cornelius Hertling, Präsident):
 Presseerklärung Architektenkammer gegen Abrißpläne der
 Bundesregierung und des Berliner Senats. Berlin, 23.12.1992
- Baumann, Eleonore u.a.: Der Fischer Weltalmanach Sonderband DDR.
 Frankfurt am Main 1990
- Bauten unter Denkmalschutz. Berlin, Hauptstadt der DDR. Berlin
 1982
- Bauwelt
 Heft 31/1933: Der Reichsbank-Wettbewerb. S. 1-8
 Heft 9/1936: Vom Bau des Reichsluftfahrtministeriums. S. 1-11
- Bekiers, Andreas/Schütze, Karl-Robert: Zwischen Leipziger Platz
 und Wilhelmstraße. Das ehemalige Kunstgewerbemuseum zu Berlin
 und die bauliche Entwicklung seiner Umgebung von den Anfängen
 bis heute. Berlin 1981
- Berlin und seine Bauten. II. und III. Der Hochbau. Berlin 1896
- Berlin und seine Bauten. Teil III Bauwerke für Regierung und
 Verwaltung. Berlin 1966
- Berlin und seine Bauten. Teil IX Industriebauten Bürohäuser.
 Berlin/München/Düsseldorf 1971
- Bode, Peter M. (Hg.): München in den 50er Jahren. Architektur des
 Wiederaufbaus am Beispiel von Hans Fries. München 1992
- Bodenschatz, Harald: Für eine Kultur des Respekts vor der
 historischen Stadt. In: Senatsverwaltung für Bau- und
 Wohnungswesen (Hg.): Hauptstadt Berlin: Festung, Schloß,
 demokratischer Regierungssitz, Berlin 1992
- Bodenschatz, Harald: Die Spreeinsel - Städtebauliche Kontinuitäten
 und Brüche. In: Zlonicky 1992a
- Bodenschatz, Harald: Hauptstadterbe. In: Foyer Magazin der
 Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen V/1992
- Bodenschatz, Harald: Wanderungen der Berliner City: Pläne -
 Wirklichkeiten - Interpretationen. In: (Hg.) von Petz, Ursula/
 Schmals, Klaus M: Metropole, Weltstadt, Global City: Neue
 Formen der Urbanisierung. Dortmund 1992
- Bodenschatz, Harald/Fischer, Friedhelm/Lütke-Daldrup, Engelbert:
 Berlin: Hauptstadt mit Vergangenheit. Zur Geschichte der
 Standorte für Regierungsfunktionen. In: Architektenkammer
 Berlin (Hg.): Architektur in Berlin Jahrbuch 1992. Hamburg 1992
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:
 Beschlußvorschlag. Anlage 1 zur Kabinetttvorlage des BMBau vom
 08. Dezember 1992
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): DDR
 Handbuch. Wissenschaftliche Leitung: Peter Christian Ludz. 2.
 Auflage. Köln 1979

- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau:
Tischvorlage für die Kabinettsitzung am 17.12.1992 zu TOP 3
Unterbringung der Bundesregierung in Berlin. Bonn, 16.12.1992
1. Deutsche Architektur- und Kunsthandwerkausstellung. Katalog.
München 1938
- Deutsche Bauakademie Berlin, Institut für Städtebau und
Architektur, Autorenkollektiv: Architektur und Städtebau in der
DDR. Leipzig 1969
- Ermisch, Eberhard-Günther/Weber, Klaus Konrad: Richard Ermisch.
Porträt eines Baumeisters - Querschnitt einer Zeit.
Berlin/München/Düsseldorf 1971
- Ewald, E.: Im Flugzeug über Berlin. Marburg/L. o.J.
- Festschrift zur Feier der Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau
der Reichshauptbank. Berlin, den 5. Mai 1934
- Fischer, Friedhelm/Bodenschatz, Harald: Hauptstadt Berlin. Zur
Geschichte der Regierungsstandorte. Städtebau und Architektur
Bericht 12, Berlin 1992
- Frecot, Janos/Geisert, Helmut: Berlin. Frühe Photographien Berlin
1857-1913. München 1984
- Geist, Johann Friedrich/Kürvers, Klaus: Das Berliner Mietshaus
1945-1989. München 1989
- Gottschalk, Wolfgang (Hg.): Alt-Berlin. Historische Fotografien
von Max Missmann. Leipzig und Weimar 1987
- Hain, Simone: Berlin, "schöner denn je" - Stadtideen im
Ostberliner Wiederaufbau. In: Jahrbuch des Deutschen
Architekturmuseums 1992
- Haney, Wolfgang: Berlin gestern - heute - morgen. Berlin 1950
- Henselmann, Hermann: Gedanken Ideen Bauten Projekte. Berlin 1978
- Hürlimann, Martin: Bilder aus Berlin Potsdam und Umgebung. Berlin
1936
- Institut für Denkmalpflege (Hg.): Die Bau- und Kunstdenkmale in
der DDR. Hauptstadt Berlin I. Berlin 1983
- Institut für Raumforschung Bonn (Hg.): Die unzerstörbare Stadt.
Die raumpolitische Lage und Bedeutung Berlins. Köln-Berlin 1953
- Jahn, Edward/Kny, Michael/Machleidt, Hildebrandt/Müller,
Cornelia/Schäche, Wolfgang (Arbeitsgemeinschaft):
Städtebauliches Leitbild "Spreeinsel". Berlin, Juni 1992 (a)
- Jahn, Edward/Kny, Michael/Machleidt, Hildebrandt/Müller,
Cornelia/Schäche, Wolfgang (Arbeitsgemeinschaft):
Baumassenstudie Außenministerium. Standorte Ministergärten und
Reichsbank. Berlin, September 1992 (b)
- Kiersch, Gerhard/Klaus, Rainer/Kramer, Wolfgang/Reichardt-Kiersch,
Elisabeth: Berliner Alltag im Dritten Reich. Düsseldorf 1981
- Köhler, Uwe: Bank- und Börsengebäude. In: Berlin und seine Bauten.
Teil IX. 1971
- Korneli/Balow/Stich und Pietsch (GfA): Städtebauliches Gutachten
Block 101 (Postblock) Berlin Mitte. (Auftraggeber: SenStadtUm
II) Berlin, Januar 1992
- Kühne, Günther: Gebäude des Staatsrates der DDR. In: Börsch-Supan
u.a.: Berlin. Kunstdenkmäler und Museen. Reclams Kunstführer
Deutschland Band VII. 2. Auflage. Stuttgart 1977
- Die Kunst im Deutschen Reich. Folge 1/Januar 1941

- Lange, Annemarie: Führer durch Berlin. Berlin 1963
- Lange, Annemarie: Berlin Hauptstadt der DDR. Leipzig 1966
- Lange, Annemarie: Berlin Hauptstadt der DDR. Leipzig 1975
- Mai, Renate/Schulz-Vobach, Klaus-Dieter: Ost-Berlin heute. Berlin 1966
- Mácel, Otokar: La linea continua del sedersi. In: 47 RASSEGNA (Mart Stam 1899-1986). September 1991
- Mensch, Gerhard: Das Tragwerk des Hochbaues. In: Bauwelt 34/1937
- Miller Lane, Barbara: Architektur und Politik in Deutschland 1918-1945. Braunschweig 1986
- Nerdinger, Winfried: Versuchung und Dilemma der Avantgarden im Spiegel der Architekturwettbewerbe 1933-35. In: Frank, Hartmut (Hg.): Faschistische Architekturen. Planen und Bauen in Europa 1930 bis 1945. Hamburg 1985 (a)
- Nerdinger, Winfried: Walter Gropius. Berlin 1985 (b)
- Padler, Georg: Das Tragwerk des Tiefbaues. In: Bauwelt 34/1937
- Pevsner, Nikolaus/Fleming, John/Honour, Hugh (Hg.): Lexikon der Weltarchitektur. Darmstadt 1971
- Rittich, Werner: Architektur und Bauplastik der Gegenwart. Berlin 1938
- Sagebiel, Ernst: Das Reichsluftfahrtministerium. In: Bauwelt 8/1937 (a) (identisch mit dem gleichnamigen Artikel in Wasmuths "Monatshefte für Baukunst und Städtebau" 1937, S. 73ff.)
- Sagebiel, Ernst: Reichsluftfahrtministerium. In: Wasmuths ... 1937 (b)
- Schacht, Hjalmar: Ansprache des Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht aus Anlaß der Grundsteinlegung für den Reichsbank-Neubau am 5. Mai 1934. Berlin 1934
- Schacht, Hjalmar: Geleitwort des Reichsbankpräsidenten. In: Bauwelt 34/1937
- Schäche, Wolfgang: Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945. Planen und Bauen unter der Ägide der Stadtverwaltung. Berlin 1991
- Schmidt, Walter A.: Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933-1945. Berlin 1959
- Schulz, Joachim/Gräbner, Werner: Berlin. Architektur von Pankow bis Köpenick. Berlin 1987
- Strecker, Bernhard/Hoffmann-Axthelm, Dieter: Städtebaulicher Strukturplan. Kritische Rekonstruktion des Bereichs: Friedrichswerder, Friedrichstadt, Dorotheenstadt. Städtebau und Architektur Bericht 6 1992. Berlin 1992
- Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955-1971. Leipzig 1988
- Trumit, Hansgeorg (Hg.): Das neue Berlin. Stadt der Olympischen Spiele. Berlin 1936
- Tscheschner, Dorothea: Der Wiederaufbau des historischen Zentrums in Ost-Berlin. In: Hauptstadt Berlin. Internationaler städtebaulicher Ideenwettbewerb 1957/58. Katalog der Ausstellung der Berlinischen Galerie vom 3.11.1990 bis zum 6.1.1991. Berlin 1990
- Tscheschner, Dorothea: Der Ideenwettbewerb zur sozialistischen Umgestaltung des Zentrums der Hauptstadt der Deutschen

- Demokratischen Republik, Berlin. Noch unveröffentlichtes
Typoskript des Vortrags auf der Tagung "Wohin mit der Mitte"
(11.-13.10.1991)
- Volk, Waltraud: Historische Straßen und Plätze heute. Berlin,
Hauptstadt der DDR. 7. Auflage. Berlin 1980
- Von der Königlichen Bank zur Deutschen Reichsbank. 175 Jahre
deutscher Notenbankgeschichte. Berlin 1940
- Wasmuths Lexikon der Baukunst. Fünfter Band. Nachtrag A bis Z.
Berlin 1937
- Wichmann, Hans: In memoriam Sep Ruf. Stuttgart 1985
- Wolff, Heinrich: Der Erweiterungsbau der Reichshauptbank. In.
Bauwelt 34/1937
- Zentralblatt der Bauverwaltung
- Heft 33/1933: Wettbewerb für den Erweiterungsbau der
Reichshauptbank in Berlin, von Dr. Martin Kießling.
S. 385-395
- Heft 47/1933: Erweiterungsbau der Reichshauptbank Berlin.
S. 566-567
- Heft 9/1935: Erweiterungsbau der Reichshauptbank Berlin.
Einrichtung der Baustelle. S. 161-164
- Heft 4/1941: Der Neubau der Reichshauptbank in Berlin.
Architekt: Heinrich Wolff, Berlin. S. 59-61
- Heft 4/1941: Die Gestaltung der Innenräume beim Neubau der
Reichshauptbank in Berlin. S. 62-74
- Zlonicky, Peter u.a.: Spreeinsel. Vorbereitende Untersuchungen -
Parlaments- und Regierungsviertel Berlin. Zwischenbericht.
Städtebau und Architektur Bericht 16, Berlin 1992 (a)
- Zlonicky, Peter u.a.: Entwurf Zwischenbericht. Vorbereitende
Untersuchungen Parlaments- und Regierungsviertel Berlin.
(Auftraggeber: SenBauWohn Hauptstadtreferat) September 1992 (b)

Gesprächs- und Briefnachweis

- Flierl, Dr. Bruno (mehrere Gespräche im Januar/Februar 1993)
- Hain, Dr. Simone, Institut für Regionalentwicklung und Struktur-
planung, Abt. Planungsgrundlagen, Ref. Baugeschichte/Sammlung
(Brief vom 7.1.1993, mehrere Gespräche im Januar/Februar 1993)
- Kegler, Dr. Harald, Bauhaus Dessau (Gespräch am 10.1.1993)d
- Korn, Dipl.-Ing. Roland, Hauptarchitekt des Staatsratsgebäudes
(Gespräch am 17.1.1993)
- Sbrzesny, Dipl.-Ing. Klaus, Stadtbezirksbaudirektor Mitte in den
50er/60er Jahren, danach Kommissarischer Leiter Hauptplanträger
(Gespräch am 15.1.1993)
- Schäche, Prof. Dr. Wolfgang (mehrere Gespräche im Januar/Februar 1993)